

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält Dienstag 10 Uhr vorwiegend eine Sitzung ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag 4 Uhr nachmittags zu einer Geschäftsitzung zusammen.

Kommunale Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung Dr. Robert Kunitzer in New-York in dankbarer Anerkennung seiner hervorragenden Mitwirkung in der amerikanischen Hilfsaktion für die Wiener Kinder die eiserne Salvatormedaille verliehen. - Dem Schöpfer des Johann Strauß-Denkmales Hofrat Professor Edmund Hellmer wurde in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Bildhauerkunst zum Bürger der Stadt Wien ernannt.

Titelverleihung. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung dem Konskriptionsamts-Vizedirektor Gustav Henel anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anbetracht der stets vorzüglichen Dienstleistung den Titel Konskriptionsamts-Direktor verliehen. - Dem Branddirektor-Stellvertreter Richard Mayer wurde anlässlich seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand in Würdigung seiner hervorragenden aufopferungsvollen Dienstleistung der Titel Branddirektor verliehen.

Fett- und Mehlabgabe. Vom 2. bis 8. Oktober werden bei den städtischen Mehlabgabestellen und bei den Konsumentenorganisationen 12 3/4 kg Margarine zum Preise von K 20.40 gegen Abtrennung des Abschnittes 264 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. - Als normale Wochenration wird in der genannten Woche ein Viertel Kilogramm Verschleißmehl zum Preis von K 42.- per kg ausgegeben. Außer der normalen Ration wird pro Bezugberechtigten 1/2 kg Plusmehl zum Preise von K 124.- gegen Abschnitt „L“ abgegeben.

Petroleumpreiserhöhung. Durch die vom Bundesministerium für Handel und Gewerbe verfügte Erhöhung der Petroleumgrundpreise und der Fagvergütung erhöht sich ab 2. Oktober der Preis für 1 Liter Petroleum von K 35.60 auf K 38.-.

Hauslistenabgabe. Freitag, den 7. Oktober sind die Hauslisten für die nächste Lebensmittelausgabe in der bisher vorgeschriebenen Weise bei den Brotkommissionen abzugeben.

Mehlmigration. Haushalte und Einzelpersonen, die mit Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehl- und Fettbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zu einer Konsumentenorganisation oder umgekehrt übertreten wollen, müssen den Uebertritt bis längstens 7. Oktober der zuständigen Brotkommission anzeigen.

Brückensperre. Der Bischofsteig über den Wienfluss wird ab Montag, den 3. Oktober wegen Vornahme von Erhaltungsarbeiten auf ungefähr 3 Wochen für den Verkehr gesperrt.

Eine Woche Brot- und Mehlpreistaffelung.

Vom Obermagistratsrat Dr. Jamöck.

Täglich in der abgelaufenen Woche wurden für diejenigen Einzelpersonen und Haushaltsvorstände, welche sich in die Ober- oder Mittelgruppe nach dem Preistaffelungsgesetze eingereiht haben, in den Brotkommissionen die Erklärungen abgegeben. Dasselbst wurden die nötigen Berechnungen gemacht und jeder Partei ein Posterscheine

eingehändigt, der die Siegel der Brotkommission trägt und den zu zahlenden Betrag sowie den Namen der Partei aufweist. In den meisten Fällen wurden die Zahlungen bereits am nächsten oder übernächsten Tage der Ausstellung des Erlagscheines durch Präsentation des Empfangscheines nachgewiesen und die Brot- und Mehlkarten mit dem Gültigkeitsstempel versehen. Der Dienst in den Brotkommissionen gestaltete sich in ganz verschiedener Weise. Während in den Brotkommissionen der begüterten Bezirke, ~~insbesond~~ ^{man} im 1. Bezirke, ein ausserordentlicher Parteienverkehr herrschte, waren in den Brotkommissionen der ärmeren Bezirke nur verhältnismässig wenig Parteien erschienen. Namentlich in den ersten Tagen wurden die Kommissionen, die Abteilungen der magistratischen Bezirksämter und das Bezirkswirtschaftsamt mit den mannigfachen Fragen bestürmt. Es heißt ja jede Grossstadt solche Verschiedenheiten in den Haushalten, die bisher nicht bekannt waren und einer momentanen Entscheidung zugeführt werden mussten. Trotz vieler Schwierigkeiten gingen die Arbeiten rasch und sicher vor sich. Selbstverständlich werden noch immer Nachzügler der Ober- und Mittelgruppe in den Brotkommissionen erscheinen, da viel Parteien dieser Gruppe erst nach Wien zurückkommen. Montag, den 3. Oktober beginnt die Abgabe der Erklärungen für die Einzelpersonen an Haushalte, welche sich in die Untergruppe einreihen. Es ist absolut notwendig, dass die Erklärungen richtig ausgefüllt sind, was bei Beobachtung der in der Kundmachung angeführten Erläuterungen keine wesentlichen Schwierigkeiten bietet. Es empfiehlt sich jedoch, dass Parteien, die in der Ausfüllung unsicher sind, sich an solche Bekannte wenden, die die Ausfüllung bereits selbst vorgenommen haben oder von denen vorzusetzen ist, dass sie derselben kundig sind. Es dürfte Jedermann eine solche Person, es werden ja in erster Linie die Lehrer und Beamten ersucht werden, kennen, die ihn bei der Ausfüllung behilflich sein wird. Es sei hier nur aufmerksam gemacht, dass Laibmehl- und Diätbrot, welche als Brotersatz dienen, in der Erklärung als Laib Brot einzusetzen ist, so dass ein Haushalt, in dem sich vier Personen befinden, wovon eine anstatt des Brotes Störbrotmehl oder Diätbrot bezieht, in die Erklärung als Wochenmenge vier Laibe Brot und vier Wochenmengen Mehl einzusetzen hat.

Die Parteien, die sich in die Untergruppe einreihen, haben gleichzeitig mit den Erklärungen die Mehl- und Brotbezugskarten mitzubringen. Nach Überprüfung und Richtigbefinden der Erklärungen wird den Bezugskarten der Gültigkeitsstempel aufgedruckt. Der weitere Bezug von Brot und Mehl erfolgt in der bisherigen Weise und gelangen am 22. Oktober 1921 die neuen Bezugskarten für dieselben in der gewohnten Art zur Abgabe.

Die Parteien wollen die für die vorgeschriebenen Abgabetermine genau einhalten, weil nur dadurch ein starker Andrang in den letzten Tagen vermieden werden kann. Es wird hiermit ausdrücklich betont, dass die Brot- und Mehlverkäufer verpflichtet sind, allen Kunden deren Karten bis einschliesslich 8. Oktober 1921 nicht mit dem Gültigkeitsstempel versehen sind, vom 9. Oktober angefangen die weitere Abgabe von Brot und Mehl zu verweigern, daher die rechtzeitige Abgabe der Erklärungen für Jedermann, der Anspruch auf Mehl und Brot erhebt unbedingt erforderlich ist. Es wird nochmals ersucht, im Interesse der Allgemeinheit und im eigenen Interesse die bezüglichen Vorschriften zu befolgen, damit in Wien auch die Durchführung des Stafflungsgesetzes wie alle bisherigen Durchführungen sich schön und richtig gestaltet.

Am Schlusse seiner Ausführungen sagt Redner, dass sich aus dem traurigen Bilde, das der Finanzreferent entrollt hat, und aus der noch traurigeren Zeit der nächsten Jahre sich nur das ergebe, dass es tatsächlich notwendig sei, dass sich die Stadt durch angestrengte und eifrige Arbeit helfe. Man wird sich dazu bequemen müssen, aus eigener Kraft zu helfen, was aber nur dann möglich ist, wenn nicht die ganze Arbeit und Zeit und Mühe für Parteikämpfe verwendet wird. Der Gemeinderat möge damit anfangen mit diesem guten Beispiel voranzugehen und sich vor Augen zu halten, dass nur eine solche Arbeit zum Wiederaufbau der Wiener Wirtschaft führen kann.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.) Kollege Dr. Schwarz-Hiller hat mit einem Appell an den Gemeinderat geschlossen, die Aufgaben einer wirklichen Gemeindeverwaltung zu erfüllen und zu arbeiten am Wiederaufbau der Stadt Wien. Er sprach die Worte gewiss als ein Mann, der das Bestreben hat, an der Arbeit teilzunehmen, aber ich kann die Versicherung geben, dass auch wir von einem solchen Bestreben erfüllt sind, wir sind uns bewusst, dass wir die Pflicht haben, alles daran zu setzen, die Folgen des furchtbaren Krieges und die vielleicht noch furchtbareren Folgen des Umsturzes im wirtschaftlichen Leben dieser Stadt wieder gut zu machen. Aber das kann nicht bedeuten, dass wir uns deshalb der Kritik enthalten, denn es ist die Aufgabe einer Minorität, das zu sagen, was durch die Parteilbrille der Majorität nicht gesehen wird. Wenn wir das Budget einer flüchtigen Durchsicht unterziehen, kommen wir zum Resultate, dass wir dem Stadtrat Breitner Lob spenden müssen, denn das Defizit vom Vorjahre ist um ein beträchtliches verringert. Das ist aber nur ein scheinbarer Erfolg, weil dem Budget auch verschiedene Anlagen, die noch in Sicht sind, keine Rücksicht genommen wurde. Wenn wir die Mittel betrachten, mit denen er das Defizit herabmindern will, so muss ich sagen, dass sie sehr mittelalterlicher Natur sind, und wenig dazu angetan, eine wirtschaftliche Konsolidierung der Verhältnisse herbeizuführen. Wir haben seit gestern nicht weniger als 21 neue Steuern, und wenn man bedenkt, dass die Wiener Bevölkerung in den nächsten 6 Monaten nicht weniger als 1222 Millionen wird bezahlen müssen, muss man schon sagen, die Form der Finanzgebarung, die dazu führt, muss die Steuerquellen eines schönen Tages versiegen machen.

Redner bespricht die Fürsorgeabgabe und führt aus, dass diese in die Gehälter der Angestellten einkalkuliert wird, die natürlich darunter leiden. Durch die Mietaufwandssteuer seien unerträgliche Verhältnisse geschaffen worden, denn, während die Hauszinssteuer nur 30 Millionen Kronen einbringt, werden von der Mietaufwandssteuer 150 Millionen Kronen genommen. Die unsozialste

Steuer, die je eine Partei geschaffen hat, sei die Untermieterabgabe, die von den Arbeitern und Angestellten, die nicht in der Lage sind, eine Wohnung zu haben, eingehoben wird, und 10 Millionen Kronen trägt. Die 60 Millionen Kronen, die als Ertragnis der Erwerbssteuer festgesetzt werden, werden zum Zusammenbruche des Gewerbe- und Handelsstandes führen.

Trotz der hohen Einkünfte und des sehr gedrosselten Budgets sei für die Angestellten im Budget nicht vorgesorgt worden. Im Jahre 1913 war im Budget mit reichlichen Investitionen, die alle Bedürfnisse nach Möglichkeit berücksichtigen, das einen Gesamtaufwand von 280 Millionen Kronen hatte, ein Betrag von 65 Millionen Kronen für die Angestellten vorgegeben. Dieser Betrag wurde aus Gemeindegeldern bezahlt, sie haben damals 25% der Haushaltsziffer ausgemacht. Bei einem Budget von 3000 Millionen von heute sind für die Angestellten 1139 Millionen vorgesehen.

Nachdem der Staat 70%, d. s. 660 Millionen, zahlt, so bleiben für die Gemeinde 479 Millionen als Ausgaben für die Bediensteten übrig, und das sind nur 15%.

Bei jeder Gehaltserhöhung werden der Angestelltenschaft Abzüge vom Dienstrecht gemacht. Das sind die offiziellen, daneben gibt es noch inoffizielle. Natürlich können solche Dinge die Beamtenschaft nicht freuen und wenn eine Personalvertretung dazu nichts zu sagen hat, so kann sie nicht viel Wert haben. Es wurde vielfach gesagt, es muß an dem Wiederaufbau dieser Stadt gearbeitet werden und es müssen daher alle Kräfte, die im Stande sind zu produzieren, zusammenstehen. Mit dieser Theorie steht im Widerspruch ihre Tätigkeit auf dem Gebiete des Beamtenabbaues. Ich würde kein Wort sagen, wenn sich dieser Abbau gerecht für alle ohne Unterschied vollziehen würde. Es ist aber interessant, dass nur von christlichsozialen und deutschnationalen Beamten gefunden wird, daß sie gehen müssen, während bei sozialdemokratischen Beamten, die schon längst über das Dienstalter hinaus sind, vom Abbau nicht gesprochen wird. Redner stellt sodann neuerlich die Forderung auf endlich die Bezüge der Pensionisten zu regeln. Er endet seine Rede mit den Worten: Zum Schlusse nur ein Wort der Warnung, enthalten Sie sich jeder Parteipolitik in der Verwaltung, zwingen Sie die Minorität nicht dadurch, daß Sie in der Angestelltenpolitik parteiisch vorgehen, zur schärfsten Opposition, ebnen Sie uns den Weg, daß wir den Wunsch erfüllen können, den Dr. Schwarz-Hiller ausgesprochen hat, daß wir uns vereinigen, zum wirtschaftlichen Aufbau unserer Stadt.

Ueber Antrag des Gr. All (Soz.-Dem.) wird die General-

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Samstag, den 1. Oktober 1921. - Abendausgabe. 10 1/4 Uhr

Kapfang der Teilnehmer des zweiten internationalen Kongresses der Kriegsgesunden

Heute abends fand im Festsaal des Rathauses die Begrüßung der Teilnehmer des Kongresses durch Bürgermeister Reumann statt, zu der sich als Vertreter des Ministeriums für soziale Verwaltung Ministerialrat Dr. Wittmayer und Sektionsrat Dr. Partsch, in Vertretung des Ministers für Heereswesen Oberstleutnant Slawik, als Vertreter des Roten Kreuzes Regierungsrat Weiskopf, Vizebürgermeister Emmerling, Vizebürgermeister Hoesl, Mitglieder des Stadtsenates und Gemeinderates, Vertreter des Invalidenamtes eingefunden hatten.

Bürgermeister Reumann begrüßte die Festgäste mit einer Ansprache, in der er u.a. ausführte: In dieser Stadt haben in vergangenen Zeiten internationale Tagungen und Kongresse auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens stattgefunden und wir dürfen zu unserer größten Freude feststellen, dass auch in der Nachkriegszeit unsere Stadt zum Kongressort internationaler Verbände wieder geworden ist.

Der Kongress zeigt allerdings ein ganz verschiedenes ungewohntes Bild, denn er weist mit jedem Worte auf die grosse Weltkatastrophe hin, die wir miterleben mussten und deren Opfer Sie geworden sind. Aber auch unsere gesamte Volkswirtschaft wurde erschüttert und so wurde die ganze Bevölkerung zum Leidtragenden des furchtbaren Krieges.

Es ist ein Kongress, der an das Weltgewissen rüttelt, und die Menschen an das Opfer, das Sie gebracht haben, ständig mahnen soll, damit sie den Weg nicht verlassen, der uns dem Ziele einer wahren Verbrüderung näher bringt.

Drei Jahre Nachkriegszeit werden bald dahin sein. Man baute auf die Abrüstung nicht nur der Besiegten sondern auch der Sieger. Die Friedensverträge aber bedeuten nichts anderes als fortgesetzte Kriegsgefahren und Kriege.

Die Kriegsgeschädigten rafften sich auf, eine Internationale zu bilden. Diese Internationale kann nur ein Bekenntnis zum Weltfrieden sein, sie kann nur ein Glied in der grossen Bewegung derjenigen bilden, die gegen den Kapitalismus, den Imperialismus und gegen den Militarismus kämpfen. Die oberste Pflicht aller öffentlichen Organe ist es nun, die Opfer die Sie an Gesundheit und Körperkraft, an Erwerbsmöglichkeit und Lebensfreude gebracht haben, eingedenk zu sein, und Ihnen in jeder Beziehung Hilfe zu bringen. Es ist bewundernswert, dass sich aus den Reihen der Kriegsgeschädigten selbst beherzte Vertreter gefunden haben, die mit ausserordentlichem Entzuse die Interessen der Invaliden verfolgen. Ich hoffe, dass die Interessen der Invaliden verfolgen. Ich hoffe, dass die Interessen der Invaliden verfolgen.

darf mit Genugtuung darauf hinweisen, dass die österreichischen Kriegsinvaliden diesen Weg mit Tatkraft beschritten haben und dass Erreichte zum aller grössten Teile Ihnen selbst und Ihren Organisationen zu danken. Die fünfte Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung zum Invalidenentschädigungsgesetz regelt die Vertretung der organisierten Invaliden und Kriegserwitwen bei den Invalidenentschädigungskommissionen und beim Invalidenentschädigungsgerichte, bei sonstigen staatlichen Behörden, Kommissionen und Anstalten. Die Invalidenfürsorge nimmt in Oesterreich einen breiten Raum ein, in dem beträchtliche Mittel aus verschiedenen Fonds aufgebracht werden, auf deren Verwaltung ebenfalls die Invaliden bestimmenden Einfluss haben. Die österreichische Invalidenschaft darf auf ihre Organisation und ihre bisherigen Erfolge stolz sein. Es ist nicht zu verkennen, dass ihr noch manche harte Kämpfe beschieden sein werden. Aber kraft ihrer Organisationen, die in der internationalen Vereinigung ihre wertvolle Stütze haben, können Erfolge nicht ausbleiben.

Wenn ich von der Entschlossenheit zur Selbsthilfe spreche, von dem unbeugsamen Willen Recht und Wahrheit durchzusetzen, so grüsse ich vor allem jenen opfermutigen Kämpfer unter Ihnen, der durch die leuchtende Tat, durch Wort und Schrift, schon längst bewiesen hat, dass diese Eigenschaften sein Eigen sind. Ich grüsse den Präsidenten der republikanischen Vereinigung der ehemaligen Kriegsteilnehmer in Paris Henry Barbuse. Er ist auch unser Oesterreicher schon lang kein Fremder mehr. Wir schätzen seinen Mut, mit dem er jederzeit für den Friedensgedanken eingetreten ist, und schon während des Krieges allen chauvinistischen Angriffen die Stirne geboten hat. Wir verehren ihn als einen Vorkämpfer für die Verbrüderung unter den Völkern, die auch wir für die einzige Rettung aus der Schmach und Barbarei vergangener Jahrhunderte ersehnen. Wir dürfen bei dieser Tagung aber auch Jean Jaures nicht vergessen, der mit seiner ganzen glühenden Beredsamkeit gegen den Chauvinismus den Urheber des Revanchegedankens gekämpft hat. Sein energisches rückhaltloses Eintreten für den Frieden gegen den Chauvinismus musste er mit seinem Leben bezahlen. Wir können über auch Viktor Adlers Bestrebungen, den Frieden zu erhalten nicht vergessen.

Mit herzlichem Interesse und gespannter Aufmerksamkeit folgen wir dem Lauf Ihrer Beratungen und wünsche, dass sie zu vollen Erfolge führen. Seine sie überzeugt, dass die Wiener Gemeindeverwaltung Ihren Bestrebungen, soweit es in Ihrer Macht liegt, jede Förderung und Unterstützung zuteil werden lässt, weil sie weiss, dass unser gesamtes Volksleben nur dann der Gesundheit zugeführt werden kann, wenn auch die Sache der Kriegsinvaliden geordnet ist. Wir fassen diesen Angelegenheit nicht nur als eine ernste und heilige, sondern auch als die Interessen der Invaliden verfolgen. Ich hoffe, dass die Interessen der Invaliden verfolgen.

streb... habe, dass... als unsere eigene Angelegenheit, als unsere Herzenssache empfinden. Ich darf mich in diesem Augenblicke wohl an eine meiner schönsten Stunden erinnern, die ich erleben durfte; Es war jener Moment, da im Lainzer Tiergarten die Grundsteinlegung der von der Gemeinde Wien mit allen Mitteln geförderten Invalidensiedlung - der Friedensstadt - stattfand.

Es gäbe nichts Schöneres und Edleres, als wenn wir es erleben könnten, dass das bische Sonnenschein, welches den wenigen durch die Siedlung zuteil geworden ist, auch der grossen Masse der Kriegsgesunden und der ehemaligen Kriegsteilnehmer beschieden wäre. Das darf aber nicht hindern, für alle ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen.

Möge die Internationale der Kriegsgeschädigten zu einem festen Gefüge werden, zu einem Hort für alle Bestrebungen, die sich gegen den Kapitalismus, der Wurzel der Völker mordenden Kriege richten.

Henry Barbuse, von lebhaftem Beifall begrüßt, beginnt seine Rede mit der Versicherung, dass die Kongressteilnehmer, wenn sie wieder aus der Stadt scheiden werden, die Erinnerung an den herzlichen Empfang mitnehmen werden, den die Stadt Wien und ihr Bürgermeister ihnen bereitet haben und die es ermöglicht haben, dass der Kongress im Volkshauses selbst abgehalten werden konnte. Die Arbeiten des Kongresses sind für das Volk und mit dem Volke. Und dass wir dem österreichischen Volke keine Fremden sind, das hat gestern das in und vor dem Rathause versammelte Volk durch die herzlichsten Gratulationen gezeigt.

Das Wirken und die Arbeit, zur internationalen Organisation der Kriegsgesunden zu gelangen, ist eine grosse und mühselige, beide sind aber notwendig und entsprechen und dienen der Sache des Volkes. Die Welt ist mit Wunden bedeckt, die unter dem heutigen internationalen System nicht mehr von neuem geschlagen werden dürfen. Wir wissen es und haben es mit eigenen Augen gesehen, dass die Lage des österreichischen Volkes durch imperialistische Rauberei besonders kritisch ist und durch ungerechte Verletzung der Gesetze, die im Widerspruch mit der Wahrheit stehen, und dem verwerflichen Spiel mit den Valuten, noch weiter verschlechtert wird.

Im Volke gibt es keine Feinde und keine Fremden, das heisst es gibt im Volke auch keine Besiegten und keine Sieger, alle sind durch den Krieg besiegt, weshalb sie sich alle vereinen sollen, gerade so wie sich die Führer vereinigen, um Böses zu tun. Auf die Vereinigung der Völker hinzuwirken, das ist die Aufgabe des internationalen Kongresses der Kriegsgesunden. Die Kriegsgesunden arbeiten parallel mit den grossen Arbeiterbewegungen und dem organisierten Proletariat, ohne sich durch Wohlwollen beirren zu lassen, wie der Völkerbund eine ist, der ein lächerliches Symbol

des internationalen Reformismus bedeutet.

Der Kongress der Kriegsteilnehmer wird alle ihre Probleme einem positiven Resultate entgegenführen, ihn beschäftigt die Frage einer methodischen und soliden Organisation, wodurch die Bestrebungen aller Brüder gefördert werden sollen. Es kann in keiner anderen Weise für den herzlichen Empfang besser gedacht werden, als dass die Richtlinien der Arbeit der Kriegsgesunden und die daran geknüpften Hoffnungen dem Bürgermeister und der Stadt Wien übermittelt werden.

Tiedt sagt, dass der Kongress der Kriegsteilnehmer nicht in allen Städten so freundliche Aufnahme gefunden hat wie in Wien, weil er in dem Sinne arbeitet, das Weltgewissen aufzurütteln und all denen zu predigen, die die Völker in den verbrecherischen und mörderischen Krieg hineingepresst haben. Der Kongress hat die Aufgabe, gegen die Machthaber die Stimme zu erheben, dass sie es nicht ein zweites Mal wagen, Proletariat gegen Proletariat in ein Völkermorden hineinzuhetzen, getragen von dem Gedanken, dass alle sich zusammenschliessen zu der grossen Armee der Überlebenden, die nicht mehr gegen einander, sondern miteinander und für einander den Kampf führen.

In Spa kamen nach dem Weltkriege die Diplomaten zur Arbeit zusammen und bald hernach kamen die Kriegsteilnehmer in Genf zusammen. Auf der einen Seite die Gaunertaktik, auf der anderen Seite die Kriegsteilnehmer, die in brüderlicher Liebe zusammen arbeiten. Genf und Spa zeigt, wie die Zukunft der Welt geschaffen werden muss: Die Internationale des Proletariats, der Völker.

Vergessen darf neben den erwähnten Kämpfern gegen den Krieg nicht Romain Rolland und auch nicht der Deutsche Karl Liebknecht und Bebel sein, was Barbuse nach dem Kriege in Frankreich gearbeitet hat, der das Ziel gezeigt hat, das hinaus führt aus dem Kriege und uns bringt in die neue Weltheimat, das uns eine neue Religion geworden ist, die mit allen Proletariats in Verein verwirklicht werden soll. Die Brüderschaft, die die Deutschen während des Krieges geschlossen haben, muss in Ansehung dieses Zieles von längerer Dauer sein, als es die war, die für ein falsches Ziel geschlossen wurde. Das Ideal der Kriegsgesunden, das nationale Ideal der Menschheit ist besser als das nationale Ideal.

Mil. Haug weist auf Barte von Suttner hin, und sagt, dass sie über den Empfang des Kongresses durch die Stadt Wien nicht so sehr erstaunt sei, doch die genannte Frau schon vor dem Kriege fleissige Propaganda gegen ihn gemacht hat. Wenn man sich während des Krieges gefragt hat, warum hat das Buch „Die Waffen nieder“ nicht ein grösseres Echo gefunden? Diese Frage versteht man heute, da ein Ideal nicht nur ein Ideal sein und bleiben kann, sondern dass es auch zur Wahrheit und Wirklichkeit werden muss. Es ist daher Pflicht, dass die Kriegsgesunden das Ziel bef

den Wurzeln fassen und alle Menschen in der Welt müssen aufgerufen werden, damit sie helfen, die neue Weltheimat zu erbauen und der Spruch „Die Waffen nieder“ zur Wahrheit wird.

Nach einem Musikvortrage des Stiegler - Quintetts, das auch die Begrüßung einleitete, fand die Feier ihr Ende.

Die Katastrophe in Oppau. Anlässlich der Explosionkatastrophe in der Anilinfabrik in Ludwigshafen hat ~~der~~ Bürgermeister Reumann sofort eine Beleidigungsdepesche an die Stadtverwaltung von Ludwigshafen gesendet. Heute langte ein Antwortschreiben auf diese Depesche ein, in der der Bürgermeister von Ludwigshafen für das zum Ausdruck gebrachte Beileid namens des Stadtrates und der vom Unglück betroffenen bestens dankte.

Mehlspeismaschinen erst vor ganz kurzer Zeit wieder in Betrieb
gesetzt werden, da sie während des Krieges für Fütterzwecke aus-
gebergt waren. Die Küchenführung wird auch erschwert durch die
Anlage der Magazine. Wenn auch zugegeben werden kann, dass die
Errichtung von Zentralmagazinen in früherer Zeit schon deshalb
keine unbedingte Notwendigkeit war, weil die ~~zentrale~~ Zulie-
ferung tagtäglich möglich und relativ billig gewesen ist, so sind
diese Argumente heute schon deshalb hinfällig, weil die zentra-
le Bewirtschaftung einerseits, die hohen Transportkosten ander-
seits eine weitgehende Staffelnung von Nahrungsmitteln verlangen.
Da solche Magazine nicht existieren, die Lebensmittel vielmehr
in den Kellerräumen der verschiedenen Pavillons deponiert werden
müssen, ergibt dies eine Reihe von Missständen. Nichtsdestoweniger
muss angeführt werden, dass die Reinlichkeit in dem Handmagazin
in der Küche sowie die ganze Führung viel zu wünschen übrig lässt.
Augenblicklich ist die Trinkmenge ca 800 Liter pro Tag, ein Quan-
tum welches sich erklären lässt teils durch die Verweigerung der
Speiseaufnahme, über welche noch später gesprochen werden wird,
teils durch die Verschreibung der vielen Gemüsebeilagen, die
nicht verzehrt werden können, was sich aus dem hohen Alter der
Majorität der Patienten ergibt. Wenn in den Monaten Mai und Juni
diese hohe ^{Trinkmenge} auf über 1000 Liter gestiegen ist, so er-

Anerkennung für Feuerwehrleute. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung dem Mitgliede der freiwilligen Feuerwehr Ottakring Karl Schell anlässlich seines 50jährigen Jubiläums als aktives Mitglied für seine vieljährige, aufopferungsvolle und verdienstliche Tätigkeit im Feuerwehr- und Rettungsdienste die vollste Anerkennung und den Dank, den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Ober St. Veit Hauptmann Johann Wimpissinger, Zugführer Alois Schwarz, den Löschmeistern Johann Böcher, Karl Geiger, Johann Jercina, Zugführer Johann Brunner, den Feuerwehrmännern Josef Praschak, Wenzel Bohuslaw und Heinrich Müller den Dank und die Anerkennung für ihre mehr als 20jährige verdienstliche Tätigkeit im freiwilligen Feuerwehr- und Rettungsdienste.

Zugführer Edmund Fichler, den Hauptmann-Stellvertreter Josef Wilhelm, August Exerziermeister Puraner, Andreas Sommer, den Löschmeistern Leopold Brunner, Leopold Schwab, Karl Schwab, Georg Plan, den Requisitenmeistern Josef Scheibenpflug, Karl Herrmann und dem Feuerwehrmann Karl Meier den Dank und die volle Anerkennung für ihre langjährige, verdienstvolle Tätigkeit im Feuer- und Rettungsdienste ausgesprochen.

Bierpreise in Wien. Da das Bundesministerium für Volksernährung die bisherigen Höchstpreise für inländisches Fassbier aller Art ab Brauerei und für inländisches Flaschenbier ebenfalls ab Brauerei bzw. Flaschenbierfüllerei mit Gültigkeit vom 5. Oktober 1921 um 100% und mehr erhöht hat, hat der Bürgermeister die bisherige Verordnung über die Ausschankpreise für Fassbier in den Wiener Gastwirtschaften und über die Kleinverkaufspreise für Flaschenbier mit demselben Tage außer Kraft gesetzt. Die bisherigen Bierpreise in Wien gelten daher nur mehr bis einschliesslich 4. Oktober 1921.

Basler Sänger in Wien. Heute vormittags traf der Männerchor von Interlaken in der Schweiz unter Führung des Vorstandes Huber in Wien als Gast des Schubertbundes zu mehrtägigem Aufenthalt ein. Er wurde am Bahnhof von Vorstand Jackrab und dem Obmann der Schweizer Gesellschaft in Wien Direktor Ingenieur Reible begrüsst. Morgen vormittags besucht die Reisegesellschaft, unter der sich auch der Bürgermeister von Interlaken das Rathaus, um bei Bürgermeister Reumann vorzutreten.

Volkstümliche Konzerte für Arbeiter, Angestellte und Schüler. Das wiederholt angekündigte Projekt der Veranstaltung von volkstümlichen Konzerten für die breitesten Schichten der Bevölkerung ist nun der Verwirklichung entgegengetreten. Am Sonntag, den 16. Oktober, 11 Uhr vormittags, findet im großen Saale des Konzerthauses, bei sehr ermäßigten Preisen ein Konzert des Volksoper-Orchesters für Arbeiter, Angestellte und Schüler statt. Das Programm ist ein sehr interessantes. Es wird ^{dem-} nächst verlaublich werden. Karten sind schon jetzt zu haben im Büro des Zentralrates für geistige Arbeiter, I., Herrengasse 23. Für eine zweite Veranstaltung, die bereits am Donnerstag, den 6. Oktober, 7 Uhr abends stattfindet, gibt sich ebenfalls reges Interesse kund. Das Komitee zur Förderung symphonischer Musik gibt ^{an} diesem Abende das 1. Symphoniekonzert unter Leitung des Dr. Hans Pless. Für diesen Abend hat der bekannte Pianist Herr Steuermann seine Mitwirkung zugesagt. Karten zu sehr ermäßigten Preisen ebenfalls I., Herrengasse 23.

Neuerliche Warnung der Gasabnehmer. Wie in den Tageszeitungen wiederholt veröffentlicht wurde, treibt sich seit längerer Zeit ein Schwindler herum, der den Gasabnehmern auf Grund irgend welcher Zettel Beträge für verbrauchtes Gas entlockt. Er gibt sich dabei als Angestellter der Gaswerke aus und bedient sich bei diesen Betrügereien einer Dienstkappe und einer gefälschten Erkennungskarte.

Es empfiehlt sich daher, das Gasabnehmer, wenn man ihnen von einem ihnen nicht bereits bekannten Gaskassier eine Rechnung zur Zahlung vorgelegt wird, sich unter allen Umständen die Erkennungskarte vorweisen zu lassen. Diese Erkennungskarte ist aus einem Karton, dreiteilig, außen grau, innen weiß, mit Lichtbild des Betroffenen und der Unterschrift des Bürgermeisters und des Direktors und der Stempel der städtischen Gaswerke versehen. Jede anders beschaffene Erkennungskarte ist falsch.

Die Gasabnehmer mögen Zahlungen nur leisten gegen Vorweisung von ordnungsmässig ausgestellten Rechnungen, auf welchen der Name und die Anschrift gedruckt erscheint.

Schliesslich wird noch darauf verwiesen, das der Schwindler in letzter Zeit sich des Tricks bedient, das er eine Ablesung des Gasmessers vornimmt und nach erfolgter Ablesung vom Gasabnehmer die letzte Rechnung verlangt, weil die Kontonummer ungeschrieben werden müsste. Diese Rechnung nimmt er mit, ändert sie dann auf einen Namen und Betrag und kassiert diese Rechnung bei jenem Gasabnehmer ein, auf dessen Namen die Rechnung nunmehr abgeändert ist.

Es ist selbstverständlich, das auch kein Angestellter der Gaswerke berechtigt ist, der Partei gehörige Rechnungen oder irgend welche andere Belege aus irgend einem Grunde rückzufordern.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Montag, den 3. Oktober 1921. - Abendausgabe

Neue Gas- und Strompreise. Der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen hat beschlossen für die laufende Ableseperiode den Preis für 1 Kubikmeter Gas mit 30 K festzusetzen. Gleichzeitig wurden neue Preise für den Bezug von elektrischem Strom beschlossen: Für die laufende Ableseperiode beträgt der Preis für die Hektowattstunde Lichtstrom 6 K und für die Hektowattstunde Kraftstrom 4.20 K. Der Stadtsenat wird morgen die Beschlüsse in Beratung ziehen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 4. Oktober 1921.

Verband der Angestellten der Stadt Wien. Am 1. Oktober l. J. fand die Delegiertenversammlung des Verbandes der städtischen Angestellten statt. Verbandspräsident Schulz berichtete über die Tätigkeit und Lohnpolitik des Präsidiums und Vorstandes. Erster Zahlmeister Luley erstattete den Kassenbericht und erster Revisor Pich den Revisionsbericht, worauf dem Zahlmeister und Präsidium die Entlastung erteilt wurde. Anschließend fanden die Neuwahlen statt: Verbandspräsident Schulz, 1. Schriftführer Dr. Gröbell, Sachwalter Ingenieur Lasch, 1. Zahlmeister Luley wurden nahezu einstimmig, Vizepräsident Franke mit Stimmenmehrheit wieder gewählt. Die Sektion der Beamten entsendete Podirski, Runler, Flesar, Kattor, Zöchling, die Sektion der Lehrerschaft Herdegen, Elisabeth Eibl, Hellebart, Betty Sahulka, Knöpfel, Neumann, Stadelbauer, Hönigsperger, Gründler, Kurtisch, Marie Wetschera, Menzinger in den Vorstand. Die Wahlen der Sektion der Bediensteten finden noch in dieser Woche statt. Zu Verbanderevisoren wurden Pich, Ruokstuhl, Martinek und Egerth einstimmig gewählt. Gemäß § 13 Punkt 5 der Satzungen wurde beschlossen den Mitgliedsbeitrag für das Verbandsjahr 1921/22 in der Höhe eines halben Prozentes von den Monatsbezügen festzusetzen.

Die neuen Gas- und Strompreise. Der Stadtsenat hat heute die vom Unternehmungsausschuß gestern beschlossenen neuen Preise für Gas und elektrischen Strom genehmigt. Die Direktoren der beiden Unternehmungen erstatteten einen eingehenden Bericht über die Notwendigkeit der Erhöhungen. Vor dem Kriege kostete eine Tonne Gaskohle loco Wien 24 K, jetzt kostet, sie 13.894 K; die Steigerung beträgt daher das 578fache. Die anderen Betriebsmittel sind um das 2- 300fache, die Personalkosten um das 187fache gestiegen. Dem gegenüber ist der Verkaufspreis des Gases von 17 Heller auf 30 Kronen, demnach nur das 177fache gestiegen. Für den Betrieb der Elektrizitätswerke kostete eine Tonne Kohle im Jahre 1915 22 K, jetzt kostet sie 11.300 K, die Steigerung ist also das 514fache; die anderen Betriebsmittel sind bis auf das 550fache, die Personalkosten auf das 180fache gestiegen. Die Steigerung der Verkaufspreise erfolgte von 7 Heller auf 6 Kronen für Licht, also nur auf das 86fache und von 3 Heller auf Kronen 4.20 für Kraft also auf das 140fache. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die neuen Preise für Gas und Elektrizität für die laufende Ablesperiode, demnach im Voraus festgesetzt wurden, während im Verlauf der Ablesperiode die Steigerung der Betriebsstoffe und der Personalkosten noch weiter gehen wird, so daß die jetzt festgesetzten Verkaufspreise gegen den Betriebskosten, wie sie sich am Ende der Ablesperiode darstellen werden, nicht entsprechen werden.

Herausgeber und verantw.Redakteur Franz Micheu.

27. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 5.Oktober 1921.

Die Forderungen der Strassenbahner. Dienstag um 3 Uhr nachmittag wurden im Rathaus unter dem Vorsitz des StR. Speiser die Lohnverhandlungen ^{mit} dem Strassenbahnern fortgesetzt. Um 7 Uhr abends wurden die Verhandlungen abgebrochen, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Es fand dann beim Bürgermeister eine Sonderberatung statt und um 10 Uhr nachts wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Sie währten bis 2 Uhr früh. Die Vertreter der Gemeinde waren bemüht, eine Einigung herbeizuführen und unterbreiteten auf einen Gegenvorschlag der Bediensteten diesen neue Vorschläge. Die Vertreter der Bediensteten erklärten, daß sie diese Vorschläge zur Kenntnis nehmen und bis heute (Mittwoch) abends ihre Stellungnahme dazu bekanntgeben werden. Es ist zu hoffen, dass sich auf Grundlage der letzten entgegenkommenden Vorschläge der Gemeinde ein Einvernehmen ergeben wird.

Besitzer von Originalweinflaschen (mit Bodenschrift) des Wiener Rathauskellers werden ersucht, dieselben gegen eine den heutigen Preisverhältnissen angepasste Vergütung im Rathauskellermeisteramte, I., Neues Rathaus, Parterre, Eingang Felderstrasse, rückzustellen.

Sühneverhandlungen. In den Gemeindevermittlungsamtern Mariahöf und Neubau finden die Sühneverhandlungen im Oktober am 5., 12. 19. und 26. ~~Oktober~~ vormittag statt.

Anbetsverhandlung. Wegen Verkauf von ungefähr 100.000 kg unbrauchbaren Radreifen findet am 17.Oktober, 9 Uhr vormittag, IV., Favoritenstrasse 11, eine öffentliche Anbetsverhandlung statt. Die Bedingungen liegen in der Lagerverwaltung XIII., Siebeneisengasse 12 und in der Direktionskanzlei IV., Favoritenstrasse 9 zur Einsicht auf.

Erste Österreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate September wurden bei der ersten Österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 10.041 Parteien K 89,599.302 eingelegt, an 7.035 Parteien K 59,597.507 rückgezahlt, und es belief sich der Gesamteinlagenstand am 30.September 1921 auf K 1.095.281.690.--. Hypothekardarlehen wurden K 2,710.100.-- zugezählt, dagegen K 4,658.252.-- rückgezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekardarlehen am 30.September auf K 282.618.501 stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 30. v.M. auf K 17,114.123.--, 60jährige Pfandbriefe waren K 18,330.200.-- im Umlaufe. Wechsel wurden K 102.853.200.-- eskontiert, dagegen K 83,042.486.-- einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzscheinen betrug am 30.September 1921 K 343,016.312.--.

Herbstkurs für Kleingartenbau und Kleintierzucht. Die Österr. Gartenbaugesellschaft veranstaltet für die Wiener Kleingärtner und Kleintierzüchter ab Montag, den 10. Oktober Lehrkurse für Kleintierzucht, Obstbau, Gemüsebau, Gartenpflege, Pflanzenschutz u. s. w. Als Vortragende sind hervorragende Fachleute gewonnen. Das Unterrichtsgeld beträgt, für jeden einzelnen Kurs 250 K. Anmeldungen bis Sonntag an die Kleingartenstelle I., Parkring 8 oder an die Gartenbaugesellschaft I., Parkring 12.

Besserung der Milchzufuhren. In letzter Zeit ist eine Erhöhung der Milchlieferung nach Wien festzustellen. Während die durchschnittliche tägliche Milchlieferung in der ersten Septemberhälfte 110.000 Liter betrug, hat sich dieselbe auf gegenwärtig durchschnittlich 118.000 Liter, somit um ungefähr 8 % erhöht. Da gleichzeitig infolge der kühleren Temperatur die Menge der in saurem Zustande eingelangten Milch von durchschnittlich 37.000 Liter täglich auf gegenwärtig 13.700 Liter täglich, somit um ungefähr 65 % gesunken ist, ist eine leichte Besserung am Wiener Milchmarkt eingetreten, die nunmehr die volle Befriedigung der Säuglinge und Schwerkranken mit frischer Frischmilch ermöglicht.

Provisorische Regelung des Bezuges von Fürsorgezuwendungen an Kinder Schwangere und Stillmütter. Da das bisherige Fürsorgeblatt seinen Zwecken nicht mehr entspricht, steht die Ausgabe eines neuen Legitimationsblattes bevor. Um inzwischen den allgemein bekannten Schwierigkeiten beim Bezuge von Fürsorgezuwendungen zu begegnen, stellt der Magistrat an alle in Wien tätigen Fürsorgeorganisation und Hilfsmissionen, die mit der Anweisung und Ausgabe von Fürsorgezuwendungen befasst sind, die Bitte, künftighin bis zur endgiltigen Regelung folgenden Vorgang einzuhalten: Bei Kindern bis zum vollendeten 6. Lebensjahre soll jede Anweisung von der anweisenden, jede Ausgabe von der beteiligten Stelle durch deutlichen Aufdruck ihres Stempels auf der Rückseite des Stammes der Kindermilchkarte ersichtlich gemacht werden. (Datum und Bezeichnung der Fürsorgeabgabe beisetzen!) In gleicher Weise sind für schwangere Frauen und stillende Mütter die Rückseiten der Nahrungsmittelzubehörskarten zu verwenden. Bezüglich der Beteiligung der schulpflichtigen Kinder und tuberkulösen Erwachsenen wird durch die Schaffung des neuen Legitimationsblattes noch rechtzeitig Vorsorge getroffen werden.

Beerdigung von Lehrpersonen. Freitag, den 7. Oktober um 12 Uhr mittags findet die Beerdigung der neuernannten Schulleiter und Lehrpersonen im Neuen Rathaus statt.

Markttage auf den Abend-Gemüsegrossmärkten. Die Gemüsegrossmärkte auf den Marktplätzen 5, Reiprechtsdorferstrasse, 14, Linzerstrasse, 19, Lichtenwerderplatz und 21, Wendelinplatz werden von nächster Woche an Dienstag und Freitag jeder Woche von 4 bis 6 Uhr abends abgehalten.

Wien, Donnerstag, den 6. Oktober 1921.-Abendausgabe.
.....

Die Erhöhung des Maximaltarifes für das Platzfuhrwerk in Wien.

Die ^{den} von/Genossenschaften angesuchte Erhöhung des Maximaltarifes für das Platzfuhrwerk wurde mit Wirksamkeit vom 7. Oktober an landesbehördlich genehmigt. Es werden der jetzt geltende Maximaltarif für das Platzfuhrwerk mit Fahrpreisanzeiger um 100 %, der für das Platzfuhrwerk ohne Fahrpreisanzeiger um 50 % erhöht.

.....
250.000 K für die armen Kinder Wiens. Die berühmte Koloraturprima-donna der Metropolitanoper in New-York, die in Wien zwei Konzerte gibt, hat dem Bürgermeister Reumann 250.000 K für die armen Kinder Wiens überwiesen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mocher.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 7. Oktober 1921.

Brot- und Mehlpreisstaffelung. Samstag, den 8. ds. ist als letzter Abgabetag für die Abgabe der Erklärungen anberaumt. Für Parteien, welche aus irgend einem Grunde nicht in der Lage sind, die Erklärungen an diesem Tage abzugeben, werden die Brotkommissionen auch noch Montag, den 10. ds. und Dienstag, den 11. ds. zu diesem Zwecke verstärkten Dienst halten. Von Mittwoch, den 12. ds. angefangen halten die Brotkommissionen nur mehr den üblichen Kommissionsdienst. (Montag, Mittwoch und Freitag.) Parteien, welche erst zuziedeln oder nach Wien zurückkehren, haben an diesen Tagen ihre Erklärungen abzugeben. Unter einem wird der Tag, an dem die Brot- und Mehlverkäufer auf Bezugskarten, welche nicht mit dem Gültigkeitsstempel versehen sind, Brot und Mehl abgeben können, bis einschliesslich Mittwoch, den 12. September verlängert.

Lehrerhausverein. Lebensmittelabgabe für Mitglieder an den Schulen der Bezirke 20 und 21 Dienstag, den 11. Oktober von 4 - 6 Uhr, der Bezirke 1 und 2 Donnerstag, den 13. ds. 4 - 6 und der Bezirke 3 und 4 Samstag, den 15. ds. von 10 - 12. Für Oel (Abgabe nach Vorrat) Gefässe mitbringen. Zu anderer Zeit keine Ausgabe.

Angelobung und Beeidigung von Lehrpersonen. Heute vormittags fand im Rathause die Angelobung und Beeidigung statt. Zur Beeidigung hatten sich 30 neu ernannte Schulleiter und Schulleiterinnen, 2.500 Lehrpersonen, denen das Definitivum verliehen worden war, eingefunden. Die Angelobung leisteten 150 provisorische Lehrer und Lehrerinnen. Die Beeidigung nahm Bgm. Reumann vor, die Angelobung der 1. Vorsitzende-Stellvertreter des Bezirksschulrates Nationalrat Glöckel. Dieser wies in einer Ansprache auf die große ideale, sittliche und volkswirtschaftliche Bedeutung des Lehrberufes hin. Aufgabe der Lehrerschaft sei es, den Erwartungen der Gemeindeverwaltung, die sie in Anbetracht der wichtigen und weittragenden Ideen der Schulreform in die Lehrerschaft lege, voll und ganz mit ihrem Idealismus und ihrer Tatkraft gerecht zu werden, damit die Stadt Wien in den Schulreformatorischen Bestrebungen den ersten Platz erringe. Die einheitliche und zielbewusste Arbeit der Lehrerschaft mit den Elternvereinen werde es ermöglichen, dass die Lehrerschaft all die großen und wichtigen Aufgaben der Jugenderausbildung lösen wird, und dass der Lehrer nicht mehr mit dem Buch in der Hand versinnbildlicht wird, dass er nicht ein Schulmeister, sondern ein Meister der Schule sein wird.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 7. Oktober 1921.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

An Stelle des GR. ~~Santa~~ Santa (Tscheche), der sein Mandat zurückgelegt hat, leistet der sinterufene Ersatzmann Karl Haza die Angelobung. Gespendet haben: Die New-Yorker Künstlerin Frieda Hempel anlässlich ihrer Wiener Konzertreise für die armen Wiener Kinder 250.000 K., das niederländische Hilfskomitee „Vor de Kinderen“ für die städtischen Waisenhäuser 100.000 K., O.J. in Waukon, für die hungernden Wiener Kinder 26097 K., die Finanzverwaltung von St. Gallen für wohltätige und Armenzwecke 5974 K.

Der Bürgermeister erklärt die Geschäftsstücke 1 - 6, 8 - 12, 14, 16, 17, 19 - 21 als angenommen.

Staatsangehörigkeit verabfolgt werden, wenn sie dauernd in Wien wohnen und ihre Eltern eine allgemeine nützliche Arbeit leisten. Diese Kinder seien bei der Beteiligung nach der Brot- und Mehlpreisstaffelung zu behandeln. Deutsche öffentlichen Schulen mögen die Schulsammlungen und sonstigen Behelfe gleich den Deutschen zur Verfügung gestellt und auch die Komenzkyschulen aus Gemeindegeldmitteln Lehrbehelfe erhalten.

G.R. Wünschak (Christlichsozial) erklärt, der Beschluss sämtlichen Schulkindern unentgeltlich die Lernmittel zu verabfolgen sei in der Praxis bisher nicht durchgeführt worden und werde auch im laufenden Schuljahr nicht praktisch verwirklicht werden können, weil der Gemeinde einfach die Mittel fehlen. Wenn man sich aber von vorneherein bewusst war und bewusst ist, dass eine allgemeine Beteiligung der Schuljugend mit Lernmitteln undurchführbar ist, dann bedeutet das Festhalten an einem solchen Beschlusse eine Pöpperei der Öffentlichkeit, der Elternschaft, der Schuljugend. Im vergangenen Schuljahr haben die Kinder die Kernbehelfe nur ganz unvollständig erhalten, es fehlte an Schiefertafeln, an Griffeln, an Federn an Schulheften, und der ganze Schulbetrieb wurde auf das Schwerste beeinträchtigt. Kinder wohlhabender Eltern mussten sich von den Lehrern sagen lassen, dass ihre Eltern ihnen die Schulbücher selber kaufen sollen und dadurch wurde ihr Ehrgefühl ganz ungerechtfertigter Weise getroffen. Auch im Linzer Gemeinderat ist ein Beschluss gefasst worden bedürftige Kinder unentgeltlich mit Lernmitteln zu betheiligen, wobei an dem Grundsatz der allgemeinen unentgeltlichen Beteiligung festgehalten wurde, aber dieser Beschluss ist eben innerhalb der gegebenen Verhältnisse durchführbar. Die Mehrheit des Wiener Gemeinderates täte viel klüger und redlicher, wenn sie nicht starr an programmatischen Prinzipien festhalten, sondern nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und Möglichkeiten die Beteiligung der Schulkinder mit Lernmitteln eingerichtet hätte. Denn alten undurchführbaren Beschluss heute neuerdings aufzuwärmen sei eine Pöpperei der Öffentlichkeit und ein Verwaltungsskandal.

GR. Benisch (Soz. Dem.) referiert über die Vorschrift für die Bereitstellung und Verabreichung der Lernmittel an Volks- und Bürgerschüler.

GRin. Gabriele Walter (chr. soz.) macht auf einzelne Punkte der Vorschrift aufmerksam, die nach ihrer Meinung Unklarheiten enthalten, wendet sich hauptsächlich aus sanitären Rücksichten gegen die Verwendung alter beschmutzter Lehrbücher und die gemeinsame Benützung von Lernmitteln wodurch die talentierten Kinder im Fortschritte aufgehalten werden. Schliesslich stellt sie den Antrag von dem Einkauf von Handarbeitsmaterial durch das Wirtschaftsamt abzusehen, weil dadurch bedeutende Mehrauslagen für die Gemeinde Wien entstehen und dies über dies eine Schädigung der kleinen Geschäftsleute bedeutet. Das Handarbeitsmaterial ist in der bisherigen Weise zu beschaffen.

G.R. Klimesch (Tscheche) beklagt sich über die Behandlung der tschechischen Schulkinder von denen er behauptet, dass sie in jeder Weise stiefmütterlich behandelt werden. Auch den tschechischen Schulleitern werden ganz überflüssige Schwierigkeiten bereitet und ihnen nicht einmal anständige Amtszimmer zugewiesen, sodass sie gezwungen sind entweder in den Klassenzimmern oder gar in den Korridoren zu arbeiten. Es sei auch ein Unrecht, von Kindern fremder Staatszugehörigkeit die Lernmittel beanspruchen die Beibringen eines Arztszeugnisses zu verlangen. Redner stellt schliesslich eine Reihe von Anträgen dahin gehend, dass Schulbücher und Lernmittel auch Kinder

GR. Macháň (Tscheche) sagt, er wolle sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, um zu zeigen, wie stiefmütterlich sich die Stadt Wien den tschechischen Schulkindern gegenüber benimmt. Die Schulräume seien überfüllt, es herrsche ein Mangel an Schulmitteln und Schulbüchern. Er fragt wieviel im Vorjahre für tschechische Schulen ausgegeben und wieviel für das kommende Schuljahr präliminert worden sei.

G.R. Jorde (Soz.Dem.) sagt, daß die Opposition, die durch ihren Führer in schärfster Weise gegen den seinerzeitigen Beschluß der unentgeltlichen Beistellung der Lernmittel losgezogen habe, die wirtschaftliche Lage der Gemeinde verkenne. Die gemachten Vorwürfe seien zu 99 % nicht richtig. Die Lernmittel die am Anfange des Schuljahres notwendig sind, sind geliefert worden. Wenn keine Lesebücher vorhanden sind, so hat das darin seinen Grund, da den Kindern die alten habsburgischen Lesebücher nicht gegeben werden können. Es ist aber für das Lesebuch Ersatz geschaffen worden dadurch, daß so wie im Vorjahre für Klassenlektüre gesorgt wurde. Bei den Geschichtsbüchern liege die Sache aus demselben Grunde ähnlich, doch werde jetzt der Geschichtsunterricht anders betrieben als in der alten Schule. Wenn die Sache bei den Heften nicht gleich geklappt habe, so sei daran nicht die Gemeinde, sondern die Lieferanten und der Papiermangel, der im Vorjahre geherrscht hatte, schuld. Was die gemeinsamen Lernmittel anlangt, so reichen auch diese wie zum Beispiel Tusche, Farbe und s.w. aus. Allerdings müsse die Gemeinde Wien auch auf dem Gebiete des Schulwesens sparen.

Zwischenruf bei den Christlichsozialen: Sperrt die Schulen ganz zu!

Gemeinderat Jorde: Sie haben sie im Kriege zugesperrt, wo gar keine Notwendigkeit vorhanden gewesen wäre. Die Christlichsozialen haben ihren Führer ins Treffen geschickt, weil die ganze Frage von hoher prinzipieller Bedeutung ist. Die Gemeindeverwaltung wolle aber in der Schule nicht mehr unterscheiden zwischen arm und reich und wolle den Armen den Gang zum Armenrat nicht mehr vorschreiben. Sie wird auch weiterhin an dem Grundsätze der Unentgeltlichkeit der Lernmittel festhalten.

Der Referent erwidert in seinem Schlussworte auf die Einwendungen der Gemeinderätin Walter, daß sie Gelegenheit gehabt hätte, diese im Bezirksschulrate vorzubringen. Ein Unterschied, so erwidert der Referent auf die Ausführungen der tschechischen Redner, in der Behandlung der tschechischen und deutschen Schulen bestehe nicht. Die vorgebrachten Uebelstände werden einer Untersuchung zugeführt werden.

G.R. Walter berichtet tatsächlich, daß die Vorlage im Bezirksschulrate nicht zur Sprache gekommen sei.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Walter abgelehnt, die Anträge Klimesch der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Vorlage wird genehmigt.

GR. Benisch (Soz.Dem.) referiert über den Verkauf von Alteisenmaterial.

GR. Pollack (jüd.nat.) beantragt mit Rücksicht auf die seit der Preisbestimmung eingetretene Geldentwertung, die Rückverweisung des vorliegenden Antrages.

Der Referent spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus worauf der Referentenantrag unverändert angenommen wird.

Ueber Antrag des GR. Kokrda (Soz.Dem.) wird die Uebertragung eines 144.06 Quadratmeter großen Grundstreifens nächst der Ferdinandsbrücke in der Leopoldstadt ohne Wortmeldung zum Beschluß erhoben.

Ferner wird über Antrag des GR. Rudolf Müller (Soz.Dem.) der Verkauf von alten Pflastersteinen von der Floridsdorferbrücke zum Preise von 20 K per Stück ohne Wortmeldung angenommen.

GR. Speiser (Soz.Dem.) berichtet über den Antrag auf Anrechnung der Dienstzeit beim Gruppenwechsel von Beamten im Wege der Stellenbesetzung. Die hieraus sich ergebenden Mehrkosten erfordern 15 Millionen Kronen.

GR. Untermüller (chr.soz.) erklärt, daß er auch hier über Terrorakte der Sozialdemokraten Klage führen müsse. Drei Beamte des städtischen Elektrizitätswerkes haben schon vor längerer Zeit um ihre Uebersetzung aus der Gruppe IV in die Gruppe II angesucht. Dieses Gesuch ist unerledigt geblieben. Auf die Frage der Gesuchswerber nach dem Grunde habe der Präsident Dr. Kottek entgegnet, GR. Speiser hätte ihm erklärt, daß Gesuche, welche die Unterschrift eines christlichsozialen Personalvertreters tragen, unerledigt liegen bleiben. Wenn diese Beschuldigung zutrefte, so stelle der ganze Vorgang einen selbst in der Gesichte der sozialdemokratischen Verwaltung ganz unerhörten Skandal dar. Redner fragt den Bürgermeister, was er vorzukehren gedenke, um solche unglaubliche Beeinflussungen zu verhüten.

GR. Speiser (Soz.Dem.) erklärt in seinem Schlussworte, daß die Behauptung des GR. Untermüller vollständig erfunden sei. Es sei un- wahr, daß ein Beamter deswegen geschädigt werde, weil eine Personalvertretung einem amtsführenden Stadtrate nicht zu Gesicht komme. Es sei sehr bedauerlich, daß durch solche Angriffe derlei Ansichten erzeugt werden und daß die Politik in die städtischen Kanzleien und Gewerkschaften hineingetragen werde. Es sei vielleicht eine Schwäche der sozialdemokratischen Politik, daß ^{sich} ihre Vertreter gegenüber der Sucht die Werke und Kanzleien zu politisieren nicht mehr wehren. GR. Untermüller habe auch davon gesprochen, daß die jetzige Gemeindeverwaltung Gesinnungsterror ausübe. Redner könnte über den Gesinnungsterror von einst viele Beispiele vorbringen.

GR. Untermüller hat auch von den Lebensmittelpreisen gesprochen. Wer hat bei den letzten Wahlen darauf kandidiert, daß wir billiges Mehl haben werden, wer hat bei den letzten Wahlen darauf kandidiert, daß in Ungarn/^{schon} die Schlepper bereit stehen, wenn hier eine christliche Regierung kommt? Wer hat darauf kandidiert, daß wir dann eine große Anleihe vom Auslande bekommen werden und insbesondere, daß die Lebensmittelpreise sinken und die Valuten steigen werden? Wer hat gesagt, die sozialdemokratische Regierung habe es dahin gebracht, daß der Kurs der Krone auf vier gesunken ist. Der Rattenfänger von Hameln ist durch Wien gezogen und hat auf seiner Pfeife die Gesichte vom billigen Mehl, von ungarischen Zuschüssen und Krediten und vom Steigen der Krone gespielt. Wo ist dieses Lied jetzt hingekommen? Die christliche Partei hat keine Ursache von diesen Dingen zu reden. In Wahrheit ist unter der christlichsozialen Regierung, die uns als Rettung des Volkes angepriesen wurde, eine ungeheure Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse und eine Steigerung des Reichtums der Schieber gestanden. Was sie von der Gemeindepolitik und von der gesamten Politik behaupten ist un- wahr, wahr ist, daß die schlechte Lage von der christlichsozialen Regierung zu verantworten ist.

GR. Kienböck (chr.-soz.) sagt in einer tatsächlichen Berichtigung, die von GR. Schleifer vorgebrachte Behauptung, er habe sich für die Aufenthaltsbewilligung eines Ostgalizianers eingesetzt, sei unwehr. Er sei nur für eine alte kranke Frau eingetreten, bei welcher der Betreffende als Untermieter wohnte. Es habe die Absicht bestanden ihren Untermieter zugunsten eines anderen Galizianers zu delogieren. Dadurch wäre für die alte Frau infolge der Aufregungen ... Gefährdung ihres Gesundheitszustandes zu befürchten gewesen, und deshalb habe seine Kanzlei für die Belassung des Untermieters interveniert.

GR. Schleifer (Soz.-Dem.) berichtet diesen Ausführungen gegenüber, daß er nicht behauptet habe, Dr. Kienböck habe sich um eine Aufenthaltsbewilligung eines Ostgalizianers eingesetzt, sondern er habe die Räumung der angeforderten, von Szamuel Landau bewohnten Räume in der Wohnung einer Frau Lohnstein hintertreiben wollen. Dr. Kienböck sei auch in der Zuweisungskommission erschienen und habe für Szamuel Landau persönlich interveniert. Nach erfolgter Räumung der Wohnung des Szamuel Landau wurden die einzelnen Wohnungsteile aus dieser Wohnung in die Wohnung der Frau Lohnstein beschafft und dort dem Szamuel Landau, der keine Aufenthaltsbewilligung hat, Unterschlupf zu gewähren. Man mache Dr. Kienböck keinen Vorwurf, daß er solche Vertretungen übernehme, wohl sollte er aber es mit seiner Stellung als Gemeinderat nicht vereinbar finden.

Zwischenruf bei den Christlichsozialen: Wer hat denn die Wohnung bekommen?

GR. Schleifer: Die Wohnung ist einer Wiener Familie zugesprochen worden.

GR. Kunschak (chr.-soz.) sagt, daß der Referent behauptet habe, daß die christlichsoziale Partei an dem ganzen Unglück des österreicherischen Volkes Schuld sei, ^{was das} /ganze Volk in Oesterreich wisse, die christlichsoziale Partei allerdings mit einer Ausnahme, nämlich des Redakteurs Austerlitz, der heute in einem Leitartikel aufgetischt habe, wer die Schuld an dem Unglück in Oesterreich habe, worin allerdings kein Wort von den Christlichsozialen stehe.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) sagt, daß von seiner Kanzlei der Einspruch in der genannten Wohnungsangelegenheit erhoben und auch das weitere Verfahren eingeleitet wurde. Die Sache sei eine vollkommen berechtigte und habe sich seine Kanzlei dieser Sache mit vollen Rechten angenommen. Er habe auch in der Sache nicht persönlich bei der Zuweisungskommission vorgespochen. Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen.

GR. Schneider (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung der Gebühren für die Räumung der schließbaren Kanäle und Senkgruben ab 1. Oktober.

GR. Angeli (chr.-soz.) bespricht das Zustandekommen des Vertrages mit der Gehilfenschaft der Kanalräumer, die nun, da die Meisterschaft ausgeschaltet worden sei, ein Monopol habe. Redner bemängelt, daß die Arbeiten nachlässig ausgeführt werden und daß aus dem Bezirken diesbezüglich zahlreiche Klagen einlaufen. Er spricht sich dafür aus, daß die Gemeinde die Kanalräumung in eigene Regie übernehmen solle.

GR. Rotter (chr.-soz.) nennt die Gebührenfestsetzung, die dreißig bis sechzig Prozent des Mietzinses betrage, die Reinkultur des Bolschewismus. Einigen hundert Kanalräumergehilfen müsse die Wiener Bevölkerung einen Tribut von ungefähr hundert Millionen Kronen leisten, wobei noch zu bemerken sei, daß die Räumungsarbeiten in hundert nachlässiger Weise ausgeführt werden. Redner verlangt die Einsetzung einer Untersuchungskommission.

G-R- Ertner bemerkt, die ganze Vorlage sei eine Augenauswischerei, hier werde Parteipolitik getrieben um einer kleinen Arbeitergruppe zu dienen; diesen Interessen müsse die gesamte Bevölkerung außerordentlich hohe Steuern entrichten. Durch die Vorlage werde eine starke Steigerung der Mietzinse eintreten.

Der Referent polemisiert im Schlußworte gegen die Oppositionellen Redner und verteidigt hauptsächlich den Entschluß, die Arbeiten nicht den Meistern, sondern der Arbeitsgemeinschaft der Gehilfen zu übertragen. Daß sei nicht nur geschehen, weil die Arbeitsgemeinschaft schließlich ein billigeres Offert stellte, sondern weil sie auch die Gewähr einer besseren Ausführung der Arbeiten bot.

Der Stadtsenatsantrag wird sodann angenommen, der Antrag Rotter auf Einsetzung eines gemeinderätlichen Untersuchungsausschusses genügend unterstützt der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

G-R. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über die Errichtung einer Feuerbestattungsanlage und führt aus: Der Gemeinderat hatte wiederholt Gelegenheit gehabt, sich mit der Sache der Errichtung einer Feuerhalle zu beschäftigen. Auch heute soll er wieder einen Beschluß in dieser Angelegenheit fassen und zwar den Platz bestimmen wo die Feuerhalle hinkommt. Wir haben uns in technischem Ausschusse und im Bauamte sehr eingehend mit dieser Platzfrage beschäftigen müssen. Ursprünglich war geplant die Feuerhalle auf die 6. Erweiterung des Zentralfriedhofes zu stellen. Dann wurden Anregungen laut, daß man irgendwo in Wien einen anderen würdigen Platz finden könne. Wir haben alle Gebiete in Wien eingehend untersucht, die für die aufstellung dieses Baues in Frage kommen könnten. Wir haben insbesondere die alten Friedhöfe einer Untersuchung unterzogen. Diese weisen jedoch keinen Raum auf um das Gebäude aufnehmen zu können. Schließlich sind folgende 3 Punkte übrig geblieben, die einer näheren Untersuchung unterzogen wurden. Der alte St. Marxer Friedhof, die 6. Erweiterung des Zentralfriedhofes und das Neugebäude selbst resp. der an das Neugebäude angrenzende Teil der einen Wildpark ähnlichen Charakter hat. Der St. Marxer Friedhof hat insbesondere den Nachteil, daß sein Gebiet zur Verbauung bestimmt ist und daß die Feuerhalle einmal mitten in einem verbauten Gebietsteil der Stadt stehen würde. Die 6. Erweiterung des Zentralfriedhofes hat den Nachteil, daß das Gebäude auf eine alte Heide zu stehen käme der der nötige Hintergrund fehlt. Zufällig ist zugleich die Frage der Übergabe des Neugebäudes an die Stadt Wien aktuell geworden. Das Neugebäude weist viele Vorteile, erstens eine stimmungsvolle Umgebung, dann liegt es nahezu an der Simmeringer Haupttrasse und in unmittelbarer Nähe des Zentralfriedhofes. Prinzipiell haben wir über die Errichtung des Krematoriums schon viel gesprochen und es liegt darüber ein Beschluß des Gemeinderates vor. Wir haben uns heute mit der Platzfrage zu beschäftigen und zu diesem Zwecke den vorliegenden Antrag gestellt um dessen Annahme ich bitte.

GRin. Dr. Seitz-Motzko (chr.-soz.) sagt, daß durch die Bewilligung des 40 Millionen-Kredites die Frage des Krematoriums eine ganz andere Bedeutung erlange. Die Gemeinde habe ungeheure Lasten zu tragen, denen sie nicht nachkommen könne. Sie bringe kaum 30% der Aufwendungen für die Angestelltengehälter auf, das Wohnungselend spreche eine erschütternde Sprache, die Gemeinde ist nicht im Stande ein paar Riegelwände zu bauen, die ^{die} /zusammengepferchten Menschen zu halbwegs wohnbaren Räumen bringen könnten, dem Vernehmen nach soll ein Bad in Kürze über 100 K kosten, wodurch es der Bevölkerung unmöglich werde, auf Hygiene Bedacht zu nehmen und zu all diesen Dingen kommen noch die Jugendfürsorge und die allgemeine Fürsorge, auf welchen Gebieten große Aufgaben zu erfüllen wären. All dieser Dingen könne aber die Gemeinde nicht gerecht werden, aber 40 Millionen Kronen für ein Krematorium, das nicht im Interesse des größten Teiles der bodenständigen Bevölkerung liege, werden aufgewendet. Das Krematorium wird gebaut werden, aber es wird ein Denkmal des Hohnes und des Spottes sein, mit dem die Gemeindeverwaltung in der Ärgsten Zeit der Not der Bevölkerung der Stadt an sich ihren Bewohnern vorbeigegen ist.

G.R. Klimesch (Tacheche) begrüßt es, daß Wien endlich eine Feuerbestattungshalle erhalten solle. Es sei zu verwundern, daß jemand gegen das Projekt Stellung nehmen könne, da ja doch niemand zur Feuerbestattung gezwungen werde. Die Anschauung der katholischen Kirche gegen die Einkücherung von Leichen müsse als sehr merkwürdige Grille angesehen werden, wenn man sich in die Erinnerung zurückruft, daß im Mittelalter auf Geheiß der mächtigen römischen Kirche ganze Hekatomben lebender Menschen auf den Scheiterhaufen verbrannt wurden, weil sie als Ketzer galten. Und während des Kruges habe die katholische Geistlichkeit nicht nur die Mordwaffen gesegnet, sondern auch ihre Zustimmung dazugegeben, daß ganze Haufen gefallener mit brennbarer Flüssigkeit übergossen und angezündet wurden. In andern Ländern sei die Leichenverbrennung längst eingeführt, ohne daß der katholische Klerus dagegen Bedenken hegen würde. So in den konservativen Italien, wo in großen Städten wie Mailand und Genua herrliche Kolumbarien bestehen.

Redner wünscht, daß mit dem Bau des Krematoriums in Wien nicht länger gezögert werde und die Stadt damit endlich auch auf diesem Gebiet dem Fortschritte Bahn bricht.

Rufe bei den Christlichsozialen: Lassen Sie sich verbrennen! Gemeinderat Klimesch lachend: Diese Freude werde ich ihnen nicht machen, wenigstens vorläufig nicht.

Gemeinderat Biber (Christlichsozial) setzt sich ~~xxx~~ waru dafür ein, daß das Objekt des Wiener Architekten Hoffmann, der mit dem ersten Preise ausgezeichnet wurde, auch zur Durchführung gelange. Wenn man sage, daß die Fassade des von dem in Innsbruck lebenden Architekten/^{Holzmeister} entworfenen Gebäudes besser zu dem Aufstellungsorte passe, und daher dieses mit dem 3- Preise bedachte Objekt zur Ausführung bringen wolle, so müßte dagegen eingewendet werden, daß der Grundriß des Hoffmannschen Projektes anerkannter Massen bedeutend besser sei und daß dieser Künstler gewiß auch die richtige Fassade gefunden hätte, wenn man ihm gesagt hätte, daß er ~~das~~ dem Neugebäude anpassen solle.

Redner erwartet daher, daß dem Wiener Architekten sein Recht werde.

Der Referent weist in seinem Schlusswort darauf hin, daß die Architektenschaft den Schiedsspruch selbst entschieden habe, weil sie in der Mehrzahl in der betreffenden Sitzung war. Sie verlangte die Ausschreibung einer beschränkten Konkurrenz zur Beurteilung der eingelangten Arbeiten, weil das Projekt Holzmeister nicht nur mit dem 3- Preise ausgezeichnet werden könnte. Das Projekt Holzmeister stelle für jeden Fachmann eine besondere Sache dar. In der ganzen Frage könne nicht der Standpunkt bezüglich der Grenze von Wien maßgebend sein, da auch der Wettbewerb für Bewerber aus Deutschland und Deutschösterreich offen war. Die Sprecher der Architekten haben auch erklärt, daß sie Holzmeister als einen ganz besonderen Künstler betrachten. Im Übrigen handelte der Antrag von der Platzfrage, wozu nicht gesprochen wurde.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

Nach der Vornahme einiger Wahlen wird die Sitzung geschlossen.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Samstag, den 8. Oktober 1921.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält am Dienstag ^{abg} 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat tritt am Donnerstag, 4 Uhr nachmittags zu einer Geschäftsitzung zusammen.

Entfallender Empfang. Montag entfällt der Empfang bei Bürgermeister Reumann wegen dienstlicher Verhinderung.

Fett- und Mehlausgabe. Vom 9. bis 15. Oktober wird als normale Wochenration 1/4 kg Verschleissmehl zum Preis von K 42.- pro kg abgegeben. Pro Bezugsberechtigten wird ausserdem 1/2 kg Plusmehl zum Preis von K 124.- per kg gegen Abschnitt „M“ der Mehlbezugskarte abgegeben. - In der gleichen Woche werden bei den städtischen Fettabgabestellen 12 dkg Margarine zum Preise von K 49.- gegen Abtrennung des Abschnittes 265 der Mehl- und Fettbezugskarte ausgegeben. Die Grossverkaufsgesellschaft für Konsumvereine gibt 12 dkg Pflanzenfett zum Preis von K 51.- ab, alle übrigen organisierten Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett zum Preis von K 52.70.-.

Mindestbemitteltenfürsorge. Die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen erhalten pro Person 1/8 kg Bohnen, zum die ersteren zum Preis von K 8.55, die letzteren unentgeltlich.

Strassensperre + Aufhebung. Das für die Seuse- und Steinbaggasse im 12. Bezirk bestehende Durchfahrtsverbot für Schwerfahrwerke und das Verbot des Befahrens der Auerspergstrasse Nr. 19 bis 21 für alle Fahrwerke wird aufgehoben.

Wien, Samstag, den 8. Oktober 1921. - Abendausgabe,

Die neuen Strassenbahnfahrpreise. Den Mitgliedern des Gemeinderates ausschusses für die städtischen Unternehmungen sind heute die Vorschläge der Strassenbahndirektion über die Erhöhung der Strassenbahn- und Kraftstellwagenstarife zugegangen.

Nachstehende Vorschläge der Direktion werden am Montag diesen ausschuss beschäftigen:

Tagesfahrtschein 16 K (bisher 10 K), im Vorverkauf gelöst 15 K
(9 K)

Kinderfahrtscheine von 2 K auf 3 K.

Frühfahrtscheine nur im Vorverkauf zu mindest 5 Stück von 6 K auf 9.40 K.

Für die Sondertarifstrecken Flötztalsteig, nach Rorhnitz zum Lusthaus an Nichtrenntagen von 3 Kauf 4 K,

Fahrtscheine für die Sondertarifstrecke zum Lusthaus an Renntagen von 40 K auf 50 K.

Tagesfahrtscheine bis 9 Uhr 30 abends jedw. nur im Vorverkauf zu mindest 5 Stück von 9 K auf 15 K.

Abendfahrtscheine von 9 Uhr 30 abends bis Betriebsschluss von 14 K auf 20 K.

Facentfahrtscheine von 30 K auf 40 K.

Hin- und Rückfahrtscheine nur im Vorverkauf zu mindest 5 Stück von 14 K auf 22 K.

Im Tarifgebiet II wird der Fahrpreis über 1 Teilstrecke von 4 K auf 6 K erhöht, über 2 Teilstrecken von 7 K auf 11 K, über 3 Teilstrecken von 10 K auf 16 K, über 4 Teilstrecken von 13 K auf 21 K erhöht. Die Kinderfahrpreise in diesem Tarifgebiet werden über 1 oder 2 Teilstrecken von 2 auf 3 K, über 3 oder 4 Teilstrecken von 4 K auf 6 K erhöht.

Das Mindestausmass der Mehrgebühr, die von Fahrgästen, die ohne gültigen Fahrtausweis getroffen werden, wird von 20 K auf 32 K erhöht.

Die Netzkarten mit monatlicher Gültigkeit, die bisher 1100 K kosteten, sollen auf 1800 K, die Streckenkarten mit monatlicher

Gültigkeit bis zu 2 Teilstrecken, bisher 750 K, auf 920 K bis zu 5 Teilstrecken, 575 K, auf 920 K und für mehr als 5 Teilstrecken, bisher 700, auf 1120 K erhöht werden.

Die Netzkarten mit halbjähriger Gültigkeit, für die bisher 9500 K zu entrichten waren, sollen nunmehr 9000 K kosten.

Die Direktion beantragt, dass die Fahrpreise für die Einzelfahrtscheine vom 24. Oktober an erhöht werden sollen, die der Zeitkarten ab 2. November 1921.

Die Direktion der städtischen Kraftstellwagenunternehmung beantragt folgende Erhöhungen der Tarife:

Im Tagesverkehr bis 10 Uhr 30 abends für Erwachsene über 1 Teilstrecke von 7 auf 12 K, über 2 Teilstrecken von 14 Kauf 24 K, über 3 Teilstrecken von 21 K auf 36 K und über mehr als 3 Teilstrecken von 28 K auf 48 K; für Kinder 1 oder 2 Teilstrecken von 7 K auf 12 K, über mehr Teilstrecken von 14 K auf 24 K. Im Nachtverkehr von 10 Uhr 30 abends bis Betriebsschluss für Erwachsene und Kinder von ^{25 K} auf 40 K, über 2 Teilstrecken von ⁵⁰ K auf 80 K, über 3 Teilstrecken von ⁷⁵ K auf 120 K und über mehr als 3 Teilstrecken von ^{100 K} auf 160 K.

Vorverkaufsfahrtscheine nur im Tagesverkehr zu 10 Stück für 1 Teilstrecke von 50 K auf 90 K, für 2 Teilstrecken von 100 K auf 180 K, für 3 Teilstrecken von 150 K auf 270 K und für mehr als 3 Teilstrecken von 200 K auf 360 K.

Diese Erhöhungen sollen vom 18. Oktober an Wirksamkeit haben.

Für die Automobilstellwagenlinie Pöchlarnsdorf-Salmannsdorf werden vom 24. Oktober an die Fahrpreise für eine erwachsene Person an Werktagen von 10 K auf 16 K und für ein Kind von 3 K auf 5 K erhöht. An Sonn- und Feiertagen beträgt der Tarif für eine erwachsene Person oder ein Kind statt bisher 20 K nunmehr 30 K. Gegen Vorweis einer Erkennungskarte soll eine erwachsene Person 6 K und ein Kind 3 K zahlen.

Nach der Beratung im Ausschuss gelangt die Vorlage am Dienstag in den Stadtsenat und wird am Donnerstag den Gemeinderat beschäftigen.

Entfallende Sprechstunde. Montag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Speiser.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien Montag, den 10. Oktober 1921.

Brot- und Mehlpreisstaffelung. Es wird aufmerksam gemacht,, dass Dienstag, den 11. Oktober und Mittwoch, den 12. Oktober als letzte Tage für die Abgabe der Erklärungen der in Wien anwesenden Parteien festgesetzt sind und von Donnerstag, den 13. Oktober angefangen Brot und Mehl nur mehr auf Grund von mit dem Gültigkeitsstempel versehenen Bezugskarten abgegeben werden darf.

Wiener Kommunal Sparkasse Döbling. Im September wurden von 659 Parteien 14,312.116 K ein, an 552 Parteien 11,938.656 K rückgezahlt, am Ende des Monatses betrug der Gesamteinlagenstand 52,530.421 K. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr betrug 6,126.130 K, an aushaftenden Hypothekendarlehen 14,360.655 K, an Darlehen auf Wertpapieren 54,178., der Wertpapiere (Nominale) 9,014.300, an Kontokorrentkrediten 8,222.808 K.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien Montag, den 10. Oktober 1921.

Brot- und Mehlpreisstaffelung. Es wird aufmerksam gemacht,, dass Dienstag, den 11. Oktober und Mittwoch, den 12. Oktober als letzte Tage für die Abgabe der Erklärungen der in Wien anwesenden Parteien festgesetzt sind und von Donnerstag, den 13. Oktober angefangen Brot und Mehl nur mehr auf Grund von mit dem Giltigkeitsstempel versehenen Bezugskarten abgegeben werden darf.

Wiener Kommunal Sparkasse Döbling. Im September wurden von 659 Parteien 14,312.116 K ein, an 552 Parteien 11,938.656 K rückgezahlt , am Ende des Monatses betrug der Gesamteinlagenstand 52,530.421 K. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr betrug 6,126.130 K, an aushaftenden Hypothekendarlehen 14,360.655 K, an Darlehen auf Wertpapiere 54,178., der Wertpapiere (Nominale) 9,014.300, an Kontokorrentkrediten 8,222.808 K.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Montag, den 10. Oktober 1921. - Abendausgabe.

Starke Erhöhung des Preises für das Plusmehl. Im Rathaus ist heute ein Telegramm des Bundesministeriums für Volksernährung eingelangt, in dem der Magistrat als Landesbehörde Wien von der Festsetzung eines neuen Abgabepreises für das Plusmehl verständigt wird. Der vom Bundesministerium für Volksernährung festgesetzte Preis für 1 kg Plusmehl beträgt für die Zeit vom 15. Oktober bis 12. November 160 K. Dazu kommt noch ein noch nicht feststehender Kleinhandelszuschlag.

Ehrengaben der Gemeinde Wien. Der Finanzausschuss hat heute einen Antrag der Frau GRin. Proft angenommen, durch den dem Dichter Alfons Petzold und dem Schriftsteller Josef Popper-Lynkeus, die bereits von der Gemeinde jährliche Ehrengaben erhalten, die jedoch durch die Geldentwertung sehr unzulänglich geworden sind, eine einmalige Ehrengabe von je 25000 K gewährt wird.

Die neuen Strassenbahntarife. Der Gemeinderatsausschuss für die Unternehmungen hat heute den von der Direktion der Strassenbahnen vorgeschlagenen Tarifen auf der Strassenbahn und den Krafttellwagen seine Zustimmung erteilt.

27. Jahrgang. Wien, den 11. Oktober 1921.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

Studiengesellschaft „Untere Enns“. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember vorigen Jahres wurde der Eintritt der Gemeinde in eine zur Prüfung der oberösterreichischen Ennswasserkraftprojekte zu gründende Studiengesellschaft „Untere Enns“ genehmigt. In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für die Unternehmungen wurde der Tätigkeitsbericht dieser Gesellschaft zur Kenntnis gebracht, dem wir entnehmen: Für das zunächst zu überprüfende Projekt zur Ausnutzung der Wasserkräfte der Enns zwischen Steyr und Enns wurden die erforderlichen Bodenuntersuchungen sowie die Geländevermessungen durchgeführt und auf ihrer Grundlage ein schon sehr eingehender Entwurf für die auf dem oberösterreichischen Ennsufer gelegenen Wasserführungs- und Kraftwerksanlagen samt Massen- und Kostenberechnungen verfasst. Die Ergebnisse dieser Erhebungen und Projektierungen sind im allgemeinen ganz zufriedenstellend. Um die Bauwürdigkeit des Projektes gegenüber den weiters in Aussicht genommenen Wasserführungs- und Kraftgewinnungsanlagen auf dem niederösterreichischen Ennsufer festzustellen, müssen auch für das letztere Projekt die erforderlichen Berechnungen durchgeführt werden; ausserdem erscheint es notwendig, die für beide Projekte gleich wichtige Frage der Schotter-Durchführung des Ennsflusses durch ein Fachgutachten zu klären. Die bisher durchgeführten Vorarbeiten ist das in den Satzungen der Studiengesellschaft vorgesehene Anlagekapital von 3,240.000 K bereits erschöpft, weshalb der Gesellschaftsausschuss den Beschluss gefasst hat, das Anlagekapital um 1,080.000 K zu erhöhen. Die Gemeinde hat zu dem ursprünglichen Anlagekapital einen Beitrag von 240.000 K geleistet; infolge der Kapitalserhöhung würde sich ihr Anteil um 120.000 K erhöhen. Der Ausschuss hat nun beschlossen, dem Gemeinderat zu empfehlen, der Erhöhung des Einlagekapitals und der dadurch bedingten Erhöhung des Anteiles der Gemeinde zuzustimmen.

Anschaffung von Elektrizitätszählern. Der Gemeinderatsausschuss für die Unternehmungen hat die Anschaffung von 15.000 Elektrizitätszählern um den Betrag von 85 Millionen Kronen beschlossen. Diese Zähler sind zum Anschlusse der zahlreichen Neuanlagen und zum Abbau der Pauschalanlagen bestimmt.

Von den Wasserkraftanlagen im Ybbstal. Im Gemeinderatsausschuss für die Unternehmungen wurden die Vermessungsarbeiten für die Stollenbauten der Wasserkraftanlagen im Ybbstal und an der zweiten Hochquellenleitung genehmigt. Diese Arbeiten sind wegen ihrer Dringlichkeit schon vor längerer Zeit in Angriff genommen worden und bilden die notwendige Vorbedingung für die neue Festlegung der Stollenrichtung und für die baldige Inangriffnahme der Bauarbeiten.

Die neuen Preise in den städtischen Warmbädern. Im Stadtsenate wurden heute die Preise in den städtischen Warmbädern nach einem Berichte des GR. Karl Schmied wie folgt festgesetzt:

Volksbäder: Brausebad 1. Klasse 30 K, 2. Klasse 20 K, Kinderkarten 3 K; Theresienbad: Dampfbad 90 K, Estrabad 135 K, ~~Wannenbad~~ 1. Klasse mit Wäsche 104 K, 1. Klasse ohne Wäsche 90 K, 2. Klasse mit Wäsche 70 K, 2. Klasse ohne Wäsche 63 K, 3. Klasse mit Wäsche 50 K, 3. Klasse ohne Wäsche 43 K; Jörgerbad: Wannenbad 1. Klasse mit Wäsche 104 K, ohne Wäsche 90 K, 2. Klasse mit Wäsche 70 K, ohne Wäsche 63 K, Dampfbad mit Schwimmbad 1. Klasse 98 K, 2. Klasse 78 K, Schwimmbad 1. Klasse ohne Wäsche 50 K, 2. Klasse ohne Wäsche 30 K, Luft- und Sonnenbad ohne Wäsche 15 K; Dampf-, Wannen- und Brausebad Floridsdorf: Dampfbad 1. Klasse mit Wäsche 90 K, 2. Klasse mit Wäsche 70 K, Wannenbad 1. Klasse mit Wäsche 104 K, ohne Wäsche 90 K, 2. Klasse mit Wäsche 70 K, ohne Wäsche 63 K, Brausebad für Erwachsene ohne Wäsche 20 K, für Kinder 3 K. Die neuen Preise werden mit 12 Oktober in Kraft treten.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 11. Oktober 1921.

Abendausgabe

Bruckner - Feier im Rathause. In den Sitzungssaal des Stadtsenates hatte heute die Stadt Wien Gäste geladen, um am 25. Todestag des Musikheroen Anton Bruckner dieses grossen Meisters zu gedenken. Zur Feierlichkeit hatten sich eingefunden:

Der deutsche Gesandte Exz. Dr. von Rosenberg, der deutsche Konsul Edler von Vizenst, der scheidende Gesandte Everlöf, der argentinische Gesandte Exz. Dr. Fernando Perez, Vizekanzler Breisky, Sektionschef Förster-Streffleur des Bundesministeriums für Unterrecht, der Präsident der Staatstheaterverwaltung Sektionschef Dr. Vetter, der Rektor der Hochschule für Bodenkultur Dr. Fischer, der Rektor der technischen Hochschule Professor Ferstel, Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften Hofrat Professor Becke, der Professor der Staatsakademie Dr. Weissenböck, der Präsident des Tonkünstlerorchesters Hofrat Herrmann, Vizepresident Sektionschef Dr. Zwirzina, von den Wiener Pionieren Vorstand Markl, Professor Mairecker, Professor Bertoldi, von der Gesellschaft der Musikfreunde Vizepresident Dr. Kraus, Generalsekretär Dlabac, der Präsident des österreichischen Musikerverbandes Haselbrunner, von der Genossenschaft der bildenden Künstler Präsident Hegenbarth, Vizepresident Köpf, der Leiter der Kunstgewerbeschule Roller, vom Verband der auswärtigen Presse Präsident Salkind, der Präsident der öst. Schriftstellergenossenschaft Chefredakteur Fuchstein, vom Gesangsverein österreichischer Eisenbahnbeamter Inspektor Böhm, Inspektor Kollar, Bürgermeister Reumann mit den Vizebürgermeistern Emmerling und Hoss, die Mitglieder des Stadtsenates, zahlreiche Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen, Magistratsdirektor Hartl und die Oberbeamten des Magistrates.

Bürgermeister Reumann leitete die Gedenkfeier mit folgender Ansprache ein: Nicht etwa weil es sich um bescheiden Kunst handelte, haben wir Sie zu einer bescheidenen Feier geladen. Aber die Stadt Wien kann nicht zurückstehen, wenn andere zur selben Zeit unternehmen, Bruckners erhabene Meisterwerke in immer breitere Schichten zu tragen. Seine Kunst bleibt in den bescheidenen Formen, wie wir sie heute sehen können, die Kunst eines gewaltigen Meisters der deutschen Nation. Im Jahre 1868 ist Bruckner nach Wien gekommen. Als Symbol müssen wir es nehmen, wer der Mann war, der die Berufung Bruckners an das Wiener Konservatorium durchsetzte: es war der Ältere Josef Hellmesberger, die Verkörperung wienerischen Musikgenies, eines Musikgenies, des aus den Tiefen des Volksganzen stammt und bei aller Entwicklung und Bildung doch seines Ursprunges nie vergisst. Der Wiener Musikgeist hat sehr wohl gefühlt, wer Bruckner war, was seine Kunst bedeutet. Alles Lebenskräftige hat zu Bruckner gehalten, vor allem die Jugend, deren Anhänglichkeit, Zuneigung, ja Liebe dem Meister über Stunden des Kummers und der Verbitterung hinweghalf; die Herzen aller, die noch unverbraucht sind, strömen ihm zu, des Einzelnen ebenso wie der aufsteigenden Schichten des Volkes. Bruckner hat viel gelitten in unserer Stadt, über das Mass dessen hinaus, was Richard Wagner das notwendige Leiden des Künstlers genannt hat, weil es in der Besonderheit, Einzigartigkeit jeder neuen grossen Kunst begründet liegt.

Bruckner litt mehr, weil alles, was dem Volksempfinden fremd war, seiner Kunst feindlich gegenüberstand und ihm den Weg zum Herzen des Volkes zu sperren suchte. Er hat nicht in Wort oder Schrift, er hat in seinen Werken gekämpft, in ihnen und durch sie den Sieg errungen. Anton Bruckner ehren, heisst sich der Verpflichtung gegen das Ganze bewusst ~~sein~~ bleiben, der Ehrfurcht und Liebe zur Kunst ebenso wie zum Ursprung aller Kunst. Dem Bewusstsein seines Volkes Ausdruck gegeben zu haben, ist der Ruhm des Künstlers; ihm die Ausdrucksmöglichkeit zu gewähren, die Möglichkeit zurückzusehen, was er gewann, das ist die Aufgabe, die Pflicht der Gemeinschaft. Wenn die Stadt Wien das Andenken ihres Bürgers Anton Bruckner ehrt, bleibt sie sich ihrer Pflicht bewusst: In seinen Grossen ehrt ein Volk sich selbst.

Unter Leitung des Chormeisters Karl Luze trug der Wiener Männergesangsverein den Chor „O könnt ich dich beglücken“ vor, das Streichquintett F-Dur wurde vom Quartett Mairecker-Buxbaum (2. Bratsche Raimund Pirschl) gespielt. Den Schluss der Gedenkfeier bildete der Männerchor „Um Mitternacht“ gesungen vom Wiener Männergesangsverein.

Im Museum der Stadt sind die im Besitze der Stadt befindlichen Bruckner Reliquien, darunter ungedruckte Frühwerke des Meisters und die jetzt zum ersten Male in Druck erschienene Ouvertüre in G-Moll ausgestellt und der allgemeinen Besichtigung zugänglich.

Verkauf von verdorbenem Speck in Lainz. Vor wenigen Tagen wurde in einzelnen Blättern die Mitteilung veröffentlicht, dass im städtischen Versorgungshaus in Lainz 1500 Kg verdorbener Speck zur Veräusserung gelangen. Diese Nachricht ist, was die Tatsache als solche anlangt, zutreffend; hingegen handelt es sich keineswegs darum, dass etwa irgendwelche Mengen von Fett durch schlechte Lagerung oder aus sonstigen Verschulden in Verderbnis übergegangen sind. Der zum Verkauf gestellte Speck ist vielmehr im Wege von Spenden bereits in schlechtem Zustand an das Versorgungshaus gelangt. Es wurde die Ausschmelzung eines kleinen Teiles immerhin vorgenommen, um zu versuchen, ob noch eine Verwendung für Kochzwecke möglich sei. Da es sich indes zeigte, dass sich das Fett zum menschlichen Genusse nicht eignet, wurde vom Wirtschaftsamt die Veräusserung des gesamten vorhandenen Bestandes dieser Art für Industriezwecke veranlasst. Alle Mutmassungen wegen unwirtschaftlicher Gebarung sind also nicht zutreffend.

Die neuen Strassenbahntarife. Der Stadtsenat hat heute den von der Direktion der Strassenbahnen vorgeschlagenen Tarifierhöhungen der Strassenbahnen und Kraftstellwagen seine Zustimmung erteilt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michsu.

27. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 12. Oktober 1921.

.....
H u t e k e i n e A u s g a b e .
.....

Hilfskräfte für die Volkszählung. Pensionierte Beamte der Gemeinde Wien können bei der Volkszählung als Revisoren und Hilfskräfte ab 1. Dezember 1. J. durch 30 bzw. 48 Arbeitstage (von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends) mit entsprechender Mittagspause) Verwendung finden. Entlohnung für die Hilfskräfte voraussichtlich 300 K für den Arbeitstar. Anmeldungen schriftlich bis längstens 31. Oktober 1. J. in der Direktion des Konskriptionsamtes, Wien, I., Neues Rathaus.

Strassen- und Wanderhandel in Wien. Der Magistrat hat seit langem die Wahrnehmung gemacht und vergebens bekämpft, daß die öffentlichen Verkehrswege immer mehr von Händlern in Anspruch genommen werden, so daß sich an vielen Stellen förmliche Winkelmärkte gebildet haben und der Passanten- und Fuhrwerksverkehr so hindert wird. Die meisten dieser Standhalter sind lediglich zum Feilbieten im Umherziehen mit Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft berechtigt und ihre Bekämpfung erwies sich vor allem deshalb als schwierig, weil naturgemäß ein Handel im steten Herumwandern nicht möglich ist. Der Magistrat hat sich daher entschlossen, den bisher befugten Wanderhändlern gegen Einhaltung bestimmter verkehrs-, markt- und gesundheitspolizeilicher Vorschriften Standplätze anzuweisen, neue Standplätze aber nur mehr Kriegsbeschädigten, Kriegerhinterbliebenen und sonst minder Erwerbefähigen zuzuweisen. Um aber die Umwandlung der Wander- in Strassenhändler herbeizuführen und das Auftreten neuer ungefügter Standhalter hintanzuhalten, wurde vom Magistrat als politischer Landesbehörde ein Verbot des Feilbietens im Umherziehen auf der Strasse mit land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen erlassen. Nach Ueberführung der bestehenden Wanderhändler auf Standplätze wird gegen die unbefugten Standhalter strenge vorgegangen werden.

Todesfall. Dienstag, den 11. Oktober 1921 verschied in Ulrichskirchen der Nestor der Lehrerschaft des Bezirkes Floridsdorf-Umgebung, Johann Senger, Volksschuldirektor i. R., im 81. Lebensjahre. Das Leichenbegängnis findet Freitag, den 14. ds. um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr ^{vpm} Trauerhause Nr. 221 statt.

Brückensperre. Infolge Montierungsarbeiten wird die Floridsdorfer Donaubrücke am Dienstag, den 18., Mittwoch, den 19. und Donnerstag, den 20. ds. M. in der Zeit von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittag für den Verkehr vollständig abgesperrt. Daran schliesst sich eine teilweise Absperrung der Brücke auf die Dauer von voraussichtlich 10 Wochen in der Zeit von $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags bis $\frac{1}{2}$ 4 Uhr nachmittag, während welcher Zeit die Strassenbahn nur einleisig, die Fuhrwerke nur in der Richtung Wien-Floridsdorf verkehren dürfen.

Kraftstellwagentarif. Die neuen Fahrpreise der städtischen Kraftstellwagen treten am Samstag, den 15. Oktober d. J. bereits in Kraft. Der Umtausch der Vorverkaufsfahrscheine des früheren Tarifes erfolgt ab Freitag, den 14. ds. in der Kartenabgabekasse am Stefansplatz.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

An Stelle der Frau GR. Wosnicak (Soz. Dem.), welche ihr Mandat zurückgelegt hat, ist GR. Leopold Ruthner erschienen, welcher die Angelobung leistet.

Gespendet haben: Direktor Louis Reed, für die Armen Wiens 10.000 K.

Heinrich Vulkan, XIII., für die Armen des XIII. Bezirkes 5000 K.
Die Gemeinde Gaming für wohltätige Zwecke 1000 K.

VB. Emmerling referiert über die Zuwendungen an die im Kollektivvertrag stehenden Funktionäre, Bediensteten und Arbeiter der Strassenbahnen- und Kraftstellwagenunternehmung und über die sich hieraus ergebende Regulierung der Fahrpreise auf der Strassenbahn, den Kraftstellwagen und der Autostälwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf, als Bedeckung für die Zuwendungen an die Angestellten. Die Teuerungszulage für die Funktionäre, Professionisten, Lokomotivführer etc. sollen um 3.500 K monatlich, für Schaffner, Fahrer, qualifizierte Hilfsarbeiter, Bahnwächter, Chauffeure, Heizer etc. um 3000 K, für Hilfsarbeiter, Bahnhofbedienstete, Weichenwärter, Pferdewärter, Kanzleidner etc. um 1500 K, für Frauen um 1000 K und für Laufburschen um 600 K monatlich erhöht werden. Hierzu kommt eine Erhöhung der Ueberstundenentlohnung, eine 150%ige Erhöhung der Qualifikationszulage der technischen Funktionäre, eine 50%ige Erhöhung der Verwendungszulagen für Funktionäre und die Erhöhung des Zehrgeldes von 17 auf 70 K. Durch diese Massnahmen werden die Angestellten der Strassenbahnen mit den Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke gleichgestellt. Die Mehrkosten, die durch diese Zuwendungen entstehen, betragen, die Steuern eingegriffen, rund 650 Millionen Kronen, die für die Funktionäre mit Einbeziehung der Verwendungszulage 108 Millionen Kronen. Diese Mehrbelastungen müssen durch Tarifregulierungen hereingebracht werden, da es unmöglich ist, andere Gelder zur Deckung eines Getarungsabganges bei der Strassenbahn in Verwendung zu ziehen. Hierbei müsse damit gerechnet werden, daß die Strassenbahn ein Unternehmen ist, das derart in das Wirtschaftsleben der Stadt einverleibt ist, daß jede nicht berechnete Erhöhung bekämpft werden müsste. Auf Grund des Voranschlages für das zweite Halbjahr 1921 war mit einem Fehlbetrag von 92 Millionen Kronen für das Jahr gerechnet worden. Aber schon ein paar Wochen nach Fertigstellung des Voranschlages musste mit höheren Beträgen, als sie in diesem vorgesehen waren, gerechnet werden. Auf Grund von damals gewährten Zuwendungen hat sich der Abgang auf 145 Millionen Kronen erhöht, wozu ein alter Abgang und die Kursverluste mit 130 Millionen Kronen, zusammen also 1.075 Millionen Kronen kommt. In Betracht zu ziehen sei hierbei auch die Erhöhung des Stromes von K 1.20 auf K 2.40, was 60 Millionen Kronen ausmache, die Erhöhung der gleitenden Zulage für September mit 230 Millionen Kronen und die Erhöhung der gleitenden Zulage für Oktober, die nicht präliminiert werden konnte, so daß sich eine Mehrausgabe durch die gleitende Zulage von 400 Millionen Kronen ergibt. Die Mehrbelastung aus dem Titel der Personalbezüge bis 24. Oktober 1921 ergibt 1657 Millionen Kronen, an Ausgaben für Materialien 300 Millionen Kronen, für Strom 130 Millionen Kronen, für die Brotaufgabe 45 Millionen Kronen, der Zinsendienst für die Auslandsanleihen eine Reserve von 200 Millionen Kronen und eine Reserve an Auslagen von 120 Millionen Kronen, wozu noch der Umstand komme, daß die Tarifierhöhung erst ab 24. Oktober in Kraft

treten kann, die erhöhten Bezüge und die gleitende Zulage aber schon viel früher bezahlt werden mussten. Die gleitende Zulage für September beträgt 25 Millionen Kronen, für den Oktober 9 Millionen Kronen, die Zuwendungen an die Bediensteten ab 1. Oktober 41 Millionen Kronen, an die Beamten 15 Millionen Kronen. Es ergibt sich demnach ein Mehraufwand von 2577 Millionen Kronen, der zu decken ist. Die Erhöhung der Fahrpreise um 60% ergibt ohne Berücksichtigung eines Frequenzabfalles einen Mehrertrag von 2428 Millionen Kronen. Wenn man bei dieser Fahrpreiserhöhung bei einer Jahresfrequenz von 475 Millionen Fahrgästen einen durchschnittlichen Abfall von 9% in Rechnung stellt, so ergeben sich ungefähr 46 Millionen Fahrgäste weniger und dadurch auch nicht nur ein Minus im Mehrertrag, sondern ein Minus im Ertrag überhaupt. Bei Einführung des Zonentarifes würde sich aber für die Fahrgäste eine unerträgliche Mehrbelastung ergeben, denn rechnungsgemäss müssten für die erste Zone K 9.-, für zwei Zonen K 15.-, für drei Zonen K 27.- und für mehr als drei Zonen K 33.- für die Fahrt bezahlt werden. Wenn gesagt wurde, dass die neuen Tarife nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen und unsozial seien, so müsse auch darauf verwiesen werden, dass der Zonentarif nicht von der jetzigen Mehrheit, sondern schon früher aufgelassen wurde, und dass der jetzige Tarif keinen Einheitstarif vorstellen. Der Tarif trägt nicht nur dem Wirtschaftsleben sondern auch jenen Schichten der Bevölkerung Rechnung, die die Frequenz der Strassenbahn ausmachen, nämlich jener, die früh, mittags und abends die Strassenbahn benützen. Auch sonst sind im Tarife Massnahmen getroffen, es sei nur auf die Nachtlinien verwiesen, ^{arbeitende} dass die Bevölkerung nicht zu sehr von der Tarifierhöhung getroffen wird. Es werden auch für vier Lehrzüge Hin- und Rückfahrten freigegeben, was im Jahre über 3 Millionen Fahrten ausmacht. Bei der Stellwagenunternehmung ist ein Mehraufwand von rund 2.9 Millionen Kronen zu verzeichnen. Man rechnet hier mit einem starken Frequenzabfall bei Inkrafttreten des neuen Tarifes. Bei dieser Unternehmung komme auch in Betracht, dass sie die Bediensteten des alten Stellwagenbetriebes angelastet hat, die das Unternehmen mit einer ganz bedeutenden Ausgabe vom ersten Tage der Betriebsführung an, belastet sind.

G.R. Erntner (Deutschnational) erklärt seine Partei werde für die Erhöhung der Bezüge stimmen, gleichzeitig stelle er aber den Antrag dass auch eine Erhöhung der Pensionistenbezüge Platz greife. Bezüglich der Fahrpreiserhöhung wünscht Redner die Einführung von Arbeiter-Wochenkarten. Ferner gibt er seiner Meinung Ausdruck, dass, da die Erhöhung des Fahrpreises eine indirekte Steuer bedeute, auch die Besitzer von Automobilen und anderen Fuhrwerken sowie die Benützung des Lohnfuhrwerkes in irgendeiner Form zu dieser Steuerleistung im Interesse der städtischen Strassenbahn herangezogen werden sollen. Auch für die Erhöhung der Fahrpreise werde seine Partei stimmen, da es nicht angehe einerseits Ausgaben zu bewilligen und andererseits die Bedeckung hierfür zu verweigern.

Frau G.-R. Wielsch (Christl. Sozial) meint, dass die Gemeinde Wien der Bevölkerung wenn schon die Erhöhung der Fahrpreise notwendig sei, dadurch ein Entgegenkommen beweisen solle, dass sie die Giltigkeit der Tagesfahrtscheine von 9³⁰ bis 10 Uhr abends erstrecke und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Ferner gibt sie die Anregung neben den bereits bestehenden Schülerkarten noch eine zweite Stufe ermäßigter Schülerkarten einzuführen.

G.R. Ellend (Christl. Sozial) stellt nach längerer Begründung den Antrag, die im Tarif vorgesehenen Vorverkaufskarten vom Betriebsbeginn bis $\frac{1}{2}$ 10 Uhr nachts anstatt mit 15 Kronen mit 14 Kronen abzugeben.

G.-R. Klimesch (Tscheche) wirft den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten vor, dass sie jede Wirtschaftsfrage rein parteimässig behandeln und nicht daran denken den wirklichen Bedürfnissen des arbeitenden Volkes Rechnung zu tragen. Eine Partei schiebe der andern die Schuld an der gegenwärtigen katastrophalen Gestaltung der Wirtschaftslage zu- Und in dem Streit um die Schuld sehen alle politischen Parteien dem Verfall tatenlos zu. Die Reichen, das ganze Gemängsel von Schieber und Parasitentum bleibt unbehelligt. Warum werden nicht diese besitzenden Klassen zu einer stärkeren Steuerleistung herangezogen. Mit Entschlossenheit, Härte und wenn nötig mit Gewalt könnte auf diesem Wege eine Sanierung herbeigeführt werden. Auch bei den vorgeschlagenen Tarifierhöhungen zeigt es sich, dass die Hauptlasten wieder den Aermsten aufgebürdet werden sollen, anstatt die Wohnhabenden Schichten zum ausgiebigen Zahlen heranzuziehen. Redner erklärt, nur durch eine Anstufung der ^{Fahr-}Preise auf der Elektrischen nach den persönlichen Einkommen des Einzelnen wäre die Tarifierhöhung sozial gerecht. Die Bevölkerung könnte in fünf Gruppen eingeteilt und die Zugehörigkeit jedes Einzelnen durch amtliche Legitimationen gesichert werden. Deswegen schlage er vor, Kinderfahrtscheine mit 3 Kronen, Schülerkarten mit 5 Kronen für die 1- Gruppe der Erwachsenen mit 10, für die 2- mit 15, für die 3- mit 25, für die 4- mit 50 und für die 5- Gruppe mit 100 Kronen abzustufen. Da er aber nach den bisherigen Erfahrungen annehme, dass dieser Antrag keine Aussicht auf Zustimmung der Mehrheit habe, weil hier nur fertige Beschlüsse einfach zu genehmigen sind, in weiterer Erwägung dass diese Vorlage keinen Unterschied zwischen Bettlern und Millionären macht, erlaube es ihm seines sozialen Gewissen nicht, dafür zu stimmen.

G.R. Hies (Soz. Dem.): Wir alle wissen, dass es wirklich nur die Not ist, die die Gemeindeverwaltung zwingt, die Strassenbahntarife dem Fallen der Krone anzupassen. Wir sehen nun, dass kinderreiche Familien nicht mehr in der Lage sind, infolge des erhöhten Fahrgeldes den Sonntag zu Ausflügen in den Wienerwald zu benützen. Wir sehen auch, dass viele Mütter mit ihren kranken Kindern in die Spitäler fahren müssen. Ich bin daher der Meinung, dass wir den Ärmsten Schichten der Bevölkerung entgegenkommen könnten, indem wir die Gebühr, die für Kinder zu bezahlen ist, den bestehenden Zuständen auf den Bahnen angepasst werde, und stelle daher den Antrag, dass Kinder bis zu 4 Jahren von der Bezahlung des Fahrpreises befreit sind, unter der Bedingung, dass für sie kein besonderer Platz beansprucht werde.

Ankunft des letzten schwedischen Kinderzuges. Heute vormittags kam am Stadtbahnhof Meidling der letzte Kinderzug aus Schweden an. Zum Empfang der Kinder hatten sich die schwedische Gesandte Exzellenz Oskar Ewerlöf, eine Anzahl Mitglieder der schwedischen Mission, und die Leiterin der Tagesheimstätten Frau Leitner und in Vertretung des Bürgermeisters amführenden Stadtrat Professor Tandler eingefunden. Vor dem versammelten Eltern dankte Frau Leitner im Namen der Kinder, Professor Tandler im Namen der Stadt Wien und ein Vertreter der Eltern im Namen dieser den schwedischen Kinderhilfskomitee herzlich für die vielen Hilfeleistungen, die das schwedische Volk der Bevölkerung Wiens angedeihen ließ. Exzellenz Ewerlöf hielt eine kurze Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß durch diese Aktion die Verbrüderung zwischen dem schwedischen und österreichischen Volke ganz besonders gefördert worden sei. Die Ansprachen der einzelnen Redner wurden von den Anwesenden beifällig aufgenommen.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn diese großzügige Aktion, die für heuer mit der Ankunft dieses Kinderzuges abgeschlossen ist, auch im nächsten Jahre eine Fortsetzung finden würde. Ganz gewiß wäre dies im Interesse der Wiener Kinder notwendig.

G.R. Feldmann (Deutschnational) wünscht, daß bei Regulierungen der Bezüge von Angestellten auch die Bezüge der Pensionisten gleichzeitig geregelt werden. Redner spricht sich für eine Verdichtung des Verkehrs der Straßenbahn in den Früh-, Mittag- und Abendsstunden aus und urgiert seinen Antrag wegen Verlängerung der Linie F und der Schaffung einer Verbindung ~~zwischen~~ Wersthoß und Dornbach. Wenn der Referent in seinen Ziffern auch die Brotaufgabe angeführt habe, so bewiese dies, daß die Gemeinde auch den auf diese Post entfallenden Betrag auf die Fahrgäste der Straßenbahn überwälze, daß also auch die Pfundnerin, die Kranken und die Schulkinder die Brotaufgabe der Gemeinde mitzahlen müssen, welches Vorgehen zeige, wie weit das System der Ueberwälzungen führe.

G.R. Wawerka (Christl. Sozial) sagt, daß die Straßenbahndirektion mit den Anweisungen für die Kinder, die Pflichtschulen besuchen, unglaublich sparsam umgehe. Es gehe nicht an, daß die Gewährung von ermäßigten Fahrkarten für Schulkinder von einem Monatseinkommen des Familienerhalters von 10.000 Kronen und eines Familienmitgliedes mit 2500 Kronen abhängig gemacht werde. Diese Einkommensgrenze müge erhöht werden. Redner bemängelt, daß die Straßenbahn im Gegensatz zu den Bundesbahnen und zur Landesbahn den Jugendwanderern an Sonntagen keine Ermäßigung gewährt. Er kritisiert, daß von der Straßenbahn-Direktion die von den Schulleitungen eingereichten Mitteilungen der Lehrausflüge nicht eingehalten werden, sondern daß die Direktion Abänderungen sowohl in den Tagen wie auch in den Stunden vornimmt, was zu vielen Schreibereien und unnötigen Zeitvergeudung Anlaß gebe.

GR. Skarek (Soz. Dem.) erklärt, wenn man von der Vorlage nichts anderes wüsste, als daß die Erfordernisse für die Gehaltsregelung 1700 Millionen ausmachen, und das Gesamterfordernis 2.500 Millionen beträgt, dann müsse es für den einzelnen selbstverständliche Pflicht sein, die Frage nach der Bedeckung dieser Summen aufzuwerfen. Es ist richtig, wie ein Christlichsozialer Redner sagte, daß der Bevölkerung durch die Tarifierhöhungen schwere Lasten auferlegt werden. Aber GR.

Ellend hätte diese Rede den christlichsozialen Landwirten halten sollen. Das Hinaufschnellen der Lebensmittelpreise ruhig mit ansehen, aber gegen die daraus folgenden Verteuerungen zu wettern, sei keine aufrichtige Politik. Am unserm Elend trägt hauptsächlich die Geldentwertung schuld, nach welcher heute ein Friedensheller zwei Kronen wert ist. Wenn man auf Grund dieser Kalkulation die Fahrpreise der Elektrischen beurteile, dann koste heute eine Fahrt nach dem neuen Tarif 8 Friedensheller. So billig ist man ja auch in den Zeiten der christlichsozialen Herrschaft auf der Strassenbahn nicht gefahren. Die Einkommensverhältnisse haben mit der Teuerung aller Lebensmittel- und Bedarfsartikel nicht gleichen Schritt gehalten. Vergleiche man den Preis eines Kilogramm Kraut in der Vorkriegszeit, der 12 Heller Betrag, so konnte man mit diesem Geld eine ganze Zone fahren, während jetzt ein Kilogramm Kraut 72 Kronen kostet. Wieviel Fahrten kann man mit diesem Geld auf der Elektrischen unternehmen? Diese und ähnliche Vergleiche müsse man sich vor Augen halten. Es sei zu verstehen, daß die Opposition gegen die jetzige Mehrheit eine lebhaftige Agitation führt, denn die Opposition braucht ja diese Agitation, es ist ihr Lebenserwerb. (Heiterkeit rechts. GR. Kunschak: Er spricht aus Erfahrung!) Aber in der gegenwärtigen Zeit eines solchen Tiefstandes unserer Krone gegen die Fahrpreis noch zu sprechen, das ist unbegreiflich. Wenn die Christlichsozialen an der Herrschaft wären, würden sie gewiß heute nicht bei dem Fahrpreis von 16 K halten, sondern wahrscheinlich dem Tiefstand der Krone angemessen, mit der Erhöhung der Tarife vorgehen. Der von den Christlichsozialen immer wieder vorgeschlagene Zonentarif würde eine soziale Ungerechtigkeit bedeuten. Denn man müste den weiter Wohnenden einen höheren Preis vorschreiben, als den in den Stadt- und Mittelständlerbezirken Wohnenden Menschen. Wie käme der Prolet/aus dem äußern Bezirk dazu, gegenüber den Bewohnern der Inneren Stadtbezirke die Hauptlasten der Tarifierhöhung zu tragen. Zum Schlusse bitet der Redner, die Opposition möge den wirklichen Verhältnissen Rechnung tragen, anderes verlange die Majorität nicht.

G. Kunschak (Christlichsozial) Es wäre ein müßiges Gerede, wenn man versuchen wollte, nachzuweisen, daß eine Erhöhung der Straßenbahntarife überhaupt nicht zulässig ist. Wir streiten auch nicht mit ihnen über die Frage ob eine Tarifierhöhung überhaupt zulässig ist, sondern nur darüber, ob die Tarifierhöhung das einzige Mittel ist, um den Haushalt der Straßenbahn in Ordnung zu bringen, und ob das Ausmaß der Tarifierhöhung in den Verhältnissen überhaupt begründet ist. Sie machen sich die Arbeit zu leicht, sie teilen einfach die Mehrkosten auf die Fahrkosten auf. Es wurde auch auf den Tiefstand der Krone verwiesen und die christlichsoziale Regierung der Mitschuld bezichtigt. Sie müssen die Geschichte der Republik und die Bewertung der Krone als eine Einheit auffassen, und nicht mit dem Tage da Dr. Renner aufhörte Staatskanzler zu sein, beginnen. Am Tage der Proklamierung der Republik wurde die Krone in Zürich mit 38 bewertet, und an dem Tage da Dr. Renner aus dem Amte schied mit 2.8. Seit der Christlichsozialen Regierung ist sie von 2.8 auf 0.19 zurückgegangen. Wenn sie die Entwicklung vergleichen, werden Sie finden, daß unter der Kanzlerschaft des Dr. Renner die Krone den schnellen Sturz erlebte und daß nun nurmehr der Abbröckelungsprozess wie bei einer Ruine erfolgt. Den Umfang dieser Tarifierhöhung bestreiten wir, und es wird eingewendet, wir sollen ein anderes Mittel angeben. Zunächst haben wir als Opposition das Recht, daß Sie uns die Richtigkeit Ihres Standpunktes beweisen.

Recht, das Sie uns die Richtigkeit Ihres Standpunktes beweisen.

Die Ziffer die uns der Herr Referent angeben hat sind wage Ziffern das sind lauter Sachen des Ermessens, Beweiskraft liegt gar keine darin. Wir wollen aber Beweise, daß die Erhöhung in diesem Umfange notwendig ist. Darauf ist uns der Herr Referent bzw. die Direktion der Straßenbahnen die Antwort schuldig geblieben. Ueber das Resultat der bisherigen Erhebungen hört man auch kein Wort. Wir müssen also sagen, der Bericht ist in gar keiner Weise gelegt und Sie können von niemanden der es mit seiner Gemeindepflicht ernst meint aber schon gar nicht von einem Mitgliede der Opposition verlangen, daß es Ihnen auf die schönen Augen des Herrn Direktors Spängler oder Vizebürgermeisters Emmerling hin, die Tarife bewilligt. Weil man uns die Begründung unterlassen hat, können wir für diese Anträge nicht stimmen. Redner sagt sodann, wenn er für den Zonentarif spreche so weine er nicht den früheren bereits abgesetzten Zonentarif sondern ^{für} die kurzen Radialstrecken ohne Umsteigeberechtigung sollten billigere Kartenausgegeben werden, daß würde der Straßenbahn große Einnahmen erzielen. Ferner wünscht der Redner, daß bei der Straßenbahn kaufmännisch gearbeitet werde. daß habe der Berliner Straßenbahn in einem Jahre von 20 Millionen Mark Defizit zu 6.5 Millionen Mark Reingewinn verholfen. Diese Tatsache sei so verblüffend, daß man sie gar nicht glauben könnte, wann nicht amtliche Berichte darüber vorlägen. Die den Berliner Gemeinderat regieren, fährt Redner fort sind doch Ihre Parteigenossen, lernen Sie doch von Ihren Genossen in Berlin. Aber Sie wollen durchaus den Beweis erbringen, daß Sie die Gescheitesten sind. Ich will noch den Beweis erbringen, daß Sie mit all' diesen Tariferhöhungen eigentlich doch die Defizitwirtschaft nicht beheben. Der Fahrplan ist zweifellos viel zu weitmaschig. Auch bezüglich der Befriedigung des Reinlichkeitsempfindens haben wir ein Defizit. Der Wagenpark befindet sich in einem unerhörten Zustande. Das schwerste Defizit aber liegt im Mangel an sozialen Empfinden. Es ist unmenschlich, was Sie mit den Altpensionisten treiben. Heute mutet man Leuten zu, mit 1800 Kronen in Wien zu leben. Den in Ausland lebenden Pensionisten verweigern Sie die Teuerungszulage und in der Tschechoslowakei wird Ihnen die Pension mit 10 tschechischen Kronen ^{monatlich} ausgezahlt. Leute die 13.000 Kronen Einnahmen hatten schicken Sie mit 3.000 Kronen in Pension. Und da verlangen Sie noch Berufsfreudigkeit. Die Pensionsverhältnisse sind heute schlechter als sie zur ^{zur} berechtigtesten Zeit des Reitzes waren.

In den sozialdemokratischen Finanzplan wird auch vorgeschlagen, die Staatsunternehmungen in gemeinwirtschaftliche Anstalten umzuwandeln. Was die Mehrheit im Staate wünsche, wende sie merkwürdigerweise im eigenen Wirkungskreise nicht an, denn es sei von der Mehrheit noch nie der Vorschlag gemacht worden, die Strassenbahn zu entkommunalisieren und in eine gemeinwirtschaftliche Anstalt umzuwandeln. Die Christlichsozialen sind nicht gegen die Erhöhung der Tarife an sich, aber sie sind der Meinung, daß die beantragte Höhe unbegründet ist, es fehlen ihr die Unterlagen, um mit ruhigem Gewissen dieser Vorlage zuzustimmen, sie werden daher die Zustimmung verweigern und der Mehr-

heit die Verantwortung für dieses saloppe Werk überlassen.

GR. Pollack (jüd.nat.) bezeichnet es als das Verdienst des Finanzreferenten, daß gegenwärtig im Stadthaushalt kein Defizit herrscht. Diese Tatsache sei besonders im Hinblick auf die großzügigen Arbeiten und wirtschaftlichen Werke, welche die Gemeinde auszuführen gedenkt, von großer Bedeutung. Die Gemeinde werde, da im Stadthaushalt Ordnung herrsche, für die zu investierenden Summen, leichter Auslandskredite bekommen. Ein Verdienst der sozialdemokratischen Partei sei es auch, daß sie als oppositionelle einen Finanzplan vorlegten, und damit zur aktiven Mitarbeit sich bereit erklärten. Die Republik Oesterreich befinde sich in einem Zustande, der die Zusammenfassung aller Kräfte unerlässlich macht. Deswegen begrüße es Redner mit Freuden, daß Finanzminister Dr. Gürtler den Dr. Rosenberg, der ein Jude ist, als Mitarbeiter nicht entbehren kann. (Heiterkeit. Rummelhardt: Deshalb haben Sie sich also zum Worte gemeldet?) Mir ist Dr. Rosenberg persönlich ganz unbekannt, nur weiß ich, daß er ein gescheiter Mensch ist. Die Christlichsozialen stehen aber auf dem Standpunkte, daß sie auf die Juden schimpfen müssen. Ich begrüße es daß die Führer der Christlichsozialen doch so vernünftig waren, in diesem Falle nicht an die Konfession zu denken. (Reismann: Hausjuden haben sie aber immer gehabt!) Man wird den Dr. Rosenberg zum außerordentlichen Minister und bevollmächtigten Gesandten ernennen und dann kann in das Finanzministerium delegiert werden. Ich bin darüber informiert, daß diese Dummheit auf das Konto der Herrn Großdeutschen zu setzen ist. Gegenüber der Behauptung des GR Kunschak, daß die Stadt Berlin ursprünglich ein Defizit von 20 Millionen Mark hatte und jetzt kein Defizit mehr habe, bemerkt Redner, man dürfe nicht vergessen, daß die deutsche Kohle im dritten und vierten Quartal des Jahres 1920 ^{teurer} /gewesen und schon im ersten Semester 1921 billiger geworden ist. In Wien jedoch lagen die Verhältnisse infolge des Kurswertes der Krone ganz anders. Die Kohle ist hier jetzt viermal so teurer geworden. Das einzige Mittel unserem Wirtschaftsleiden aufzuhelfen, wäre eine Verbesserung der Valuta. Zu dem Sinken der Krone haben auch politische Vorkommnisse beigetragen. Darunter die Behandlung der westungarischen Frage im Nationalrat. In der feierlichen Sitzung, in der die Inkorporierung des Burgenlandes begrüßt wurde, ist ein deutschnationaler Abgeordneter aufgestanden und hat erklärt, wenn der Anschluß an Deutschland kommen solle, werde man diese 350.000 neuen Volksgenossen der großen deutschen Völkerfamilie zuführen können. Diese Stelle der Rede wurde im amtlichen Bericht unterdrückt. Aber die Ungarn haben davon doch erfahren und sie nach Paris berichtet und man kann sich vorstellen, welchen Eindruck diese Nachricht in Frankreich hervorgerufen hat. Das sind Unvorsichtigkeiten, wie sie in einer öffentlichen Körperschaft nicht vorkommen sollen. Die Verschlechterung unserer diplomatischen Situation in der westungarischen Frage ist auch durch diese Entgleisung mit verschuldet worden. Zum Schlusse erklärt Redner, seine Partei habe ein spezielles Interesse, die Stadtgemeinde aktiv zu erhalten und aus diesem Grunde werde sie für die Tariferhöhung stimmen.

In seinem Schlusswort erwidert der Referent auf die in der Debatte gemachten Einwendungen und sagt, daß es nicht möglich sei Streckenkarten, wie sie Gemeinderat Kunschak vorgeschlagen hat zur Einführung zu bringen, da die Straßenbahn keine direkten Strecken befahre, sodaß am Ring andere Karten ausgegeben werden müßten. Was G.-R. Kunschak von Berlin gesagt habe, sei dort vorläufig ein frommer Wunsch. Die Wirtschaftskommission, die genannt wurde habe zunächst den Grundsatz aufgestellt, daß jeder städtische Betrieb für seine Auslagen aufzukommen habe. Bei der Berliner Straßenbahn wurden 1600 Bedienstete mit 2000 Mark Abfertigung entlassen, von den 7 Direktoren der bestandenen Straßenbahnunternehmungen sind 2 übrig geblieben, und so sei hauptsächlich durch diese Maßnahmen das Defizit aus der Welt geschafft worden. In Berlin wurden auch Parallellinien aufgelassen und hierdurch Strom erspart.

In Wien habe man durch die Auflassung von Haltestellen 5 Millionen Kilowattstunden Strom, das sind rund 24 Millionen Kronen erspart. Durch die Einstellung von Parallellinien in Wien, wogegen man sich auf seiten der Minderheit wehren würde, würden 32 Millionen Kronen erspart werden. Die Gemeinde Wien habe es eben durch ihre Tarifpolitik dahingebraucht, daß die Stadt das verhältnismäßig geordnetste Finanzwesen im Staate darstellt. Diese Politik werde auch beibehalten werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Hieß angenommen, die anderen Anträge der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, die Tarif-erhöhungen und die Zuwendungen an die Straßenbahngestellten beschlossen.

Nach Berichten des VB. Emmerling werden folgende Beschlüsse ohne Debatte gefasst:

Die Erhöhung des satzungsmässigen Anlagekapitals der Studiengesellschaft „Untere Enns“ auf 4,300.000 K.

Beschaffung einer ~~Exzenterpresse~~ Exzenterpresse für die Unterstation Kaunitzgasse der städtischen Elektrizitätswerke.

Die Anschaffung von 15.000 Stück Elektrizitätszähler und 22 Stück Stromeswandler.

Erhöhung des Betriebsvorschusses des städtischen Brauhauses von 20 auf 50 Millionen Kronen.

Endlich eine Abänderung des Uebereinkommens mit der Bundesbahndirektion betreffend die Herstellung der Unterführung der Bundesbahnlinie im Zuge der Hirschstettenerstrasse im 21. Bezirk.

Weiters wird auf Antrag desselben Referenten die Erhöhung der Personalzulagen für Kontrollamtsbeamte ab 1. Dezember um 50% beschlossen.

GR. Hackl. (Soz. Dem.) legt die Bilanz des Rathauskellers für das mit 1. Juli 1919 beginnende und erst 30. Juni 1920 abschließende Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 700.000 K vor. Der Bericht wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Nach einem Bericht des GR. Iser (Soz. Dem.) wird die Baulinienbestimmung für das Siedlungsgebiet „Plankenböcker“ im 21. Bezirk genehmigt.

StR. Grünwald (Soz. Dem.) berichtet über den Antrag auf Einhebung einer Nachtragszahlung zuden Gebühren für die Hausgehilfenkrankenkasse pro 1921 und begründet diese Maßregel damit, daß bisher ein Defizit von 6,980.000 K entstanden ist, das bedeckt werden müsse.

Nachdem GRin. Wielzch (chr. soz.) aus prinzipiellen Gründen sich gegen diesen Vorgang ausgesprochen hatte, für die Einrechnung des Defizits auf die Gebührenleistungen des Jahres 1922 eingetreten war und die Anregung gegeben hatte, die Transportkosten erkrankter Hausgehilfen in das Spital aus den Mitteln der Krankenkassa zu decken, wird der Referentenantrag nach einer kurzen Entgegnung des Berichterstatters unverändert angenommen.

Dr. Tandler (Soz. Dem.) berichtet über die Erhöhung der Verpflegskosten in den städtischen Versorgungsanstalten von 120 auf 130 Kronen pro Tag ab 1. August.

GRin. Kurzbaue (chr. soz.) beantragt, daß Pfründen die Taggelder der Pfründner derart erhöht werden, daß sie den Verpflegskosten, der in den Gemeindeanstalten untergebrachten Pflöglingen gleichkommt.

GR. Müller (chr. soz.) wünscht eine Kontrolle der Pfründner auf ihre Bedürftigkeit und beantragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die die Erhöhung der jetzigen Pfründen der Teuerung entsprechend vorsieht.

Der Referent erklärt in seinem Schlusswort, daß eine solche Vorlage bereits den Gemeinderatsausschuss beschäftigt und daß sich die Gemeinde bemühen werde, das Los jener Menschen, die in keine Anstalten gehen, zu verbessern. Bezüglich der Anregung der Kontrolle der Pfründner teilt der Referent mit, daß bereits Veranlassung genommen wurde, die Empfänger von Pfründen einer Durchsicht nach ihrer Bedürftigkeit zu unterziehen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Kurzbaue und Müller der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, der Antrag des Referenten angenommen.

Dr. Ueber Antrag des GR. Tandler wird die Nächtigungsgebühr des im städtischen Asyl untergebrachten Palästinawanderer für die Zeit vom 12. Mai bis einschliesslich 15. September 1921 von 60 bzw. 70 K ~~xxxxx~~ auf 35 K ermässigt.

GR. Dr. Tandler ~~xxxxxxx~~ beantragt die Bewilligung von Zuschußkrediten von 1920/21 für den Betrieb ~~xxx~~ städtischer Kinderheime und Waisenhäuser im Betrage von 1,857.000 K.

GRin. Gärtner (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, daß die vom Gemeinderat beschlossene Erhöhung der Waisengelder auf 1300 K noch nicht überall durchgeführt sei, und richtet an den Referenten ~~xxx~~ Ersuchen mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß diese Erhöhung in kürzester Zeit rückwirkend durchgeführt werde.

GR. Dr. Tandler sagt, er werde der zuständigen Magistratsabteilung neuerdings den Auftrag geben, die Beamten in dieser Angelegenheit zu instruieren und bittet ihn alle Vorfälle mitzuteilen, ~~xxxxxxx~~ und er werde jederzeit zur Abstellung von Mißbräuchen das Nötige vorkehren. Der Referentenantrag wird soñann angenommen.

Nach einem Referate des StR. Richter werden die Kosten der Untere Ennsanlage auf dem Kontumazmarkt und Seuchenhofe im Betrage von 430.000 K nachträglich genehmigt.

Schliesslich wird nach einem Berichte desselben Referenten dem Ausgleichsvorschlage im Lieferstreit zwischen der Gemeinde Wien und der Firma West. Benz-Geggenau Gesellschaft wegen eines elektrischen Vorspannwagen und Sprengwagen ~~xxxxxxx~~ und die 264693 K Mehrkosten genehmigt.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 14. Oktober 1921.

Einstellung der Strassenbahn über die Floridsdorferbrücke. Wegen Montagsarbeiten wird der Strassenbahnverkehr über die Floridsdorferbrücke am Dienstag und voraussichtlich Mittwoch und Donnerstag nächster Woche von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags eingestellt. Die Züge der Strassenbahnlinie 31 werden in dieser Zeit auf dem Engelsplatz und dem Inundationsdamm umgekehrt werden.

Fillgrader Stiftung. Im November d.J. gelangen die Zinsen der Georg und Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind; Bürger der ehemaligen Vorstadt Laingruben genießen vor allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche bis längstens 20. Oktober 1921 an die Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf, VI., Amerlingstrasse 6.

Mautner-Markhofsches Kinderspital. Vom Wiener Magistrate als politische Landesbehörde wurde mit dem Erlasse vom 21. Juli die vom Verwaltungskomitee beschlossene Umänderung des Namens der Stiftung „Kronprinz-Rudolf Kinderspital“ in „Mautner-Markhofsches Kinderspital“ stiftungsbehördlich genehmigt.

Wien, Freitag, den 14. Oktober 1921. - Abendausgabe

Erhöhung des Brotpreises. Im Laufe der Vorwoche haben die Arbeiter und Angestellten der Bäckereibetriebe unter Hinweis auf die in jüngster Zeit ausserordentlich gestiegenen Kosten der Lebenshaltung den Unternehmern neue mit 15. Oktober befristete Lohnforderungen überreicht. Hierüber hat das paritätische Lohnkomitee am 10. ds. verhandelt, wobei sich die Notwendigkeit einer Erhöhung der bisherigen Ansätze um weitere 80% ergab. Gleichzeitig forderten die Unternehmer unter Hinweis auf die bedeutend gestiegene eigene Sachregie eine entsprechende Erhöhung des Brotpreises und wendeten sich an die Landesbehörde um amtliche Ueberprüfung der aus den geänderten Verhältnissen sich ergebenden Ansätze. Nach der hierüber angestellten genauesten Durchrechnung

und der auf Grund derselben gepflogenen eingehenden Beratungen, die erst ^{heute} in den Abendstunde zum Abschluss gebracht werden konnten entfallen bei knappster Bemessung auf die Lohnerhöhung 8.57 K und auf die Erhöhung der Sachregie 7.53 K auf den Laib. Von den Sachregie posten sind insbesondere hervorzuheben die Steigerungen bei Ofenheizung um 2.98 K, bei Kraft und Licht um 1.58 K, bei Fuhrwerk um 1.13 K für den Laib. An sonstigen Sachregiekosten waren bei Salz, Reparturen, Zinsen und Amortisation, Arbeitskleider und Wäsche, Manko und Ausschuss Steigerungen zu berücksichtigen. Diese als unabweisbar festgestellten Erhöhungen bedingen auch eine Steigerung des Wiederverkäuferrabattes, die mit 40 h für den Laib ermittelt wurde. Unter Zugrundelegung des bisherigen Brotpreises von 17.50 K ergibt sich sonach ein neuer Preis von 34 K für den Laib, der am 16. ds. in Kraft tritt. Das zur Broterzeugung notwendige Mehl wird auch weiterhin von der Bundesregierung kostenlos beigelegt.

Die Verordnung der politischen Landesbehörde über den neuen Brotpreis wird morgen kundgemacht.

Lehrerhausverein. Lebensmittelzubussen-Abgabe für Mitglieder an den Schulen der Bezirke 5 und 6 Dienstag, den 18. ds. 4 bis 6 Uhr, 7 und 8 Donnerstag, den 20. ds. 4 bis 6 Uhr und 9 und 10 Samstag, den 22. ds. 10 bis 12 Uhr. Für Oel und Spiritus Gefässe mitbringen. Mitgliedskarte erforderlich.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Samstag, den 15. Oktober 1921.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält am Dienstag vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag 4 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung zusammen.

Fett- und Mehlabgabe. Vom 16. bis 22. Oktober werden bei den städtischen Fettabgabestellen 12 dkg Pflanzenfett zum Preis von K 52-70.- gegen Abschnitt 266 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preis von K 49.-.

Vom 16. bis 22. Oktober wird 1/4 kg Verschleißmehl als normale Wochenration zum Preis von K 42.- pro kg ausgegeben. Außerdem wird an jeden Bezugsberechtigten 1/2 kg Plusmehl gegen Buchstaben „N“ abgegeben. Infolge der abnormen Steigerung der ausländischen Zahlungsmittel haben sich die Gesteuerungskosten dieses Mehles derart erhöht, daß für die am 16. ds. beginnende vierwöchentliche Abgabeperiode der Abgabepreis der österreichischen Getreideanstalt für Plusmehl vom Bundesministerium für Volksernährung mit 160 K pro kg festgesetzt wurde. Die über Aufforderung dieses Ministeriums von Magistrat als Landesbehörde festzusetzenden Kleinhandelszuschläge betragen unter Berücksichtigung der Handelsregion 20 K, so daß sich für Wien ein Kleinverschleißpreis für Plusmehl von K 180.- pro kg ergibt. Wenn rayonierte Kunden in der abgelaufenen Woche die ihnen zukommende Plusmehlmenge nicht oder nicht voll erhalten konnten so findet dies in der Knappheit der Plusmehlbestände seine Begründung.

Allerheiligenverkehr. Zu Allerheiligen und Allerseelen werden für den Verkehr zum und vom Zentralfriedhof nachstehende Anordnungen erlassen:

Alle Wagen haben Sonntag, den 30. Oktober und Dienstag, den 1. November von 8 Uhr früh bis 1/2 8 Uhr abends, Montag, den 31. Oktober und Mittwoch, den 2. November von 1 Uhr mittags bis 1/2 8 Uhr abends folgende Fahrwege einzuhalten: Rennweg - Simmeringer Hauptstrasse; Landstrasse Hauptstrasse - ehemalige St. Marxer Linie, - Simmeringer Hauptstrasse; Geiselbergstrasse - Grillgasse - Simmeringer Hauptstrasse. Die Züge der Strassenbahn halten von Samstag, den 29. Oktober bis Mittwoch, den 2. November so vor den Toren des Zentralfriedhofes, daß die Fahrgäste die Tunnel I, II oder IV zu benutzen haben. Sonntag, den 30. Oktober und Dienstag, den 1. November halten die Strassenbahnwagen von 3/4 8 Uhr früh bis 1/2 8 Uhr abends und Montag, den 31. Oktober und Mittwoch, den 2. November von 1 Uhr mittags bis 1/2 8 Uhr abends ausschliesslich vor dem Haupttor bei den Tunneln II und IV. Zur Rückfahrt können den zuletztgenannten Tagen und Halbtagen nur beim Haupttor eingestiegen werden. Aufgelassene Haltestellen: Sonntag, den 30. Oktober und Dienstag, den 1. November die Haltestellen Geygasse und Krausegasse für beide Fahrrichtungen. Fiaker, Einspänner, Privatwagen und Kraftfahrzeuge haben von Samstag, den 29. Oktober bis Mittwoch, den 2. November durch die besondere Zufahrtsstrasse zu ihren Wagenaufstellungsplätzen vor dem Neugebäude zu fahren; die Fahrgäste haben zum und vom Friedhofe den Tunnel III zu benutzen. Zu dieser Zeit werden die sonst vor dem Zentralfriedhof bewilligten freien Standplätze für das Platzfuhrwerk aufgehoben. Die Leichenwagen haben von Sonntag, den 30. Oktober bis Mittwoch, den 2. November bis zum Schwechater Tor, dann auf dem Wege zwischen Zentralfriedhof und neuem evangelischen Friedhof zu fahren, von wo sie durch ein eigens hergestelltes Tor in den Zentralfriedhof gelangen. Zur Rückfahrt ist derselbe Weg einzuhalten.

Sonntag, den 30. Oktober und Dienstag, den 1. November von 8 Uhr früh bis 1/2 8 Uhr abends, Montag, den 31. Oktober und Mittwoch, den 2. November von 1 Uhr mittags bis 1/2 8 Uhr abends haben die Fuhrwerke für die Rückfahrt vom Zentralfriedhof folgende Wege einzuhalten: Simmeringer Hauptstrasse - Rennweg oder Landstrasse Hauptstrasse, Simmeringer Hauptstrasse - Grillgasse - Geiselbergstrasse.

Der Generalrat der Völkerbundigen - Union im Rathaus. Bürgermeister Heumann wird morgen Sonntag den Generalrat der Völkerbundigen-Union im Festsale des Neuen Rathauses anlässlich der veranstalteten Festversammlung begrüßen. Hervorragende Delegierte der einzelnen Völkerbundigen werden hierauf Ansprachen halten. Voraussichtlich dürften Delegierte der Ligen Englands, Belgiens, der Schweiz, Hollands und Japans das Wort ergreifen. Der Beginn der Veranstaltung, zu der auch das diplomatische Korps, parlamentarische Vertreter der Regierung, Behörden, Vertreter von Industrie, Gewerbe und Handel und die Gemeindefunktionäre geladen sind, ist für 8 Uhr abends festgesetzt.

Lebensmittelkartenausgabe und Hauslistenabgabe. Am Samstag, den 22. Oktober findet die Ausgabe der neuen vom 23. Oktober an geltenden Brotbezugskarten, Mehl- und Fettbezugskarten, Störbrotmehlkarten und Kindermehlkarten in der bisher üblichen Weise bei den Brotkommissionen statt. Hausbesitzer, welche die Hauslisten noch nicht abgegeben haben, müssen deren Abgabe sofort veranlassen, weil sonst eine Verzögerung der Ausgabe der Lebensmittelkarten für die Hausbewohner eintreten kann.

Die Sprechstunden bei StR-Speiser finden diese Woche statt Montag, Mittwoch 3 Uhr nachmittags statt.

Petroleumabgabe. Vom 16. Oktober werden bis auf weiteres die bisherigen Petroleummengen auf Grund der Petroleumbezugskarte abgegeben.

Massenbestrafung von Automobilbesitzern. Die wiederholt von der Gemeinde ergangenen öffentlichen Aufforderungen, die am 11. Februar des Jahres beschlossene Automobilsteuer zu entrichten, hatten bisher nur teilweise Erfolg. Wie sich jeder Beobachter des Strassenbildes überzeugen kann, ist noch ein gut Drittel der Automobile, ob es sich nun um Lastkraftwagen oder Personalfahrzeuge handelt, nicht mit den roten Steuerzeichen der Gemeinde versehen. Infolgedessen hat seit Wochenfrist ein vom Magistrat organisierter Dienst eingesetzt, um die säumigen Steuerzahler dieser Kategorie wirksam zu erfassen. Es sind bereits 386 Anzeigen in Behandlung genommen worden. Die Minderzahl der Beanstandungen betrifft Automobile, deren Anmeldung tatsächlich schon erfolgt ist, für die auch die Zahlung geleistet wurde, deren Besitzer es aber unterlassen, das Steuerzeichen neben der Erkennungsziffer am rückwärtigen Teile des Wagens tatsächlich anzubringen. Diese Ordnungswidrigkeit wird mit 2000 K Geldbuse geahndet. Zumeist aber handelt es sich um Automobile, bei denen die Besitzer sich um die Steuer überhaupt nicht gekümmert haben. In diesen Fällen wird mit der vollen Strenge des Gesetzes vorgegangen. Je nach der Anzahl der Pferdekräfte der in Betracht kommenden Fahrzeuge bewegen sich die bisher ausgesprochenen Strafen zwischen 75.000 und 400.000 Kronen.

Brot- und Mehlpfeilstaffelung. Es wird amtlich in Erinnerung gebracht, daß es den Brot- und Mehlpfeilstaffelern seit Donnerstag, den 13. ds. strengstens verboten ist, Mehl und Brot an Kunden abzugeben, deren Bezugskarten nicht mit dem Gültigkeitsstempel versehen sind. Parteien der Ober- und Mittelgruppe, welche die Einzahlung noch nicht geleistet haben, wollen dies sofort tun, da ihnen der Gültigkeitsstempel auf die Bezugskarten nur gegen Vorweis des Erlagecheines bei der Brotkommission aufgedruckt wird. Sie würden auch von Bezüge der neuen Brot- und Mehlbezugskarten ausgeschlossen sein.

Übersiedlung des Wohnungsamtes. Die derzeit im Gebäude I., Parkring Nr. 8 untergebrachten Abteilungen des Wohnungsamtes übersiedeln im Laufe der nächsten Woche in das Gebäude I., Bartensteingasse 7 und sind diese Abteilungen aus diesem Grunde von Montag, den 17. bis einschliesslich Donnerstag, den 20. Oktober für den Parteienverkehr gesperrt. Die Einlaufstelle für diese Abteilungen antwortet bis einschliesslich Mittwoch, noch I., Parkring 8, ab 20. Oktober im Gebäude I., Bartensteingasse 7.

Empfang des Generalrates der Völkerbundigen-Union im Rathaus.

In Beisein von Vertretern des diplomatischen Korps und der Regierung, der Gemeindevertretung und der Behörden sowie einer grossen Zahl von Wiener und Wienerinnen begrüßte heute abend Bürgermeister Reumann im Festsaal des Rathauses den Generalrat der Völkerbundigen-Union. In seiner Ansprache betonte der Bürgermeister, dass der Willkommgruss, den er im Namen der Wiener Bevölkerung den Abgesandten der Völkerbundigen entbiete, mehr sei als ein Akt internationaler Höflichkeit, dass er vielmehr der Ausdruck der herzlichen Sympathie sei, die Wien den Zielen entgegenbringe, welche die Vertreter der Völkerbundigen zustreben.

Der Bürgermeister führte weiter aus: Wir wissen, dass grosse Männer aller Jahrhunderte die völkerbefreiende Idee, wenn auch erfolglos, vertreten haben und verkennen nicht, dass alle diese Pläne scheitern mussten, solange die Völker nicht selbst ihre Gesetze in die Hand nahmen. Die Mächtiger der Herrschenden, die ins Masslose gesteigerte nationale Eitelkeit, der Chauvinismus und das Instrument der Herrschenden, die geheimen Abkommen und Verträge ständen einem Näherkommen der Völker schroff im Wege. Und auch jetzt gibt es in allen Ländern Gegner und Zweifler, die meinen, die Zeit sei noch nicht gekommen für eine Versöhnung und Verbrüderung der Nationen und Völker. In frischer Erinnerung sind die Greuel des Weltkrieges und nicht vergessen ist, dass die Kriegführung umso grauenvoller wurde, je länger der Krieg währte. Wir hoffen, dass der Wahnsinn dieser Kriegsgreuel endlich ein Ende findet und eine Bund der Völker erstehen, stark genug um künftige Kriege unmöglich zu machen.

Kein anderes Volk baut mehr auf diese Hoffnung als das österreichische, keinem anderen ist eine Versöhnung der Völker notwendiger als unserem und der Glaube, dass der Hass vergeht und die Menschen einander verstehen lernen, ist die einzige Stütze, die dieses Land aufrecht hält. Oesterreich ist durch den Frieden von St. Germain in seinem Lebensnerv getroffen und es wäre Aufgabe eines wahrhaften Kulturbundes aller Völker, rettend einzugreifen und ein Kulturvolk vor dem Untergange zu bewahren. Mit diesen Hoffnungen und Wünschen ist Oesterreich der Union der Völkerbundigen beigetreten. Aufgabe der Union wird es sein, alles daran zu setzen, dass der Völkerbund und dessen Statut auf gerechterer, demokratischer Grundlage aufgebaut wird, damit er die Fähigkeit erhält, für die Kulturideale der Menschen zu wirken.

Was wir von einer Kulturgemeinschaft der Völker verlangen, ist vor allem eine Sicherung des Friedens und der Lebensnotwendigkeiten. Normale Wirtschaftsbeziehungen müssen wieder hergestellt, die Verkehrsfragen geregelt, ein internationaler Arbeiterschutz getroffen, das Kredit und Finanzproblem gelöst, unsere Industrie wieder belebt und Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Seuchen getroffen werden. Mit Befriedigung und Dankbarkeit hat Wien vernommen, dass der Generalrat einstimmig eine Resolution beschlossen hat, die die sofortige Lösung des österreichischen Kreditproblems verlangt. Mit Gefühlen der Dankbarkeit haben wir auch den Beschluss des Generalrates zur Kenntnis genommen, wonach diese Resolution dem hiesigen amerikanischen Gesandten mit der Bitte mitgeteilt wurde, den wörtlichen Text dieser Resolution an den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten weiterzuleiten.

Der Generalrat der Völkerbundigen hat den trennenden Fragen Interesse entgegengebracht und darum gereicht es der Stadt Wien zur grossen Freude, dass sie zum Sitz der Tagung gewählt wurde. Der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung liegt jeglicher Hass ferne und das alte Kulturvolk, das die Stadt bewohnt, ist aufrichtig bestrebt, das Problem der Völkerversöhnung der Lösung zuzuführen.

Ein grosses Wirtschaftsgebiet ist zerschlagen und der Pulsschlag des Zentrums - Wien - einer grossen wirtschaftlichen Organisation steht still. Die Wiederbelebung des Handels, der Industrie und des Gewerbes muss erfolgen. Oesterreich mit der Bundeshauptstadt Wien kann nicht dem Untergange geweiht sein, die Stadt, die nicht nur durch die Kulturarbeit der Menschen sondern auch ihre natürliche Lage zu ihrer Stellung gekommen ist. Die Kulturgemeinschaft der Menschen kann vor diesen Tatsachen nicht achtlos vorbeigehen und muss ein Kulturland schützen, um es vor dem Untergange zu bewahren. Es sind sichere Zeichen dafür vorhanden, dass die

Völker den entschlossenen Willen haben helfend und rettend einzugreifen. Ich darf auf die Völkergemeinschaft hinweisen, die Tausende von Wiener Kindern gerettet und ihnen die Möglichkeit des Lebens wieder gegeben hat. Aus diesen edlen, grosszügigen Bestrebungen der Völker, die sich zu einer Hilfsaktion von nie dagewesener Bedeutung entwickelten, dürfen wir die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufgeben. Freundschaft und Brüderlichkeit unter den Menschen und Völkern werden uns vor künftiger Schmach und vor Elend bewahren. So wird ein Völkerbund geschaffen worden sein, der Kriege unmöglich macht und des gegenseitigen Verstehens.

Mit dem Wunsche, dass das Werk gelingen möge und mit der Bitte: „Kommen Sie wieder nach Wien, lassen Sie uns auf ein Wiedersehen hoffen“, schloss der Bürgermeister seine Begrüssung.

Präsident Ador weist in einer Rede darauf hin, dass es not wenig sei, zwei Eigenschaften miteinander zu verbinden: Geduld und Hoffnung, denn nur der Optimismus könne für etwas schaffen. Die Idee aller dieser Hoffnungen aber müsse der Völkerbund sein.

Senator Lafontaine (Belgien) betonte den geschichtlichen Zusammenhang zwischen Belgien und Oesterreich, welches letzteres nicht nur ein materieller und wirtschaftlicher sondern auch ein intellektueller Mittelpunkt sei, der erhalten bleiben muss, und dafür müssen die Bedingungen geschaffen werden. Der Völkerbund habe in voller Erkenntnis dieser Lage seiner Finanzkommission besondere Aufgaben erteilt, von denen er hoffe, dass sie schon im nächsten Jahre ein positives Resultat zeigen werden.

Sir Dickinson (England) sprach als ehemaliger Vorsitzender des Londoner Gemeinderates und beruhigte darüber, dass man nicht glauben dürfe, dass die Stadt Wien durch die vielen Leiden an Reiz verloren habe. Er weist darauf hin, dass England und Oesterreich zum ersten Male im Jahre 1914 sich feindlich gegenüberstanden, dass es aber in Zukunft keine Gegnerschaft zwischen England und Oesterreich mehr geben werde und könne. Doch sei die Entwicklung des Völkerbundes eine notwendige und unabwendliche. Die Zeit der Allianzen und Ententes sei vorüber und die Zeit einer einzigen der Völker-Entente gekommen.

Professor Aulard (Paris) verneint die bestehenden Ansichten, dass Frankreich seit dem Friedensschlusse eine Stütze der Reaktion geworden sei, was schon daraus hervorgehe, dass die Nachwahlen in das französische Parlament zugunsten der Linken ausfallen. Ohne Demokratie sei die Bewahrung des Friedens unmöglich. In Frankreich werde der Völkerbund Gedanken von der Elite der französischen Demokratie getragen und Frankreich werde bald zu dem Frankreich des Jahres 1789 zurückkehren, das zuerst die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf seine Fahnen geschrieben hatte. Redner anerkennt die Leistungen Oesterreichs und schliesst, je demokratischer Oesterreich sein wird, desto grösser wird die Hilfsbereitschaft Frankreichs sein.

Senator Baron d'Entournelles de Conbaux sprach von der Eigenart Wiens und gedachte in warmen Worten des Professor Lamson.

Universitätsprofessor Oka (Japan) versicherte der Sympathien Japans für Wien und Oesterreich.

Präsident Limburg (Holland) betonte, dass man Wert darauf gelegt habe, dass ein Vertreter Hollands spreche, weil Holland in den letzten Jahren werktätig für Oesterreich eingetreten sei. Holland habe nie einen Krieg mit Oesterreich geführt und das holländische Volk habe Mitleid mit Oesterreich. Es gibt in Holland ein Sprichwort, das sagt: „Wenig aber aus gutem Herzen“ und in diesem Sinne habe Holland getan, was es eben tun konnte. Oesterreich verdiene die Hilfe aller Staaten und Völker.

Gerichtspräsident Silbernagel (Schweiz) betont, dass sich zwischen der Schweiz und der Stadt Wien Bande gefestigt haben, wie sie kaum einmal wo so herzlich waren. Sie seien der Ausdruck der Solidarität. Der Völkerbund könne nicht schon jetzt etwas vollkommeneres sein, denn er müsse sich der Zeit anpassen, in der er geboren wurde, aber er müsse in allen Ländern getragen vom Verständnis der breiten Massen, dann werde die Zeit kommen, wo sich alle Völker und überall die Hände reichen.

Nach einigen Dankesworten Professor Redlich fand die Versammlung ihr Ende.

Lebensmittelfälschungen. Das Marktamt der Stadt Wien hat im August 1165 Anzeigen erstattet. Beim Milchmeier Franz Schmatz, XVII., Pözl-gasse 10 wurde Milch abgenommen, die nach der Untersuchung als Nat-rahmt erkannt wurde. In der Filiale der Milchverwertungsstelle II., Mumbgasse 7 (Leiterin Ponzer) wurden gelegentlich einer Revision 2 Proben der dortigen Milch gezügel, wobei die aus einer plombierten Kanne entnommene 8% Wasserzusatz; die aus dem offenen Schankgefäße dagegen, einen solchen von 33% zeigte. Die G.W.V. Marie Reismayer, X., Triesterstrasse 31 verkaufte Milch, der 25% Wasser zugesetzt war. Weiters wurden zahlreiche Wässerungen von 8 bis 19% konstatiert. Der als Verfälschung zu bezeichnende Zusatz von Soda war sehr häufig anzutref-fen. Der Milchmeier Franz Schwach, XVI., Wilhelminenstrasse 135 ver-kaufte Milch ohne Milchkarten zu dem übermäßigen Preis von 50 K per Liter. Die Milchverschleigerin Marie Schwarzenberger, II., Engerth-strasse 217 hielt Butter feil, die schon wegen des anhaftenden abnor-malen Geschmacks für den Konsum nicht mehr geeignet war und ausser-dem um 7.5% mehr Wasser enthielt, als nach den Bestimmungen des Lebens-mittelgesetzes zugelassen werden kann. David Steigmann und Max Lederer II., Zirkusgasse 41 brachten Butter mit 22.8% Wasser in den Verkehr. Die G.W.V. Julie Erbkönig, III., Landstrasser Gürtel 25 verkaufte Mar-garine als Landbutter, die sich durch eindringlichen Talgeruch aus-zeichnete. Eine bisher unbekante Firma vertrieb unter der falschen Bezeichnung Gervaiskäse stark gewässerten Topfen. Adolf Schletter, XVI., Ottakringerstrasse 23 hatte Primsenkäse zum Verkauf, in dem reichlich Maden vorgefunden wurden.

Der Fleischselcher Josef Pürgle, II., Am Werd (Markt) unterließ es den seiner Wurst beigemengten Zusatz von Mehl ausdrücklich zu de-klarieren, die Fleischselcherin Maria Mayer, II., Am Werd (Markt), färbte die Haut einer dünnen Wurst mit Teerfarbstoff. Bei Karl Karber X., Daxenburgerstrasse 89 wurden Gremeln vorgefunden, die durch an-haftenden Schimmel eine sehr unappetitliche und ekelregende Aus-sicht hatten. Gelegentlich einer bei der G.W.V. Marie Mayer, IV., Hauptstrasse 10 abgehaltenen Revision wurden drei Weinproben abgenom-men. Die Flaschen waren als Retzer, Vöslauer und schäblicher österreich-ischer Apfelwein bezeichnet. Die als Retzer und Vöslauer bezeichneten waren Johannisbeerwein, der übermäßig gewässert, mit Gewürznelken aromatisiert und im allgemeinen sehr minderwertig war. Der Gatte der Mayer gestand, diesen Wein selbst erzeugt zu haben. Der Obstwein war mit übermäßigem Wasserzusatz bereitet und enthielt zur Veredlung Saccharin. Dieses Erzeugnis stammte von Josef Holzik, Schmalzacher, XIV., Benedikt Schellingergasse 15, der ohne Gewerbeberechtigung und ohne jegliche Kenntnisse diese Fälschungen machte. Beim G.W.V. Josef Grün-weig, VI., Kasernengasse 5, wurde Kuba Rum und Jamaika-Rum-Ver-schnitt vorgefunden, beide Proben stellten einen Kunstrum minderer Qualität dar.

Die Firma Dr. Fritz Fuchs, VII., Schottenfeldgasse 78, brachte Vanillin-Zucker - "Dr. Fuchs" in Verkehr. In diesem nur aus gestoße-nen Zucker bestehenden Präparat, war Vanillin chemisch nicht nachweis-bar. Der G.W.V. Mathias Zwiokl, XVIII., Währingerstrasse 125, hielt getrocknete Herrensplize feil, die reichlich lebende und tote Motten, deren Eier, Raupen und Puppen enthielten. Ein großer Teil der Plize war von deren Raupen zerfressen. Die G.W.V. Ernestine Singer, II., Sternbrunnplatz 1, bzw. deren Bruder befassten sich, anscheinend durch gute Verdienstmöglichkeit angezogen, im größeren Umfange mit der Er-zeugung von Zwiebackbröseln. Der Zwieback wurde auf Grund von Mit-gliedskarten des Reichswirtschaftsbundes der Festangestellten in des-sen Gewohlf II., Stauerstrasse 36 und anderen Filialen gekauft. Die Brösel sind dann zum Großteil über einen unbefugten Engrossisten an Kleinhändler gelangt, nach dem die Zwiebackbrösel vorher mit Maismehl gestreckt wurden. Die Wanderhändlerin Charlotte Popper, II., Volkertplatz 1, wurde auf der Marienbrücke beanstandet, weil sie Pfefferiche um 200 K pro kg feilhielt, die Wanderhändlerin Emilie Gold-flug, weil sie solche um 160 K pro kg zum Verkauf brachte. Der Sauer-kräutler Josef Mayer, XIV., Arensteingasse 12, (Schwendermarkt Stand Nr. 90) verkaufte geschnittenes Kraut um 56 K, nachdem er dieses um 32 K eingekauft hatte, schon beim Verkauf den übermäßigen Nutzen von 75% hatte. Beim Bäckermeister Adolf Eitl, I., Dorotheergasse 13, wurden 17 Sacke Weizenbrotmehl und 2 Sacke Maismehl beschlagnahmt, weil diese für die Broterzeugung bestimmte, aber erübrigte Menge

nicht der Getreideverkehrsanstalt angemeldet wurde.

Vernichtet bzw. beschlagnahmt wurden: 19.902 kg Obst, 11.838kg Gemüse, 5868 Eier, 1135 Dosen Kondensmilch, 1130 kg Kartoffel, 152 kg Fleisch, 64 Rebhühner, 14 Fasane, 2 Gänse, 9½ kg sonstiges Geflügel, kleinere Mengen Fische, Käse, Pilze, Kartoffelsyrup, Tabak etc.

Der wiederholt ergangene Aufruf an das konsumierende Publikum, die Kontrollbehörden durch Anzeigenerstattung zu unterstützen, wird neuerliche Erlasse, die Neigung des Publikums auf Marktschreiere zu hören, eröffnet den Betrügnern und Fälschern ein großes Terrain, denn prahlerische Firma, lockende Etikette, neue Namen und schlaue Anpreisungen helfen den Spekulanten eigennützige Zwecke zu erreichen. Es ist doppelt strafwürdig, wenn unbedingte Lebensbedürfnisse, in Zeiten ungewöhnlicher Teuerung, verfälscht und zu wucherischen Preisen abgesetzt werden, wo den ohnehin bedrängten Konsumenten nicht nur das Geld für unechte Ware abgenommen, sondern ihnen auch der teuer bezahlte Nahrungstoff in spekulativer Absicht vorenthalten wird. Die von amtswegen vorgenommenen Revisionen werden von vielen Geschäftsleuten gerne zu unnötigen Behelligungen gestempelt, die sogar so weit gehen, dass durch ihr renitentes und exzessives Benehmen das anwesende Publikum direkt oder indirekt zur Stellungnahme gegen die amtlichen Organe herausgefordert wird. Unter solchen Umständen wird eine Amtshandlung sehr erschwert, oft sogar unmöglich gemacht.

Die Tätigkeit des Wohnungsamtes im August. In diesem Monat haben 4619 Wohnungswerber ihren Wohnbedarf bei den Wohnungssachweisstellen geltend gemacht. 7542 Meldeblätter über Wohnungsaussuchen wurden in 120 Begutachtungssitzungen gesichtet. Davon wurden 2941 Gesuche als bevorzugt (I), 3863 als berücksichtigungswürdig (II) anerkannt und 738 abgelehnt (III). Angefordert wurden nach dem allgemeinen Anforderungsrechte (Ende der Miete) 327 Wohnungen, hiervon 278 Kleinwohnun-gen, mit zusammen 464 Wohn- und 321 Nebenräumen; nach dem besonderen Anforderungsrecht 711 Wohnungen, hiervon 451 Klein-, 10 Doppelwohnun-gen und 160 Einzelräume, außerdem 22 Geschäftsräume zur Unterbringung von Geschäften, die sich bisher in Wohnräumen befanden. In Rechtskraft er-wachsen die Anforderungen von 429 Wohnungen, hiervon 287 Kleinwohnun-gen und 94 Einzelräumen, mit zusammen 1478 Wohnungsbestandteilen, hie-von 664 Wohn-, die übrigen Nebenräume. Von den Mietäußern wurde über 475 Einsprüche gegen Wohnungsanforderungen entschieden; 188 Einsprü-chen wurden ganz, 13 teilweise Folge gegeben. Verwaltungsgerichtshof-beschwerden waren 55 anhängig gemacht. Die Gemeinde Wien verzichtete auf 17 Anforderungen, woraus dem Wohnungs- und Siedlungsfonds 6.540.000 K zufließen. Zugewiesen wurden 764 Wohnungen, davon 628 Kleinwohnungen, und 184 Einzelräume, darunter 19 Wohnküchen in Baracken. Die Zuweisung erfolgte in 94 Fällen an bisherige Untermieter, in 141 Fällen über Vorschlag der Hauseinhabung. 47 Wohnungen wurden an Eisen-bahner zugewiesen. Wohnungstauschgesuche langten 324 ein, hiervon 10 mit einer Wohnung außerhalb Wiens. 162 Tauschgesuche wurden bewilligt, 11 abgewiesen. Antliche Räumungen erfolgten 43, in 12 Fällen bestand die Wohnung aus 2 und mehr Zimmern samt Nebenräumen.

Goldene Hochzeiter. Vorige Woche überbrachte StR. Speiser in Vertretung des Bürgermeisters folgenden Jubelpaaren die Ehrengabe der Ge-meinde Wien: Ferdinand und Aloisia Hagler, Wien, XIV., Franz und Theresese Bena, Wien, XV., Gustav Christian und Leopoldine Krauser, Wien, XI., und Johann und Magdalena Wolke, Ober-Dan.

Die Lohnforderungen der städtischen Angestellten. Der Verband der Angestellten der Stadt Wien hat dem Personalreferenten der Gemeinde Stadtrat Speiser am 11. ds folgende Forderungen erreicht: 1. Erhöhung der ab 15 März 1921 geltenden Bezüge (Gehalt und Teuerungszulage) um 100%, 2. Berücksichtigung der stetig steigenden Teuerung durch die Erhöhung der sich nach Punkt 1 ergebenden Bezugsgrundlage um die Pro-zente einer auf den 15. September bezogenen Indexziffer, 3. diese In-dexziffer ist allmonatlich für den 15. zu berechnen und der sich so ergebende Zuschlag für den Monat längstens innerhalb acht Tagen zur Auszahlung zu bringen, 4. Die geforderte Regulierung hat per 1. Sep-tember 1. J. wirksam zu werden. Die Indexziffer pro Oktober ist am 15. gegenüber der Preislage von 15. September zu berechnen und der sich so auf die Bezüge ergebende Zuschlag längstens am 20. Oktober 1. J. zur Auszahlung zu bringen, 5.) Der nach der Indexziffer variable Zuschlag hat sich gleichmäßig auf Gehalt und Teuerungszulage zu erstrecken, 6. Die Bezugserrhöhung und der variable Zuschlag gelten ver-

hältnismässig in gleichem Masse auch für die Pensionisten, 7. Die 7. und 8. Arbeitsstunde der mit den Unternehmungsangestellten vergleichbaren Kategorien der Verwaltungsangestellten ist im gleichen Ausmass zu bezahlen wie den Unternehmungsangestellten, und 8. Die Ueberstundenentlohnung ist den erhöhten Bezügen anzugleichen.

Während die Verkehrsangestellten des Bundes eine 30%ige Gehaltserhöhung und eine 120%ige Erhöhung der Teuerungszulage verlangen, lautet die Forderung des Zentralverbandes auf 50% Gehalt und 100% Teuerungszulage und die Forderung der Gewerkschaft der Akademiker auf 90% Gehalt und 90% Teuerungszulage. Auch hinsichtlich der Aufteilung der Bezugserhöhung auf Grundlage der Indexziffer ergeben

sich abweichende Anschauungen. Die Verkehrsangestellten wünschen die Aufteilung in der Weise, dass ein Viertel auf die Gehaltserhöhung und drei Viertel auf die Teuerungszulage entfallen sollen. Der Verband fordert diesbezüglich, dass die aus der Indexziffer errechnete Erhöhung perzentuell gleichmässig auf Gehalt und Teuerungszulage aufgeteilt wird.

Ursprünglich hatte es den Anschein, als ob sich die Angestellten der Verkehrsanstalten und des Bundes auf einer mittleren Linie treffen würden, etwa 80% Erhöhung von Gehalt und 120% Erhöhung der Teuerungszulage. Nach einer Zeitungsmeldung scheint es jedoch, dass die Verkehrsangestellten die Regierung zu ihrer Lösung der Angelegenheit zwingen wollen. Es ist aber kaum zu erwarten, dass die Verwaltungsangestellten sich einem solchen einseitigen Diktat fügen werden.

Inzwischen haben sich alle Teuerungsverhältnisse derart entwickelt, dass weder der Vorschlag der Verkehrs- noch jener der Verwaltungsangestellten des Bundes denselben gerecht werden kann. Der Verband der Angestellten der Gemeinde Wien sieht sich daher genötigt, seine gestellten Forderungen zu überprüfen und eine über 100% hinausgehende Erhöhung von Grundbezug und Teuerungszulage für alle Angestellten zu begehren.

W I E N E R - R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 18. Oktober 1921.

Entfallende Sprechstunde. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt am Donnerstag die Sprechstunde beim amtsführenden StR. Speiser.

Verband österreichischer Lokalbahnen und Kleinbahnen. Der Verband österreichischer Lokalbahnen und Kleinbahnen hat den Direktor Ing. Spängler zum Präsidenten, Regierungsrat Dr. Bing-Binge und Landesbahndirektor Ing. Heider zu Vizepräsidenten gewählt.

Verein der pensionierten Beamten der Stadt Wien ersucht seine Mitglieder, Mittwoch, den 19. ds. um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr nachmittags in die Volkshalle des Neuen Rathauses zur allgemeinen Pensionistenversammlung zu kommen.
Tagesordnung: Bericht über den Entwurf der Pensionsnovelle. Diese Einladung gilt auch für die Witwen und Waisen.

Wien, Dienstag, den 18. Oktober 1921 - Abendausgabe 9 Uhr.

Die Forderungen der städtischen Angestellten. Ueber die neuen Forderungen der städtischen Angestellten wurden heute unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Speiser verhandlungen geführt. Der Verband der städtischen Angestellten nahm hierbei folgenden Standpunkt ein:

Die Regelung der Oktoberbezüge beim Bunde weist eine neuerliche Verschiebung der Entlohnung nach der Seite des Alimentationsprinzipes auf, wozu trotz der tristen Lage der Staatsfinanzen deshalb keine Veranlassung vorhanden ist, als nach einer Erklärung des Finanzministers Dr. Gürtler die allgemeine volkswirtschaftliche Lage durchaus nicht ungünstig ist. Infolgedessen kann das Vorgehen der Regierung nicht gut geheissen werden. Dazu kommt, dass die Regelung der Bezüge der Bundesangestellten die Bemessungszulage der Pensionen durch den geringen Zuschlag zum Gehalt (75%) und dem höheren zur Teuerungszulage (117%), welche für die Pension in weit geringerem Ausmasse zur Anrechnung gelangt, vernachlässigt und dadurch die Pensionisten schädigt. Die Hauptforderung des Verbandes geht somit dahin, dass für den Oktober eine Erhöhung des Gehaltes und der Teuerungszulage um 100% statthaben soll, zu der in der Folge gleitende Zulagen entsprechend der Aenderung der Indexziffer treten sollen. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Oktoberzuwendung des Bundes um eine einmalige Zahlung handelt, bei welcher es im Interesse einer raschen Flüssigmachung nicht angezeigt erscheint, von der Art der Zuwendungen beim Bunde anzugehen. Seitens des Dienstgebers wurde diese Abhängigkeit von der Zustimmung des Bundes mit Rücksicht auf die durch die 70%ige Zuwendung gegebene Bindung besonders betont. Nach langen Verhandlung wurde daher seitens des Verbandes zur Vermeidung von Verzögerungen eingewilligt, dass die Flüssigmachung für den Oktober in gleicher Weise wie beim Bunde erfolge. Es wurde jedoch bedungen, dass auf die Klarstellung der Autonomie der Gemeinde hinsichtlich der Regelung der Bezüge ihrer Angestellten schon jetzt, also vor der nächstmonatlichen provisorischen oder definitiven Regelung mit aller Energie gedrungen werde, wobei zu betonen ist, dass es sich nicht so sehr um ein Mehr an Zuwendungen, sondern um die Art der selben handelt. Auch in der Pensionistenfrage konnte der Verband infolge der auf die Pensionisten keine Rücksicht nehmenden Regelung beim Bunde keine unmittelbaren Erfolge erzielen, jedoch wird die Angelegenheit sowohl von der Gemeinvertretung als auch vom Verbands als höchst dringlich verfolgt.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Wien, Dienstag, den 18. Oktober 1921 - Abendausgabe 9 Uhr.

Die Forderungen der städtischen Angestellten. Ueber die neuen Forderungen der städtischen Angestellten wurden heute unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Speiser verhandlungen geführt. Der Verband der städtischen Angestellten nahm hierbei folgenden Standpunkt ein:

Die Regelung der Oktoberbezüge beim Bunde weist eine neuerliche Verschiebung der Entlohnung nach der Seite des Alimentationsprinzipes auf, wozu trotz der tristen Lage der Staatsfinanzen deshalb keine Veranlassung vorhanden ist, als nach einer Erklärung des Finanzministers Dr. Gürtler die allgemeine volkswirtschaftliche Lage durchaus nicht ungünstig ist. Infolgedessen kann das Vorgehen der Regierung nicht gut geheissen werden. Dazu kommt, dass die Regelung der Bezüge der Bundesangestellten die Bemessungszulage der Pensionen durch den geringen Zuschlag zum Gehalt (75%) und dem höheren zur Teuerungszulage (117%), welche für die Pension in weit geringerem Ausmasse zur Anrechnung gelangt, vernachlässigt und dadurch die Pensionisten schädigt. Die Hauptforderung des Verbandes geht somit dahin, dass für den Oktober eine Erhöhung des Gehaltes und der Teuerungszulage um 100% statthaben soll, zu der in der Folge gleitende Zulagen entsprechend der Aenderung der Indeziffer treten sollen. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Oktoberzuwendung des Bundes um eine einmalige Zahlung handelt, bei welcher es im Interesse einer raschen Flüssigmachung nicht angezeigt erscheint, von der Art der Zuwendungen beim Bunde anzugehen. Seitens des Dienstgebers wurde diese Abhängigkeit von der Zustimmung des Bundes mit Rücksicht auf die durch die 70%ige Zuwendung gegebene Bindung besonders betont. Nach langen Verhandlung wurde daher seitens des Verbandes zur Vermeidung von Verzögerungen eingewilligt, dass die Flüssigmachung für den Oktober in gleicher Weise wie beim Bunde erfolge. Es wurde jedoch bedungen, dass auf die Klarstellung der Autonomie der Gemeinde hinsichtlich der Regelung der Bezüge ihrer Angestellten schon jetzt, also vor der nächstmonatlichen provisorischen oder definitiven Regelung mit aller Energie gedrungen werde, wobei zu betonen ist, dass es sich nicht so sehr um ein Mehr an Zuwendungen, sondern um die Art der selben handelt. Auch in der Pensionistenfrage konnte der Verband infolge der auf die Pensionisten keine Rücksicht nehmenden Regelung beim Bunde keine unmittelbaren Erfolge erzielen, jedoch wird die Angelegenheit sowohl von der Gemeinvertretung als auch vom Verbande als nächst dringlich verfolgt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz M'icheu.

27. Jahrgang Wien, Mittwoch, den 19. Oktober 1912

Dienstjubiläum. Der langjährige Leiter des magistratischen Bezirksamtes Döbling Magistratsrat Dr. Alois Kubutschek beging kürzlich das 30jährige Dienstjubiläum.

Kleingartenstelle. Von Donnerstag bis Samstag bleibt die Kleingartenstelle I, Parkring 8 geschlossen. Die Kleingartenstelle übersiedelt nach 8, Schmidtgasse 11.

Fettausgabe. Wegen eingetretener Stockungen in der Fabrikation können die städtischen Abgabestellen in dieser Woche nicht rechtzeitig mit dem rayonierten Pflanzenfett beliefert werden. Die Verbraucher werden daher die Fettquote voraussichtlich erst Anfang nächster Woche erhalten.

Wien, Donnerstag, den 20. Oktober 1921. - Abendausgabe

Zum Prozess über die Leichenkostenversicherung der Gemeinde Wien.

In dem Prozess über die Leichenkostenversicherungen der Gemeinde Wien ist das erstinstanzliche Urteil erlassen, in dem das Handelsgericht erklärt, dass die Besteller ein Interesse an der alsbaldigen Feststellung der Giltigkeit des Vertrages besitzen und dass dieser aufrecht besteht. Ueber die Frage der Unerschwinglichkeit der Naturralleistung könne jedoch erst bei Eintritt des Versicherungsfalles entschieden werden. Das Urteil sagt wörtlich: „Denn für die Frage, ob die Lieferung für den Verkäufer unerschwinglich sei, kommt lediglich frühestens der Zeitpunkt ihrer Fälligkeit in Betracht.“ Darüber ob die Gemeinde sich auf den § 8 der Versicherungsbedingungen stützen kann, liegt ebensowenig eine Entscheidung vor wie über die Frage der Unerschwinglichkeit der Naturralleistung. Der Richter hat alle Beweise darüber als zur Zeit nicht spruchreif abgelehnt. Der Grossteil der Versicherten wird sich nicht im Klaren sein, dass damit der meritorischen Entscheidung der Frage in keiner Weise vorgegriffen ist und dass es ^{schon} ~~immer~~ jedem einzelnen überlassen wird, sich zu entscheiden, ob er es auf den ungewissen Ausgang eines Prozesses bei Eintritt des Versicherungsfalles ankommen lassen oder sich auf Grund des Stadtsenatsbeschlusses vom 10. Mai l. J. für alle Fälle die darin vorgesehene Naturralleistung sichern will. Da durch das Urteil an dem prinzipiellen Standpunkt der Gemeinde Wien nichts geändert wird, wird diese hiegegen keinerlei Rechtsmittel ergreifen.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 20. Oktober 1921.

H e u t e k e i n e N a c h m i t t a g s a u s g a b e .

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 21. Oktober 1921.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Oktober 1921.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Die österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz aus ihren Hilfsfond zugunsten des Seehospizes in San Pelagio 250.000 K.

Das Niederländische Hilfskomitee „Vor de Kinderen“ für die Waisenkinder des VI. städt. Waisenhauses 25.000 K.

Frau Elfriede Jellinek, Wien, für die Armen des I. Bezirkes 10.000 K.

I.C. Auf der Heide, Hilversum, Holland für die Armen Wiens 6500 K.

Johann Weinzierl, Wien, für die Armen Wiens 5000 K.

Emil Dammann Berlin, für einen Wohltätigkeitsfond der Stadt Wien 1.790 K.

Das österreichische Verkehrsbüro, Innsbruck, für arme österreichische Kinder 703 K.

Die Firma Heinrich Friedrich Loos, Nürnberg, eine Notstandsspende von 357 K.

W. Crallert, Hamburg, für arme Wiener Kinder 149 K.

Das amerikanische Rote Kreuz für Zwecke der Jugendfürsorgeanstalten 2500 Paar Kinderstrümpfe.

Das Hilfskomitee „vor de Kinderen“ eine grössere Menge von Lebensmitteln.

Die Firma Bartfeld & Sohn, Wien, 17 Kisten Kondensmilch.

Bgm. Bäumann erklärt die Geschäftsstücke 1 - 5, 8 - 13, 15 - 19, 20 und 22 als angenommen, 14 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

GR. Iser (Soz.-Dem.) berichtet über die Wasserversorgung der nächst Wien gelegenen Siedlungsanlagen aus der Hochquellenleitung.

GR. Biber (chr.-soz.) sagt, daß in technischer Beziehung gegen den Antrag nichts einzuwenden sei, macht aber darauf aufmerksam, daß eine Bestimmung bestehe, die, wie ja der Referent selbst ausgeführt hat, die Abgabe vom Wasser aus der ersten Hochquellenleitung nicht gestattet. Redner beantragte einen Zusatz zu machen, der die Wasserabgabe aus der II. Hochquellenleitung beinhaltet. In wirtschaftlicher Beziehung wäre es vorteilhaft, eine Grenze zu ziehen, bis zu welcher Wasser abgegeben wird.

In seinem Schlußwort spricht sich der Referent für die Annahme des Antrages Biber aus und sagt, daß die Wasserabgabe nicht an die Entrichtung gebunden sei, sondern daß deren Bewilligung von der Quantität des abzugebenden Wassers abhängt, worüber der Gemeinderatsausschuß zu beschließen habe.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Biber und der Referentenantrag angenommen.

GR. Iser (Soz.-Dem.) beantragt mit Rücksicht auf die eingetretenen Preiserhöhungen für den Ankauf neuer Volks- und Bürgerschulbücher einen Zuschußkredit im Betrage von 3 Millionen Kronen zu genehmigen.

GRin. Walter (chr.-soz.) weist darauf hin, daß die Belieferung der Schulen mit Büchern und Lehrmitteln noch immer außerordentlich mangelhaft ist. Außerdem herrsche ein solcher Wirrwarr in den Lehrbüchern, daß sich die Eltern gar nicht mehr auskennen. Am meisten werden die Geschichtsbücher vermisst. Es sei leicht einzusehen, warum gerade die Geschichtsbücher in den Schulen nicht vorhanden sind. Es könnte doch nicht angenommen werden, daß man die neuen Geschichtsbücher mit einer rückwirkenden Tendenz versehen werde, denn dies wäre dann keine Geschichtsbücher, sondern parteipolitische Unterrichtsbücher. Es sei unbedingt notwendig, daß die Eltern die Lehr- und Lesebücher zu Gesicht bekommen, denn in einer Zeit, wo den Elternräten ein so großer Einfluß eingeräumt werde, müssten doch die Eltern wissen, worin und wie ihre Kinder unterrichtet werden. Jedenfalls müsse darauf gesehen werden, daß das Geld, das heute verfliegt wird, dazu verwendet werde, daß diesen unhaltbaren Zuständen in den Schulen ein Ende bereitet werde.

G.R. Klimesch (Tscheche) protestiert dagegen, daß die tschechischen Kinder mit Geschichtsbüchern monarchistischen Inhaltes beteiligt werden. Er begehrt die Einführung des Vormittagsunterrichtes an den tschechischen Volksschulen sowie die Einführung der deutschen Sprache als Unterrichtsgegenstand. Schließlich stellt er eine

Reihe von Anträgen darunter die Einsetzung einer Fachkommission zur Überprüfung der Lehrbücher an den tschechischen Schulen.

Nach dem Schlußworte des Referenten wird der Stadtratsantrag angenommen, die Anträge Klimesch werden geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

St.R. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die Gewährung von Zuschüssen für ehemalige Bedienstete Witwen und Waisen der Leichenbestattung zu dem Pensionsbezügen im Ausmaße von 1000-- K für Bedienstete, 600-- K für Witwen und 3000-- K für Vollwaisen.

G.R. Holaubek (Christl.-Soz.) stellt einen Antrag beinhaltend, daß auch den im Auslande wohnenden Pensionsparteien diese Zuwendungen gewährt werden.

In seinem Schlußworte weist der Referent darauf hin, daß der Antrag der Vorläufer einer definitiven Regelung der Bezüge der Pensionsparteien aus Kollektivverträgen ist. Die Verhandlungen dürften im Sinne des gestellten Antrages beendet werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Holaubek der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen und der Referentenantrag genehmigt.

Stadtrat Speiser berichtet über die Gewährung einer Zuwendung an die Pensionsparteien aus dem Stande der Kollektivvertragsbediensteten mit 1000 K für Angestellte im Ruhestande, 600 K für Witwen und 300 K für Vollwaisen.

G.R. Holaubek (Christl.-Soz.) beantragt die Beträge auf 5000 K, 3000 K und 15000 K zu erhöhen.

Der Referent sagt in seinem Schlußworte, daß die genannten Beträge zu den 2000 K, 1200 K und 600 K die die Pensionsparteien beziehen, dazukommen, daß er aber nicht in der Lage sei den Antrag Holaubek für dieses Monat zu genehmigen. Die Pensionsbezüge können nicht höher bemessen werden, weil viele Pensionsparteien darunter sind die in Folge ihrer geringen Dienstzeit einen Anspruch auf eine wirkliche Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse durch Pensionsbezüge nicht erheben können. Außerdem würden die Verhandlungen durch die Annahme des Antrages Holaubek außerordentlich erschwert und in ihrem Abschlusse behindert werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Holaubek abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

Post Nr. 23 wird, weil ohne Wortmeldung, vom Bürgermeister für angenommen erklärt.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über Teuerungszulagen zu Ruhegehältern städtischer Funktionäre und stellt den Antrag: Der Stadtsenat wird ermächtigt, städtischen Funktionären, die im Gemusse eines Ruhebezuges stehen, zu diesen Bezügen eine Teuerungszulage zu bewilligen, deren Höchstausmaß der jeweiligen allgemeinen Teuerungszulage der städtischen Dienstordnungsangestellten entspricht. Bis zu dieser Höchstgrenze bemisst der Stadtsenat im Einzelfalle die Teuerungszulage nach freiem Ermessen, wobei jedoch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Funktionsdauer des betreffenden Funktionäre Rücksicht zu nehmen ist. Die derzeit noch nicht früher zu bestimmenden Posten sind für das laufende Verwaltungshalbjahr auf den Reservefond zu verweisen.

GR. Beermann (Soz.-Dem.) stellt den Abänderungsantrag, die Teuerungszulage sei für alle jene städtischen Funktionäre, die nicht aus anderen Titeln von der Gemeinde höhere Pensionsgenüsse beziehen, um 100% zu erhöhen. In Konsequenz dieses Antrages wäre in dem Referentenantrag die Stelle von „deren Höchstausmaß... bis... zu dieser Höchstgrenze“ ferner die Stelle von „wobei jedoch... bis... Rücksicht zu nehmen ist“, zu streichen.

Der Referent stimmt diesem Abänderungsantrage bei, worauf der Referentenantrag mit der vom GR. Beermann beantragten Abänderung angenommen wird.

Lehrerhausverein. Lebensmittelzubußenabgabe für Mitglieder an den Schulen des 11. und 12. Bezirkes Dienstag, den 25. d. Mts. von 4 - 6 Uhr, der Bezirke 13 u. 14 Donnerstag, den 27. ds. Mts. von 4 - 6 Uhr, der Bezirke 15 u. 16 Samstag, den 29. ds. Mts. von 10 - 12 Uhr. Für Fett, Öl und Spiritus Gefäße mitbringen. Mitgliedskarte vorweisen.

G.R. Thonner (Soz. Dem.) beantragt für die Instandhaltung und den Betrieb der städtischen Dienstkraftwagen für das Verwaltungsjahr 1929/30 einen Zuschußkredit in der Höhe von 871-886-.- K zu bewilligen.

G.R. Rummelhardt (Christl. Soz.) bringt zur Kenntnis, daß der Vorstand der ~~Magistratsbeamten~~ Beamten sich von der Gemeinde angekauftes Auto wieder veräußert habe und sich an Herrn Ing. Lasch wandte damit dieser dem Verein die Benützung seines Dienstautos gestatte. Ing. Lasch habe zugestimmt. Gegen diesen Vorgang müße entschieden Einwendung erhoben werden, da es nicht angehe, daß Dienstautos städtischer Beamten zur Vereinszwecken benützt werden.

Der Referent erwidert, Vizebürgermeister Emmerling habe ihm soeben mitgeteilt, er lege Wert darauf, daß diese Angelegenheit untersucht werde.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

G.R. Professor Tandler (Soz. Dem.) berichtet über den Antrag auf Bewilligung eines Zuschußkrediten ~~in~~ von 6.500.000 K für Pflegegelder und Pflegeträge für Magistratische Kostkinder. ~~Die~~ Erfordernis resultiere aus den erhöhten Pflegegeldern.

G.R. Untermüller (Christl. Soz.) führt darüber Beschwerde, daß trotz des Beschlusses vom 15. Juli l. J. womit die Beiträge für magistratische Kostkinder erhöht wurden heute noch die Beiträge mit den damaligen niedrigen Sätzen zur Auszahlung gelangen. Weiter macher darauf aufmerksam, daß in der Kinderpflegeanstalt Siebenbrunnengasse die Ortsgruppe Margarethen des Vereines Kinderfreunde einen ganzen Trakt in Anspruch genommen habe ohne die Zustimmung der maßgebenden Faktoren vorher einzuholen. Der Verein benütze auch die Anstaltsküche, für das ~~Be~~gepersonal werde noch mehr dort gekocht und es sei genötigt die Mahlzeiten außerhalb des Hauses einzunehmen. Redner wünscht vom Referenten über diese Angelegenheit Aufklärung.

GR. Dr. Tandler sagt bezüglich der Beiträge für magistratische Kostkinder, er habe sich ^{gemäß} seinem in der letzten Sitzung gegebenen Versprechen erkundigt und von dem Chef des betreffenden Departements die Versicherung erhalten, daß sämtliche Beamte wegen Erhöhung der Verpflegungsgelder unterrichtet seien. Nichtsdestoweniger habe er nochmals Veranlassung genommen, die Beamte auf den Beschluss des Gemeinderates aufmerksam zu machen. Dass die Angelegenheit nicht schlecht stehe, glaube er daraus entnehmen zu können, daß die Anmeldung der Parteien wegen Uebernahme von Kostkindern im Steigen begriffen sind. Bezüglich der Küche, die dem Vereine „Kinderfreunde“ zur Verfügung gestellt wurde, so handle es sich um ein Provisorium, um ein Experiment. Der Verein werde nach einiger Zeit berichten, ob er die Küche beibehalten werde und dann werde mit ihm ein entsprechender Vertrag geschlossen werden. Uebrigens stand diese Küche durch mehrere Monate vollständig leer.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

StR. Speiser referiert über den Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages für die Bediensteten des Fuhrwerksbetriebes. Die gestellten Anträge werden genehmigt.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Revisionen der Marktbehörde. Vor dem Eintritt der letzten großen Valutensteigerungen Ende September wurden große Mengen von Kondensmilch in Preislagen von 80 - 120 K pro Dose auf den Märkten und in den Bezirksgeschäften angeboten. Der Eintritt der Preissteigerungen, die gleichzeitig mit großen Vorratskäufen des Publikums verbunden waren, wurde ein Großteil dieser Vorräte von den Hausfrauen aufgekauft. Dadurch soll nicht in Abrede gestellt werden, daß ein Teil der Händler auch Kondensmilch spekulativ zurückhielt. Das Marktamt hat bei Auftauchen dieses Verdachtes sofort mit Revisionen eingegriffen und tatsächlich sowohl bei Kleinhändlern größere Mengen Kondensmilch, die dem Verkehr verenthalten wurden beschlagnahmt, und beim Kriegswucheramt die Anzeige erstattet, als auch bei Großhändlern an Hauptzollante (4 Waggen, die jedoch der „Doemel“ freigegeben werden mußten) und in Großlagerhäusern Beschlagnahmen großer Mengen (zirka 1500 Kisten a 48 Dosen) wegen des Verdachtes der spekulativen Aufstapelungen billiger gekaufter Ware durchgeführt. Die diesbezüglichen Amtshandlungen sind beim Kriegswucheramte anhängig. Bei neu bezogener Kondensmilch (Vollmilch) stellen sich allerdings die Preise pro Dose auf 250 bis 260 Kronen. Zu diesen Preisen kommt es dadurch, daß ausländische Großfarmen in Wien sogenannte „Konsignationslager“ in den wichtigsten Lebensmitteln (Fleisch, Fett, Kondensmilch) unterhalten, von welchen die Waren nur gegen Bezahlung in der betreffenden fremden Valuta nach dem jeweiligen Tageskurs abgegeben werden. Preise von 350 bis 520 Kronen wurden bis jetzt nirgends gefunden.

Bezüglich des Zwiebelpreises am Floridsdorfer Markt kann folgendes festgestellt werden: Es ist richtig, daß das Marktamt am Freitag, den 14. ds. den Zwiebelpreis am Großgemüsemarkt in Kagran mit K 74.- pro Kilogramm festsetzten. Die Folge war, daß seither weniger Zwiebeln von den Gärtnern auf die Großgemüsemärkte gebracht wird. Es ist auch richtig, daß am 15. ds. am Markte (am Spitz in Floridsdorf) allerdings nur ein Gemüsestand und zwar der Marktviktualienhändler Franz Flor, XXI., Schäffergasse 21, Zwiebel zu K 110.- pro kg verkaufte, den er angeblich von einem unbekanntem Landwirte um K 102.- pro kg ankaupte. Eler wurde bereits am Verkaufstage wegen Preistreiberei angezeigt. Bemerkenswert wird noch, daß der Zwiebelmangel in Wien anhält, und bereits in den letzten Tagen einige Waggen tschechoslovakischer Zwiebel einlangte, dessen Preis sich nach einer vom Marktamt überprüften Kalkulation infolge des Hochstandes der tschechischen Krone auf K 110.- im Kleinhandel auf K 113.- pro kg stellt. Diese teuren tschechischen Sendungen haben inzwischen wieder aufgehört und steht das Einhängen von Zwiebelsendungen aus Ungarn, für die die Einfuhrbewilligung erteilt werden soll und die sich mit Rücksicht auf den niedrigeren Stand der ungarischen Krone billiger stellen werden, in naher Aussicht.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Samstag, den 22. Oktober 1921.

Entfallender Empfang. Am Montag entfällt der Empfang bei Bürgermeister Raumann wegen dienstlicher Verhinderung. - Wegen dienstlicher Verhinderung entfallen auch die Sprechstunden bei StR. Grünwald und StR. Kokrda am Montag.

Kommunale Auszeichnung. Dem städtischen Veterinär-Oberinspektor Karl Jobst wird anlässlich seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand für die langjährige, vorzügliche Dienstleistung die volle Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen.

Pensionisten und schreibkundige Personen. können bei der bevorstehenden Volkszählung als Revisoren und Hilfskräfte ab 1. Dezember durch 30, bzw. 46 Arbeitstage (von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends, mit entsprechender Mittagspause) Verwendung finden. Entlohnung voraussichtlich K 300.- für den Arbeitstag. Anmeldungen schriftlich bis längstens 30. Oktober in der Direktion des Konzeptionsamtes, Wien, I., Neues Rathaus.

Inkrafttreten der neuen Strassenbahntarife. Montag treten die neuen Preise für die Einzelfahrscheine und am 2. November die für die Zeitkarten in Kraft. Die im Vorverkauf abgegebenen Einzelfahrscheine der abgeänderten Fahrpreisstufen des alten Tarifes sind vom 24. Oktober an nicht mehr verwendbar. Sie werden bis zum Ablauf des darauf bezeichneten Monats, längstens jedoch bis zum 30. November bei den Kartenvorverkaufsstellen der städtischen Strassenbahnen in Wien um den dafür gezahlten Betrag zurückgenommen oder gegen Ausgleich des Geldunterschiedes gegen neue Fahrscheine umgetauscht. Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Preise für Halbjahres-Netzkarten werden die für ein Halbjahr ausgestellten Netzkarten mit Wirksamkeit vom 2. November 1921 einmonatig zum 2. Dezember 1921 gekündigt; sie verlieren nach dem 1. Dezember 1921 ihre Gültigkeit. Den Inhabern der Karten, die sie bis zum 15. Dezember 1921 bei der Kartenausgabekassa der städtischen Strassenbahnen, VI., Reblgasse Nr. 3, abliefern, werden ein Sechstel bzw. zwei Drittel des Kaufpreises mit dem Betrage von K 917.- bzw. K 3667.- zurückerstattet. Bei späterer Ablieferung behält die Direktion der städtischen Strassenbahnen sich vor, einen etwaigen Teilbetrag entsprechend dem restlichen Teile der sonstigen zu vergüten. Für Karten, die nach Ablauf der darauf bezeichneten Geltungsdauer einlangen, wird grundsätzlich keine Vergütung geleistet. Den Inhabern der gekündigten Karten wird aber die Möglichkeit geboten, durch den Bezug von Zusatzwertmarken für ein bzw. vier Monate ihre Karte für die sonstige Geltungsdauer gültig zu machen. Der Verschleiß der Zusatzwertmarken und die Behandlung der Netzkarten bei den Ausgabestellen findet vom 26. November an während der gewöhnlichen

Dienststunden statt. Die ausführlichen Fahrpreisbestimmungen liegen bei der Direktion der städtischen Strassenbahnen in Wien, IV., Favoritengasse 9/11 zur allgemeinen Einsicht auf und sind bei allen Fahrkartenschleissstellen um K 10.- erhältlich.

Bischofsteg-Wiedereröffnung. Die Absperrung des Bischofsteges wird aufgehoben und der Bischofsteg dem öffentlichen Verkehr wieder freigegeben.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält am Dienstag ^{ab} vormittags eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat tritt am Freitag 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Mehl- und Fettabgabe. Vom 23. bis 29. Oktober werden bei den städtischen Fettabgabestellen 12 dkg Margarine zum Preise von K 49.- gegen Abtrennung des Abschnittes 267 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. Die Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine gibt für ihre Mitglieder 12 dkg Pflanzenfett (Fabware) zum Preise von K 51.- ab; organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Pflanzenfett (Paketware) zum Preise von K 52.70.- Vom 23. bis 29. Oktober wird 1/4 kg Verschleißmehl als normale Wochenration zum Kleinverschleißpreis von K 42.- per kg abgegeben. Ferner wird pro Kopf an jeden Bezugsberechtigten 1/2 kg Plusmehl zum Preise von K 180.- per kg auf die Mehlbezugskarte gegen Abtrennung des Buchstabens „A“ am unteren Rande derselben abgegeben.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, 22. Oktober 1921. - Abendausgabe.

Konstituierung des vorbereitenden Komites der „Wasserkraftwerke A.G. (Wag)“. Heute wurde im Wiener Rathaus das vorbereitende Komitee zur Gründung der Wasserkraftwerke A.G. vergemessen. Zum Vorsitzenden dieses Komites wurde Bgm. Reumann, zum Vorsitzendenstellvertreter der Direktor der Eskomptebank Maxim Krassny-Krassien gewählt. Das Komitee hat einen sechsgliedrigen Arbeitsausschuss mit der Aufgabe betraut, die zunächst notwendigen Arbeiten für die Konstituierung der Aktiengesellschaft sowie für die Bauvorbereitungen durchzuführen. Hiemit ist der erste bedeutsame Schritt zur Errichtung der Wasserkraftwerke getan, deren Bau die Gemeinde Wien in Gemeinschaft mit den Grossbanken durchführen wird. Da dieser Bau schon im November in Angriff genommen werden soll, werden die weiteren Arbeiten mit der grössten Beschleunigung begannen werden.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang. Wien, Montag, den 24. Oktober 1921.

Für Kleingärtner. Bis auf weiteres wird die Abgabe von Futtermitteln in der Abgabestelle 14, Zollernamperggasse 3 wegen Erschöpfung der Vorräte eingestellt. Gegen Mitte November findet die zweite Abgabe von Futtermitteln statt.

Anbotsverhandlung. Bei der Direktion der städt. Elektrizitätswerke 9, Mariannengasse 4 findet am 31. Oktober 10 Uhr vormittags eine öffentliche schriftliche Anbotsverhandlung wegen der Vergebung der Schlosserarbeiten und Lieferung von Glas, Dachpappe und Asphalt zum Bau eines Hochspannungsschalthauses statt.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Montag, den 24. Oktober 1921. - Abendausgabe

Die Elektrifizierung der Strassenbahnlinie Kagran - Gross Enzersdorf. Im Ausschuss für städtische Unternehmungen wurde heute von der Direktion der städtischen Strassenbahnen über den Stand der Elektrifizierungsarbeiten der Dampfstrassenbahnlinie Kagran-Gross Enzersdorf Bericht erstattet. Die Direktion hofft, dem berechtigten Wunsche der Bevölkerung nach Entfernung aller Rauch und Staub entwickelnder Maschinen aus dem gereicht werden zu können und Wohngebiete/trotz dervschwierigen Verhältnisse, die mannigfache Verzögerungen verursacht haben, mit Ende des Jahres den elektrischen Betrieb auf dieser Linie aufnehmen zu können. Mit Fertigstellung dieser Linie werden alle Linien der städtischen Strassenbahn elektrisch betrieben sein.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw.Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 25.Oktober 1921.

Die Kosten für die magistratischen Pflegekinder. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde über Antrag des vortragenden StR. Professor Tandler ein Zuschußkredit von 6.5Millionen Kronen bewilligt, mit dem die Mehrausgaben bestritten werden sollen, die der Gemeinde aus der Erhöhung der Kostgelder für die magistratischen Kostkinder erwachsen. Es werden jetzt 700.- bis 1300 Kronen monatlich für jedes Kind von der Gemeinde bezahlt. Es wäre wünschenswert, wenn möglichst viele Familien solche Kinder in Pflege nehmen würden, damit die heute noch in den Anstalten befindlichen Kinder in die gewiß vorteilhaftere Privatpflege kommen könnten.

Gräberwiederbelegung. Nach dem 1.Dezember gelangen im Neustifter Friedhof Gräber zur Wiederbelegung. Gesuche um Enterdigung sind bis längstens 1.Dezember der Magistratsabteilung 12, Neues Rathaus zu richten. - Im Dornbacher Friedhof kommen nach dem 1.November Grabsteine von eigenen Gräbern, deren Benützungsberechtigung länger als ein Jahr erloschen ist, zur Abräumung. Ansuchen um Ausfolgung der Grabsteine bis längstens 15.Jänner 1922 an die Magistratsabteilung 13, ^{I.}Neues Amtshaus.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischen.

27. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 26. Oktober 1921.

Märkteverlegung auf dem Zentralviehmarkt St. Marx. Der auf Dienstag den 1. November fallende Schweinemarkt wird auf Mittwoch, den 2. November, der auf Dienstag, den 15. November fallende auf Mittwoch, den 16. November und der auf Dienstag, den 27. Dezember fallende auf Mittwoch, den 28. Dezember verlegt. Der auf Montag, den 26. Dezember fallende Kindermarkt wird Dienstag, den 27. Dezember abgehalten.

Montag schulfrei. Der Bezirksschulrat verlaublich, daß Montag, den 31. Oktober an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen schulfrei ist.

Ubersiedlung des Bezirkswirtschaftsamtes. Das Bezirkswirtschaftsamts Stelle 2 (bisher Neues Amtshaus I., Rathausstrasse 14/16) wird Donnerstag und Freitag in die Amtsräume I., Parkring 8 übersiedeln. An diesen Tagen kann ein Parteienverkehr nur nach Maßgabe der Verhältnisse stattfinden.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 27. Oktober 1921.

Goldene Hochzeiter. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte StR. Speiser folgenden Jubelpaaren die Ehrengabe der Gemeinde Wien zur Goldenen Hochzeit: Josef und Ludmilla Schneiderbauer, Wien, III., Karl und Antonia Benesch, Wien, V., Stefan und Anna Marie Zayerl, Klosterneuburg.

Der Fortbildungsrat teilt mit, daß Montag, den 31. ds. an sämtlichen allgemein-gewerblichen und fachlichen Fortbildungsschulen Wiens der Unterricht entfällt.

Erwerbung für die städtischen Sammlungen. Für die städtischen Sammlungen wurde eine Bronzegussplakette mit dem Bildnis des Bürgermeisters Jakob Reumann vom Bildhauer S. Charous erworben.

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien, Freitag, den 28. Oktober 1921.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens im September. Die Gesundheitsverhältnisse gestalteten sich im September sehr günstig. Wenn auch gegen den Monat August eine leichte Steigerung des Krankenstandes und der Sterblichkeit festzustellen ist, so ergibt doch ein Vergleich mit den Vorjahren, daß der heutige September die geringsten Kranken- und Todesziffern seit Jahren aufweist. Die Infektionskrankheiten haben gegenüber dem August eine Zunahme erfahren, besonders Scharlach, Diphtherie und Bauchtyphus. Bei Ruhr war ein Rückgang zu verzeichnen. Im ganzen starben 1937 Personen, die Mehrzahl der Todesfälle entfiel mit 343 auf die Krankheit der Kreislauforgane. Der September hat seit 1912 die kleinste Ziffer der Todesfälle. Allerdings standen den 1937 Todesfällen nur 1915 Lebendgeburten gegenüber, so daß der September trotz der geringen Sterblichkeit mit einem Defizit in der Bevölkerungsbewegung abschloß. Im heurigen Jahre hatten nur der Juli und August Ueberschüsse an Lebendgeburten zu verzeichnen.

Entfallener Empfang. Am Montag entfällt der Empfang bei Bürgermeister Reumann wegen dessen dienstlicher Verhinderung.

Neue Löhne im Baugewerbe. Die große Teuerungswelle, die über Wien und ganz Oesterreich hinweggeht, und eine vollständige Umstülpung aller Erwerbs- und Lohnverhältnisse mit sich brachte, hat die Bauarbeitgeber veranlaßt, entgegen der sonst üblichen Vereinbarung, dass die Lohn-erhöhung immer mit dem ersten Montag des kommenden Monats beginnt, bereits ab 31. Oktober den Bauarbeitern eine Erhöhung ihrer Gesamtlöhne um 65 % zu bewilligen. Die einzelnen neuen Stundenlöhne sind: Maurer 150 K, Spezialmaurer 158 K, Zimmerer 155 K, Gerüster 141 K, Hilfsarbeiter über 22 Jahre 133 K, Hilfsarbeiter unter 22 Jahre 109 K. Jugendliche Hilfsarbeiter von 14 bis 16 Jahre 78 K und Hilfsarbeiterinnen 99 K pro Stunde. Die Bauarbeitgeber waren von der vollen Ueberzeugung durchdrungen, daß angesichts des kommenden harten Winters den Arbeitern nach Möglichkeit Hilfe gebracht werden soll, um sie vor Not zu bewahren.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 28. Oktober 1921.

Bürgermeister Reumann eröffnet die Sitzung.

Bespendet haben: Die deutsche Kolonie in Arequipa für deutsche österreichische Kinder 200.533 K.

Der dänische Vizekonsul Dr. Paul Fleischl, I., für die armen Wiener 55.000 K.

Der Salvaterianerpriester Eustachius Görlich in St. Nazias, Nordamerika, für unterernährte Schüler der Knabenbürgerschule, X., Antensplatz 32.689 K.

Die Vereinerung zur Veranstaltung von Sammlungen in West Hebecken, Amerika, für kleine, hungernde Waisenkinder 21.000 K.

Gilbert Varley, London, für die Armen Wiens neuerlich 2.550 K.

Herr C.H. Gsell, Bremen, für wohltätige Zwecke 1760 K.

Jesef Bartl, für die Armen Wien, 300 K.

Bgm. Reumann erklärt die Geschäftsstücke 1 - 13, 15 und 19 als ange-
GR. Doppler (chr.-soz.) hat einen Antrag wegen besserer Beleuch-

tung der Strassen bei Nacht eingebracht, der dem Magistrat zur Bericht-erstattung zugewiesen wird.

GR. Haider (chr.-soz.) hat einen Dringlichkeits-Antrag betreffend die Doppeltage in den Dienstvorschriften für städtische Bedienstete eingebracht.

GR. Kunschak (chr.-soz.) hat einen Dringlichkeitsantrag wegen Herabsetzung der Mietaufwandsteuer eingebracht.

VB. Emmerling (für StR. Speiser) referiert über den Abschluß eines Kollektivvertrages mit den Angestellten der städtischen Leichenbestattung. Der Kollektivvertrag ist im wesentlichen dem der Bediensteten des Fuhrwerksbetriebes gleich.

GR. Doppler (chr.-soz.) spricht sich gegen die Fassung des Punktes 15 des Kollektivvertrages aus, indem es heißt: Zur Beseitigung von Streitigkeiten und Schwierigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnisse ergeben, hat die Betriebsleitung der städtischen Leichenbestattung den Betriebsrat der Arbeiter heranzuziehen. Wird keine Einigung erzielt, trifft die Betriebsleitung einvernehmlich mit dem Verbands der Handels- Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Oesterreichs die Entscheidung. Redner sagt, daß dieser Punkt gegen zwei gesetzliche Bestimmungen verstöße und daß sich nach dem Gesetze über die Betriebsräte im Falle von Streitigkeiten die Parteien an das Einigungsamt wenden können, was jedoch in diesem Verträge nicht zum Ausdruck komme. Redner stellt daher den Zusatzantrag dem Punkte 15 die Worte anzufügen: „Hiedurch wird jedoch das durch die Gesetze vom 15.V.1919 und 18.XII.1919 gewährleistete Recht auf Anrufen der Entscheidung des Einigungsamtes nicht aufgehoben oder eingeschränkt.“

GR. Speiser (Soz.-Dem.) erwidert, es sei ganz klar und von dem vorliegenden Verträge ganz unabhängig, daß dem Einigungsamte gewisse Kompetenzen zugewiesen sind, die von jedermann in Anspruch genommen werden können. Der Sinn der vorliegenden Bestimmung sei, daß das Einigungsamt nicht mit allen möglichen Angelegenheiten überlastet werde. Der Zusatzantrag des GR. Doppler erscheine dem Referenten als überflüssig, weil man sonst auch alle anderen in Betracht kommenden Gesetze zitieren müsste, und weil er eigentlich nur etwas selbstverständliches ausdrückt.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, der Zusatzantrag Doppler abgelehnt.

G.R. Speiser (Soz. Dem.) berichtet über die Regulierung der Bezüge und die Gewährung eines Equipierungsbeitrages für die Angestellten der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien und erklärt, daß die durch die Bezugsregulierung erforderlichen Mehrausgaben vom Gemeinderate bewilligt werden müssen. Demgemäß stelle er den Antrag die Erhöhung der im Voranschlage der Zentralsparkasse für das Jahr 1921 eingestellte Post „Gehalte, Quartiergelder und Teuerungszulagen von 16 Millionen auf 18 $\frac{1}{2}$ Millionen und die Erhöhung der für den Equipierungsbeitrag vorgesehenen Post von 1.6 Millionen auf 4,308.000 Kronen zu bewilligen.

G.R. Roth (Christl. Soz.) erklärt, daß die Kosten dieser Regulierung durch eine Erhöhung des Hypothekarzinsfußes von 4 auf 5 % gedeckt werden sollen. Die Erhöhung des Zinsfußes muß nach der Mieterschutzordnung begründet sein und im § 11 ist genau angegeben, daß die Landeskommission darüber zu entscheiden habe. Redner finde es eigentümlich, daß das Kuratorium der Zentralsparkasse nicht selbst an die Landeskommission herangetreten ist um die Bewilligung einzuholen, sondern daß dies jedem einzelnen Hausbesitzer überlassen wird. Deswegen bitte er den Referenten dahin zu wirken, daß die Sparkassa von der Landesbehörde die Bewilligung erwirkt und daß man bei einer sofortigen Rückzahlung der Hypothek nicht wie es jetzt geschieht 10 % Abschlagszahlung verlangt.

Der Referent entgegnet, er werde diese Anregungen dem Kuratorium zur Kenntnis bringen, er kenne nur kurz bemerken, daß nach den Mitteilungen des Direktors der Zentralsparkasse einige der von G.R. Roth bekannt gegebenen Ziffern nicht richtig sind.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Speiser (Soz. Dem.) berichtet über die Gewährung eines Vorschusses für die städtischen Angestellten auf die Mehrzahlung für den Monat Oktober von 3000 Kronen. Die für die Gemeinde hierdurch erwachsenen Auslagen betragen 22 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen. Da genannter Betrag bereits ausbezahlt ist, wird um nachträgliche Genehmigung ersucht.

Stadtrat Rummelhardt (Christl. Soz.) sagt, daß die Bevölkerung die Steuern willig zahle, weil sie wisse, daß auch die Angestellten von der Teuerung arg betroffen werde. Die Bevölkerung habe aber auch ein Recht darauf, daß die Gemeindeverwaltung in ihren Aemtern, Betrieben und öffentlichen Ordnung halte, daß dort nicht Zustände einreißen, die an Bolschewismus grenzen. In letzter Zeit seien im Lainzer Versorgungshause Zustände eingetreten, die man als Anarchismus bezeichnen müsse. Der Obmann des Betriebsrates Neubauer habe sich zum Diktator aufgeschwungen und herrsche über Angestellte, Gleichgestellte und Untergeordnete wie er wolle. Bei den Betriebsratswahlen am 20. ds. Mts. seien Dinge vorgekommen die entschiedenst verurteilt werden müssen. Neubauer habe sich die Äußerung erlaubt, daß nur die Christlichsozialen an dem Unglücke Schuld seien, und nachdem er wisse, daß in diesen Betrieben solche Gauner und Falotten seien, die für die Christlich-

sozialen arbeiten und agitieren, sei beschlossen worden mit den Christlichsozialen nicht mehr zu arbeiten. Auch ein Dr. Schwarz habe sich arge Beschimpfungen über christlichsozial organisierte Angestellte zu Schulden kommen lassen. Neubauer habe einem Menschen die Möbel aus der Wohnung in den Hof geworfen, weil er nicht mehr dulde, daß ein Messner in dieser Wohnung wohne. Auch Generalstabsarzt Dr. Pick passe den Neubauer nicht mehr. Am 24. ds. Mts. habe sich folgendes zugetragen: Dr. Rick sei nach Lainz gekommen, um Bitten und Beschwerden entgegenzunehmen. Dies habe dem Neubauer nicht gepasst. Er telefonierte an alle Professoren in den Werkstätten und befahl ihnen, nicht dorthin zu kommen, wohin sie Dr. Pick bestellt hätte. Neubauer sei hingegangen, habe gegen Dr. Rick Stellung genommen und ihm mit Hilfe des Verwalters aus der Anstalt geführt. Es müsse entschiedenst dagegen protestiert werden, daß solche Zustände geduldet werden. Bezüglich Neubauer verlange Redner daß der Mann wegen seines terroristischen Vorgehens vom Dienste suspendiert und in Disziplinaruntersuchung gezogen werde.

DR. GR. Tandler (Soz. Dem.): Ich habe niemals daraus ein Geheimnis gemacht, daß die Führung der verschiedenen Humanitätsanstalten nicht immer eine angenehme Beschäftigung ist und jene Dinge, auf welche der Herr GR. Rummelhardt hingewiesen hat, sind mir zum Teile deshalb bekannt, weil ich mich selbst bemühen mußte, sie in Ordnung zu bringen. Wenn der Herr Gemeinderat Rummelhardt das als Bolschewismus bezeichnet, möchte ich doch bemerken, daß wir unter Bolschewismus etwas anderes verstehen. Es kann vielleicht als eine Ungehörigkeit bezeichnet werden, aber ich möchte doch bitten, daß man nicht alle Akte nicht übertriebener Höflichkeit sofort als Bolschewismus bezeichnet und das schon im Interesse unserer Stadt und unserer Angestellten. Es geht doch nicht an, daß man immer wieder die verschiedensten Gruppen der in unserer Stadt wohnenden Menschheit des Bolschewismus ~~schuldig~~ zeilt in einer Zeit, so aus politischen Gründen im Auslande das Wort Bolschewismus gebraucht wird, um unsere Stadt und unser Vaterland herunterzusetzen.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Dann dürfen Sie solche Ausschreitungen nicht dulden!

GR. Dr. Tandler (Soz. Dem.): Ich dulde sie nicht und heiße sie nicht gut, aber man darf nicht vergessen, daß die demokratische Methode eine gewisse Charakteristik haben muß. Wenn sich ein Betriebsrat gegen das Betriebsratgesetz vergeht, hat der andere Betriebsrat - es sind ja im Betriebsrate Personen verschiedener politischer Färbung - das Recht sich darüber zu beschweren. Wir besitzen zu diesem Zwecke ein Einigungsamt u. s. w. Ich möchte bitten, in die Betriebsratangelegenheit, in welche die Betriebsräte hingerissen durch verschiedene Verdriesslichkeiten politische Dinge hineinbringen, nicht auch von dieser Stelle aus die Politik hineinbringen zu wollen.

Was die einzelnen Vorfälle anbelangt, möchte ich dazu folgendes sagen: Diese Betriebsratswahlen waren wie alle Wahlen von Leidenschaftlichkeit überflüssigerweise durchsetzt. Wenn ich das nicht viel höher geschätzt habe als einen Sturm im Wasserglas, mögen Sie das

begreiflich finden. Dass der Boden im Lainzer Versorgungs-
haus politisch durchwühlt ist, ist eine uralte Angelegenheit, und Sie mögen
begreiflich finden, daß ich als amtsführender Stadtrat mich bemühe,
die politische Tendenz aus jeder Humanitätsanstalt fern zu halten.
Dass das nicht mit einem Zuge gelingt, darf niemanden wundern, wollen
Sie aber bei dieser Gelegenheit nicht vergessen, dass auch die Ange-
hörigen der christlichsozialen Partei nicht immer Menschen waren,
welche den Konflikt dort gedämpft haben, sondern ihn vielfach an-
schürten. So ist mir beispielsweise, um auf die Affäre Pick zu kom-
men, bekannt, daß die Ursache für den unliebsamen Zwischenfall mit
Dr. Pick eine Unterhaltung in der Kantine am Sonntag gewesen ist.
Gegen Dr. Pick haben die verschiedensten Angestellten verschiedene
Klagen geführt, darüber kann sich niemand wundern, man kann nicht be-
haupten, daß Kontrolle einen Menschen irgendwo beliebt macht. Deshalb
kann auch Dr. Pick nicht beliebt sein, dazu haben wir ihn auch nicht
aufgenommen. Es war also eine Zusammenkunft von Angehörigen verschie-
dener Parteien in der Lainzer Kantine. Ich halte diese Zusammenkünfte
in den Kantinen von Humanitätsanstalten für ungehörig, und bin der
Meinung, daß eine Kantine in eine solche Anstalt überhaupt nicht
hineingehört, weil die Menschen alkoholisiert nicht die Grenzen be-
wahren, die man in einer Humanitätsanstalt verlangen kann. Sonntag
haben sich dort nun verschiedene Szenen abgespielt. Unter anderem
sollen einzelne Leute gerufen haben: „Jetzt kommt der Karl nach Bu-
dapest und der Pick nach Lainz.“ Wäre ich dort gewesen und der grösste
Teil der hier Anwesenden, wir hätten gar nicht darauf reagiert. Aber
bei der Voreingenommenheit, die gegen Dr. Pick herrscht, gab diese
Aussprechung Anlaß zu erregten Auseinandersetzungen, bei denen es ge-
heissen hat, daß die Angestellten nicht im Stande sind den Dr. Pick
aus der Anstalt hinauszubringen und deshalb wurde Montag Früh die
Angestelltenschaft mobilisiert. Wie immer bei solchen Anlässen gibt
es keinen einzelnen Schuldigen, das ist Volkessstimme. Dr. Pick kam
Montag dorthin und da nun einer der Betriebsräte, die man geholt hat,
sich sagte, wenn Dr. Pick hereinkommt und die erregte Menge vorfin-
det, kann es zu unliebsamen Auftritten kommen, hat er, wie Dr. Pick
selbst angibt, ihn höflichst gebeten, die Anstalt nicht zu betre-
ten, sich zumindest nicht in die Pavillons zu begeben, sondern Herrn
Verwalter Jäger in der Verwaltungskanzlei aufzusuchen. Die Angestell-
ten haben Dr. Pick aber durch einen Betriebsrat ersucht, in eine An-
gestelltenversammlung in der Kantine zu erscheinen und sich gleichsam
zu rechtfertigen. Dr. Pick hat ganz korrekt gesagt, daß er sich zu
einer solchen Sache nicht hergeben könne. Dass er dazu nur bereit sei,
wenn ein Vertreter des Magistrates oder ein freigewählter Vertreter
der Gemeinde dort anwesend sei. Er hat hierauf ohne jede Belästigung
die Anstalt verlassen. Das ist die Tatsache.

Ich habe dann mit den Angestellten über diese Sache gesprochen
und die Untersuchung hat nichts weiter ergeben als die Namen der vier
Leute, von denen zwei Betriebsräte waren, die den Dr. Pick am Tor emp-
fangen haben. Ich kann nur sagen, daß dieser Zwist vollkommen beige-
legt ist. Wollen Sie nicht vergessen, daß ich doch nicht 200 Menschen
disziplinieren kann.

Ich kann eine Disziplinaruntersuchung nicht zur
Farce machen. Ich kann nur im Sinne demokratischer Verwaltung den
Leuten ihre Fehler vorhalten. (Gelächter) Sie können darüber lachen,
für mich sprechen die Erfolge. Denn hätte ich andere Massnahmen angeord-
net zu einer Zeit, wo es nicht so leicht war, darüber hier zu lachen,
hätten Sie sich über die Konsequenzen gewundert. Ich habe die Spitäl-
ler in einer Zeit ruhig erhalten, in welcher es außer Wien in Mit-
teleuropa keine Stadt gegeben hat, wo es ruhig war. Was die Betriebs-
räte anbelangt, möchte ich sagen, ich habe seinerzeit im Parlament
freimütig bekannt, daß ich an der Betriebsratssache nicht schuldig
bin. Ich bin aber immer und überall für die Betriebsräte eingetreten,
weil ich ihre Wirksamkeit als gut und segensreich kennen
gelernt habe. Trotz der Fehler, die einzelne Betriebsräte gemacht
haben. Ich habe diese Fehler jederzeit verurteilt. Wenn in der Be-
triebsratssitzung Bemerkungen gefallen sind, mit Beschimpfungen von
Personen, so sind derartige Ausdrücke ungehörig.

Meine Herren es soll ja auch vorkommen, daß in öffentlichen
Körperschaften ein Schimpfwort oder ein unüberlegtes Wort fällt und
ich glaube, daß die Mehrheit jener Menschen dieser Körperschaften
auf einem Bildungsniveau stehen oder doch stehen sollen, welches
den der Betriebsräte weit überlegen ist. Wenn also Entgleisungen
vorgekommen sind, dann darf man auch über solche Vorfälle in einer
Betriebsratssitzung nicht zu streng ins Gericht gehen. Herr
Gemeinderat Rummelhardt wird kaum leugnen können, daß wir inner-
halb der relativ kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand mit
der Ordnung in den Humanitätsanstalten ziemlich weit vorgeschritten
sind. Man kann doch aus solchen Zwischenfällen nicht auf die all-
gemeine Leitung und Führung einer Anstalt schließen. Aus eigener
Anschauung muß ich sagen, die Betriebsräte tun ihre Pflicht, sie
bemühen sich in aufrichtigster Weise und wenn sie das eine
Mal recht behalten, daß andere mal Unrecht wie das anderswo auch
vorkommt, so kann ich daraus für die Allgemeinheit gar nichts
folgern. Es ist meine Pflicht als Volksbeauftragter mit diesen
Leuten zu unterhandeln und ich kann sagen, daß ich bei den Leuten
fast ausnahmslos die grösste Loyalität gefunden habe. Ich werde
das Protokoll dieser Betriebsratssitzung einsehen, und daraus
erkennen können, welche Tragweite die ganze Angelegenheit hat.
Nur möchte ich hier bitten, daß die Dinge die sich in solchen
Anstalten ereignen nicht Gegenstand besonderer politischer
Auseinandersetzungen bilden sollen. Diese Anstalten sind an sich
kein angenehmer Boden. Die Menschheit dort ist elend und unglück-
lich, die Angestellten nicht sehr zufrieden und alle zusammen
bilden einen Komplex von Menschen die nicht leicht zu behandeln
sind. Wenn nun von außen noch politische Reizstimmung hereingetra-
gen wird ist es kein Wunder, wenn die ganze Anstalt darunter
leidet. Aus allen diesen Gründen möchte ich bitten im Interesse
jener Menschen welche auf diese Anstalten angewiesen sind, die
Dinge objektiv und fern jeder parteipolitischen Rücksicht zu
betrachten.

G.R. Rummelhardt (Christl. Sez.) erklärt; die Ausführungen des Herrn Gemeinderats Tandler beruhigen mich insofern daß er die Sache unparteiisch prüft. Das soll aber nicht nur nach Anhörung des Herrn Neubauer geschehen, sondern es müssen auch die christlich organisierten, die von Neubauer auf das Rüdeste beschimpft worden gehört werden, und Neubauer sowie seine Genossen müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie nicht das Recht haben den Beschluß zu fassen, daß 5 christliche Angestellte aus der Anstalt zu entfernen sind. Man muß die Leute vielmehr darüber aufklären, daß ein Betriebsrat zum Schutze der Angestellten da ist nicht aber um sie in ihrer Existenz zu schädigen. Ferner wird es sich empfehlen Herrn Neubauer und Genossen aufmerksam zu machen, daß auch die geistlichen Schwerster in Lainz Angestellte sind und daß er nicht das Recht hat sie von der Wahl in den Betriebsrat auszuschließen. Im Übrigen möge der amtsführende Herr Stadtrat angesichts des diktatorischen und terroristischen Auftretens Acht geben, daß ihm eines Tages nicht dasselbe Schicksal zuteil wird, wie Herrn Pick. Wenn Professor Tandler erklärte, daß die Vorgänge auf einen Zwischenfall in der Kantine wobei die Rückkehr des Exkaisers eine Rolle spielte, zurückzuführen seien, möchte ich nur mitteilen, daß die von mir erwähnten Vorfälle sich am 20. Oktober abgespielt haben; also zu einer Zeit wo von der Ankunft Karls noch gar keine Rede war. Die Aufregung muß also einen anderen Grund gehabt haben. Dieser Grund besteht darin, daß Herr Neubauer und seine Betriebsräte das Vertrauen eines großen Teiles der Angestellten verloren hatten und nachdem es ihm nicht gelang, dieses Vertrauen auf normale Weise zu gewinnen, gebrauchte er das Mittel des Terrors. Dagegen müssen wir aber entschieden auftreten. Mit der Zusicherung einer unparteiischen Untersuchung bin ich einverstanden, möchte aber auch bitten, daß uns die Resultate dieser Untersuchung mitgeteilt werden und daß den erwähnten 5 christlichen Angestellten, wenn ihre Schuldlosigkeit sich ergibt, kein Haar gekrümmt werde.

In seinen Schlussworten erklärt der Referent, daß die Gemeinde, auch wenn der Staat die 70. % Zuschuß nicht geben würde, da das Finanzverfassungsgesetz noch immer nicht zur Wirklichkeit wurde, aus ihren eigenen Geldern den Angestellten bezahlen wird. Der Referent weist die Darstellung, als ob im Lainzer Versorgungshaus die Sauche des Bolschewismus ausgesprochen sei, zurück. Wenn von einem Diktator Neubauer gesprochen wurde, so müsse erklärt werden, daß dessen Tätigkeit im Interesse des Betriebes und der Stadt gelegen sei, und es müsse ausgesprochen werden, daß er ein tüchtiger und braver Mann ist. Natürlich könne man einmal mit einer einzigen Handlung nicht einverstanden sein. Die Uebertreibung von der Diktatur müsse aber zurückgewiesen werden. Es ist Selbstverständlichkeit, die gewisse gewisse Rechte die die Betriebsräte haben, anzuerkennen. Das Zusammenarbeiten zwischen Gemeindeverwaltung und Betriebsräten hat zu den allerbesten Ergebnissen geführt (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). Natürlich wird an der Festigkeit der Verwaltung gegenüber Fehlgriffen von Betriebsräten nicht das Geringste gebändert und gerade die Gemeindeverwaltung hat bewiesen, daß es ihr mit dieser Festigkeit durchaus ernst ist. Es müsse erklärt werden, daß sich die Gemeindeverwaltung in die Aufstellung derjenigen Menschen, die sie als ihre Kontrollorgane betrachtet nicht dreinreden läßt, auch wenn von einer gewissen Presse Angriffe erfolgen. Erklären müsse Referent weiter, daß er für politische Maßregelungen nicht zu haben sei, ebenso wie er nicht politische Festmauerungen in den Betrieben dulden könne. Das Versorgungshaus war bisher ein Wirklichkeit ein Betrieb in dem

durch lange Jahre Politik betrieben wurde, allerdings nur nach einer Seite hin. Redner wendet sich dagegen, daß politische Streitigkeiten in den Betriebsräten ausgetragen wurden und daß in den Betriebsräten geschimpft wird, und daß gesagt wird die Christlich-sozialen sind an dem ganzen Unglück schuld, so sehr er persönlich mit dieser Anschauung übereinstimme. Der Referent werde seinen Einfluß darauf verwenden, daß solche Politisierungen in den Betriebsräten nicht mehr vorkommen, und daß sie aus dem Humanitätsanstalten wo sie durch 20 Jahre üblich waren, herauskommen.

St.R. Speiser referiert über die Bewilligung eines außerordentlichen Teuerungszuschlages für die städtischen Angestellten für den Oktober 1921 ähnlich den Zuwendungen für die Bundesangestellten u. ersucht um nachträgliche Genehmigung der bezüglichen Verfügungen.

G.R. Doppler (Christl. Sez.) kritisiert, daß die Verlage erst heute in den Gemeinderat kommen, obwohl es Zeit gewesen wäre, die Verlage schon vorige Woche in den Gemeinderat zu bringen. Er bemerkt, die Bemessung der Teuerungszuschläge nach der Altersgrenze von 22 Jahren.

Der Referent antwortet: Es habe sich am vergangenen Donnerstag die Möglichkeit der Auszahlung ergeben. Wäre man nach den Wünschen des GR. Doppler verfahren, so a. Stück alle beschließenden Körperschaften durchlaufen müssen und es wäre notwendig gewesen, eigens zu diesem Zwecke vier Sitzungen einzuberufen. Ein solcher Vorgang ist aber angesichts der Kürze der Zeit und der starken Ueberlastung der Mandatäre einfach undurchführbar gewesen.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

Zur Verhandlung gelangt nun ein Dringlichkeitsantrag des GR. Haider (chr. soz.), in welchem es heißt: Im Dienstvertrage der Gemeinde Wien mit den städtischen Strassenbahnangestellten ist die Leistung von Doppeltagen vorgesehen. Solche Doppeltage werden mit 100 % entlohnt. In den Strassenbahnhöfen Rudolfsheim und Währing werden nun auf Grund eines Beschlusses der sozialdemokratischen Vertrauensmänner jene Strassenbahnbediensteten, welche der Gewerkschaft christlicher Eisenbahner angehören, von der Leistung der Doppeltage ausgeschlossen, was für sie eine empfindliche materielle Schädigung bedeutet. Da im Kollektivvertrag eine verschiedenartige Behandlung von Bediensteten nicht vorgesehen ist, stellt diese Ausschließung eine parteipolitische Maßnahme dar. Sie erfolgt, um die christlich organisierten in die sozialdemokratische Organisation zu zwingen. Zu Schlusse wird der Antrag gestellt: Der Gemeinderat wolle beschließen, die Direktion der Strassenbahnen sei aufzufordern die verfügten Maßnahmen aufzuheben und dafür zu sorgen, daß die Leistung von Doppeltagen dem Personal ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit ermöglicht werde.

GR. Haider (chr. soz.) erklärt zur Begründung seines Dringlichkeitsantrages, daß ihn hierzu Vorkommnisse beschämendster Art veranlassen haben. Es wäre noch zu verstehen, wenn man nicht organisierte Strassenbahnbedienstete von der Leistung von Doppeltagen ausschließen würde, aber die Ausschließung von Organisierten sei nach gewerkschaftlichen Grundsätzen eine Ungeheuerlichkeit und ein schreiendes Unrecht. Die Wortführer der Majorität haben wiederholt beteuert, daß sie das Prinzip der Gleichberechtigung anerkennen. Aus diesen Gründen erwarte der Redner, daß auch in diesem Falle der Grundsatz der Gleichberechtigung respektiert werde.

Der Antrag wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt. Der Antragsteller verzichtet darauf zum Gegenstand nochmals zu sprechen. (Rufe bei der Mehrheit: Er weiß nichts mehr!)

VB. Emmerling: Dem Dringlichkeitsantrag des Kollegen Haider liegt eine Beschwerde zugrunde, die er vor einiger Zeit an mich als den amtsführenden Stadtrat der Gruppe VIII gerichtet hat. Ich habe ihn auf diese Beschwerde, wo er angeführt hat, daß die Doppeltage Extratouren und Ueberstunden auf diese Weise verteilt werden, wie er hier geschildert hat, mitgeteilt, daß die Direktion nur auf Grund dienstlicher Erwägungen vorgeht und ich keinen Grund habe, der Direktion irgendwelche Vorschriften nach dieser Richtung zu machen, weil ich nicht annehme, daß sie politische Erwägungen als Grund der Diensteseinteilung hat. Am 20. Oktober habe ich von GR. Haider eine Zuschrift erhalten, in der er unter Nennung der Dienstnummern einzelner Angestellter neuerdings Beschwerde führt, daß es den christlich Organisierten Angestellten verweigert ist Doppeltouren machen zu können. Ich habe da konkrete Fälle angeführt werden, eine Untersuchung veranlasst und diese hat folgendes Resultat ergeben. Zehn von den angeführten sind im Bahnhofs Wienzeile überhaupt nicht beschäftigt. 51 Bedienstete, die mit Nummern angeführt sind, beanspruchen fast nie oder äusserst selten Nebenverdienste. Zwei sind pensioniert und entlassen. 11 sind überhaupt nicht im Fahrdienste. Fünf Bedienstete, die er angeführt hat, sind in letzter Zeit teilweise krank, teilweise auf Urlaub. Von den noch restlichen 49 weisen nur 3 weder eine Extrafahrt noch einen Doppeltag auf. Sie werden zugeben, daß ich diese Anlage wesentlich reduziert, wenn es sich nur um drei Personen handelt, die in Frage kommen. Diese Aufzeichnungen datieren vom 20. Oktober. Ich kann nach der Darstellung der Direktion nichts anderes sagen, als daß es sich erübrigt, über das Meritum des Antrages abzustimmen.

GR. Holoubek (chr. soz.) führt aus, daß die dem VB. Emmerling vorgelegte Liste in der Verkehrskanzlei abgeschrieben worden sei, und es sei dieselbe Liste, die der sozialdemokratische Vertrauensmann Hirnschal aufstellte, daß diese Leute keine Doppeltage bekommen dürfen. Wenn Irrtümer in der Liste vorkommen, so stammen sie also aus dieser Quelle. Es sei ein ausdrücklicher Beschluß der Vertrauensmänner der Sozialdemokraten, daß außerordentliche Touren nur von ihren Organisierten gemacht werden dürfen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die christlich Organisierten um alle Benefizien gebracht wurden, bitte er den Dringlichkeitsantrag anzunehmen.

GR. Haider (chr. soz.) betont nochmals, daß der Inhalt seines Dringlichkeitsantrages auf Wahrheit beruhe und der Bericht der Direktion könne nicht als Widerlegung seiner Behauptungen betrachtet werden. Die Majorität müsse wohl zugeben, daß solche Berichte, die sie von der Direktion abfordert, immer zu ihren Gunsten ausfallen müssen.

GR. Kunschak (chr. soz.) begründet seinen Dringlichkeitsantrag betreffend die Aenderung der Sätze für die Mietzinsabgabe in der Weise, daß die Mietzinsabgabe nicht schon bei einem Mietzins von 900 Kronen, sondern nach einer Erhöhung um 300 % eintreten solle.

Nun sei es kein Geheimnis, daß seit her die Mietzinse wiederholt erhöht werden sind und daß wir mit einer abermaligen weit gehenden Steigerung der Mietzinse zum Novembertermin rechnen müssen. Die Mietsenaten haben bereits zahlreiche Eingaben der Hausbesitzer zustimmend erledigt und jeder Tag bringt neue Entscheidungen der Mietämter in fast durchwegs zustimmendem Sinne. Wir werden also dann mit der Tatsache rechnen müssen, daß die meisten Mietzinse in Wien seit 1919 eine Erhöhung um mindestens 300 % werden erfahren haben. Diese Tatsache verschiebt gewaltig die Voraussetzungen der Mietaufwandsteuer, die Voraussetzung nämlich, daß der größte Teil der Mieter hauptsächlich die Inhaber von Kleinwohnungen davon nicht betroffen werden. Der vorliegende Antrag sei also dringlich und Redner bitte um die Zustimmung.

Dem Antrage wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.

G.R. Kunschak führt aus: als wir im September 1919 das schöne Steuerbesquett durch Herrn Breitner vorgelegt erhielt befand sich darunter als eine Neuerung die Abgabe von höheren Mietzinsen. Damals erhob sich nicht nur parteimässig sondern aus reinen sachlichen Gründen in allen Kreisen der Wiener Bevölkerung Widerspruch gegen diese geplante Steuer. Der Referent bezeichnete damals die Steuer als eine rohe Form einer Einkommensteuer und nahm für sie in Anspruch, daß sie nur die Besitzenden treffe, auf sozialen Grundsätzen aufgebaut sei. Für die letztere Behauptung führte er ins Treffen, daß von dieser Mietaufwandsteuer nur die besitzenden Kreise der Stadt getroffen werden, zumal nach einer Statistik 80 % der Mieter in Wien weniger als 900 Kronen Jahreszins zahlen, somit von der Abgabe befreit seien. Ich habe schon damals sagt Redner die Richtigkeit der Statistik angezweifelt und die Zukunft hat mir Recht gegeben. Denn heute sind nur mehr 20 % der Mieter von der Steuer befreit, das Verhältnis hat sich also geradezu verkehrt. Wenn wir die neuen Erhöhungen zum Novembertermin hinzurechnen, dann haben wir es mit der Tatsache zu tun, daß mindestens 90 % aller Mieter unter die Mietzinsabgabe fallen werden, und ein großer Teil der Mieter in die 30 %ige Abgabe.

Die Dringlichkeitsanträge Haider und Kunschak werden sodann der dringlichen Behandlung zugeführt.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

WIENER RAUHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Samstag den 29. Oktober 1921.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält Mittwoch Vormittag eine Sitzung ab. - Der Gemeinderat als Landtag tritt Freitag $\frac{1}{2}$ 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen, daran schließt sich eine Sitzung des Gemeinderates.

Fett- und Mehlausgabe. Vom 30. Oktober bis 6. November werden bei den städtischen Fettabgabestellen 12 dkg Pflanzenfett (Paketware) zum Preis von K 52.-70 gegen Abtrennung des Abschnittes 268 der Mehl- und Fettbezugskarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 49.-. - Vom 30. Oktober bis 6. November wird $\frac{1}{4}$ kg Vefschleigmehl als normale Wochenration zum Kleinverschleisspreise von K 42.- per kg, ferner wird pro Kopf an jeden Bezugsberechtigten $\frac{1}{2}$ kg Plasmehl zum Preise von K 180.- per kg gegen Abtrennung des Buchstabens „B“ der Mehlbezugskarte ausgegeben.

Märkte, Verlegung. Die Gemüsegrosmärkte im 5., 14., 19. und 21. Bezirk werden wegen des Feiertagen am Dienstag, den 1. November am Montag, den 31. Oktober abgehalten. Ebenso wird der Pferdemarkt am Montag abgehalten.

Der Strassenbahntarif am 1. November. Am Dienstag, den 1. November (Allerheiligen) gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Sonntags-tarif. Hin- und Rückfahrtscheine sowie Frühfahrtscheine haben an dies- Tage keine Giltigkeit.

Lehrerhausverein. Lebensmittelzubussenabgabe für die Mitglieder der Bezirke 17 und 18 am 3. November von 4 - 6 Uhr, der Bezirke 19 und 20 am 5. November von 10-12 Uhr. Gefässe für Fett, Oel, Spiritus mitbrin- gen. Mitgliedskarte vorweisen.

Kommunale Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sit- zung beschlossen, nachstehenden Persönlichkeiten in Anerkennung ihrer Verdienste in der norwegischen Hilfsaktion besonders in der Hilfe für Wiener Kinder die eiserne Salvatormedaille zu verleihen: Johann E. Melby Gutsbesitzer, Emil Fren Staatssekretär a.D., cand. theol. Frk. Valborg Lerche, Pastor J. Maroni, Nikolai und Frau Astrid Knutson Forstmeister, Frk. Signe Larsen Sekretär vom norwegischen Roten Kreuz Rittmeister Fougner, Premierleutnant Munthe-Kaas, Elise Ström Private, Marie Weismann Private, und Frk. Cäcilie Andresen Private. - Frau Andrea Hofer-Proudfoot, Sekretärin des American Comitès for Vienna Relief in Chicago wurde in Anerkennung ihrer überaus ver- dienstvollen Wirksamkeit in den amerikanischen Hilfswerken für Wien die Eiserne Salvatormedaille verliehen.

Petroleumpreiserhöhung. Ab 30. Oktober wird der Ladenpreis für ein Liter Petroleum von K 38.- auf K 58.- erhöht.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Mittwoch, den 2. November findet eine Besichtigung der vom Brauhaus der Stadt Wien für die Bediensteten errichteten Kleinwohnung- siedlung in Rannsdorf und der Betriebsanlagen des Brauhauses der Stadt Wien durch die Herren Kommunalberichterstatter statt.

Treffpunkt Mittwoch 2 Uhr nachmittags, I., Wallfischgasse Ausgangsstation der Strassenbahnlinie „71“.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß in der näch- sten Woche die Besichtigung der neuen Pflaumenetuvage im Lagerhaus der Stadt Wien, die bis dorthin bereits im Betrieb sein dürfte, durch die Pressevertreter stattfindet.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.

27. Jahrgang, Wien, Montag, den 31. Oktober 1921.

Die Lohnverhandlungen mit den städtischen Bediensteten. Die Mitteilungen in den Sonntagblättern wonach den Arbeitern der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke bereits bestimmte Erhöhungen ihrer bisherigen Löhne seitens der Gemeindeverwaltung zugesichert wurden, entsprechen in der veröffentlichten Form nicht den Tatsachen. Richtig ist, daß im Zusammenhang mit jenen Regulierungen, die in der Metallindustrie in letzter Zeit beschlossen wurden, auch die Arbeiterschaft mit entsprechenden Forderungen herangetreten ist. Dieselben bilden indeß noch den Gegenstand eingehendster Beratungen unter Zuziehung von Vertretern der Gewerkschaften. Es sind demnach auch alle Kombinationen über die sich daraus ergebenden Steigerungen der Tarife verfrüht.

Die erstmalige Entrichtung der Umsatzsteuerabgabe. Die Magistratsabteilung 5 macht neuerlich darauf aufmerksam, daß die Abrechnung das erstmalig bis längstens 20. November d. J. zu erfolgen hat, und zwar unter Verwendung von zwei Abrechnungsformularien, nämlich getrennt für die Zeit vom 1. bis 30. September und für die Zeit vom 1. bis 31. Oktober. Der aus der Abrechnung sich ergebende 7%ige Abgabebetrag ist unter Weglassung von Hellerbeträgen auf volle Kronen nach unten abzurunden und zugleich mit der Abrechnung bis längstens 20. November einzuzahlen. Verkäufe an Wiederverkäufer sind nur dann abgabefrei, wenn der Geschäftsmann sich ~~zu~~ vergewissert, daß der Abnehmer wirklich ein befugter Wiederverkäufer ist. Ueber alle solche Verkäufe sind verlässliche Aufzeichnungen zu führen.

+ + †

Herr Stadtrat Breitner ersucht um ungekürzte Aufnahme vorstehender Notiz.

Kohlenausgabe im November und Dezember. Die bisherigen Wochenmengen für einen ganzen Küchen- und Zimmerbrand (10 kg bzw. 3 kg Steinkohle) bleiben bis auf weiteres aufrecht. Die Koksabgabe für Hausbrandzwecke im Kleinkohlenhandel wurde freigegeben. Für November und Dezember werden für einen ganzen Betriebsbrand 100 kg Steinkohle (Koks) oder 200 Kg Braunkohle, für einen ganzen Heizbrand 80 kg Steinkohle (Koks) oder 160 kg Braunkohle abgegeben. Auf Grund der Bezugsscheine wird für Betrieb die unter A, für Heizung die unter B festgesetzte Monatsmenge abgegeben.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Wien, Montag, den 31. Oktober 1921. - Abendausgabe.

Von den Kraftstellwagen. Ab Donnerstag, den 3. November verkehren die Kraftstellwagen auf der Strecke Stefansplatz - ~~Maizgasse~~ statt wie bisher via Brandstätte - Salztorgasse über Rotenturmstrasse - Quai zu Stefaniebrücke.

Abänderung der Lustbarkeitsabgabe. Der Finanzausschuss hat heute die Novellierung der kommunalen Lustbarkeits~~steuer~~-Abgabe beschlossen. Im Sinne eines von Gemeinderat Hiesse gestellten Antrages wurde festgesetzt, dass die erhöhte Steuer für Prosastücke nicht schon bei der 31. sondern erst bei der 51. Aufführung innerhalb eines Spieljahres beginnen soll. Damit erscheinen die Wünsche, die seitens der Autoren, Theaterdirektoren und der Organisation der Bühnenangestellten vorgebracht wurden, der Hauptsache nach erfüllt.
